Wie die Multis ihre Profite verschleiern Seite 12

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 4. April 1980 14. Jahrgang 1 DM

Schandabschluß im öffentlichen Dienst

ÖTV-Kollegen von Kluncker verschaukelt!

Angriffe auf das Streikrecht zurückweisen!

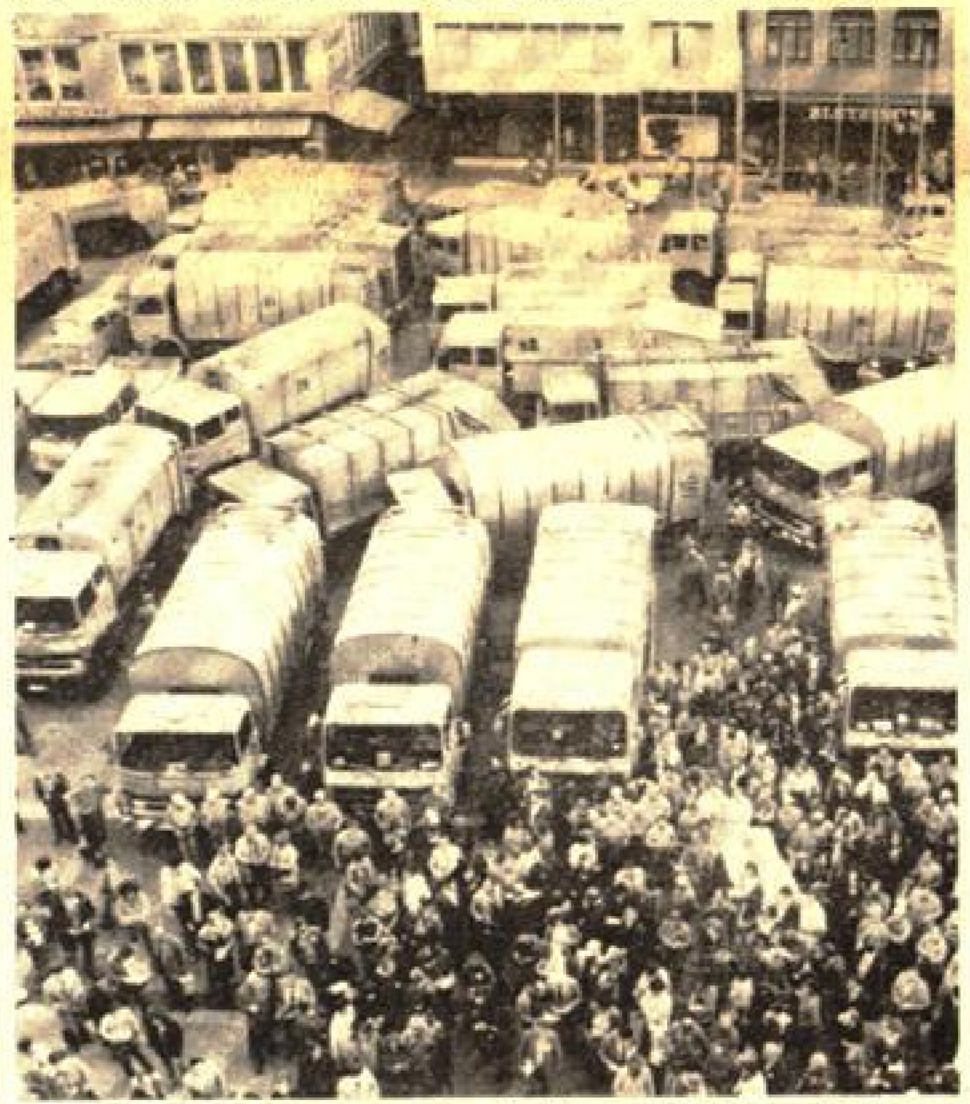
STUTTGART.— Der Tarifabschluß vom Freitagabend hat große Empörung unter den Kollegen hervorgerufen. 6,3 Prozent und anstelle eines Sockelbetrages ein kümmerlicher Ausgleichsbonus. Damit stimmte die ÖTV-Führung einem Angebot zu, nicht nennenswert besser als jenes, das sie doch eine Woche vorher mit einem Ultimatum beantwortet hatte.

Welch ein Schandabschluß, nachdem Zehntausende von Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit spontanen Streiks einen machtvollen Beweis ihrer Kampfentschlossenheit geliefert hatten! Kluncker hat diesen Abschluß im Eiltempo bei Nacht und Nebel durchgepaukt. Er war sich dessen bewußt, daß dies ein offener Verrat am Kampf der Gewerkschaftsmitglieder ist.

Dieser Verrat wiegt umso schwerer, als die Massenmedien und die Dienstherren von Bund und Kommunen durch ihre zügellose Hetze und die unerhörten Drohungen mit Lohnabzügen und mit fristloser Entlassung sogenannter „Rädelsführer“ einen massiven Angriff auf das Streikrecht gestartet haben.

Auf diese Provokation hätte mit Protestaktionen und konsequenter Weiterführung des Tarifkampfes reagiert werden müssen.

Stattdessen nun die bedingungslose Kapitulation und der Verzicht auf einen sozialen Ausgleich. Noch nicht einmal eine Maßregelungsklausel bzw. irgendwelche Garantien gegenüber der Drohung mit Lohnabzug wurden getroffen. Eine solche Politik ist verhängnisvoll für die gesamte Gewerkschaftsbewegung! (Weitere Beiträge hierzu auf Seite 4 und 5.)



In vielen Großstädten standen bei den städtischen Verkehrsbetrieben und der Stadtreinigung alle Räder still. Das Foto zeigt streikende Arbeiter der Müllabfuhr und der Straßenreinigung in Stuttgart am Mittwochvormittag.

Maiaufruf des Zentralkomitees der KPD/ML

Kolleginnen und Kollegen!

Revolutionäre, solidarische Kampfesgrüße zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.

Ein Jahr ist vergangen seit wir am letzten 1. Mai gemeinsam für unsere Klasseninteressen demonstrierten, und unsere Lage ist in diesem Jahr sicher nicht besser geworden, eher schlechter.

Im Sommer letzten Jahres haben Unternehmer und Gewerkschaftsführung gemeinsam die vollauf berechtigte Bewegung für einen Nachschlag abgewürgt. Die Lohnrunden haben Ergebnisse gebracht, die noch nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten — wir nennen nur die Benzin- und Heizölpreise — ausgleichen können. In die Höhe geschnellt sind die Profite, unsere sauer verdiente Mark aber ist wieder weniger wert als vor einem Jahr.

In den Betrieben: Kostensenkungsprogramme, Abbau der Belegschaften, Stillegungspläne — Rationalisierung an allen Ecken und Enden. Die Zeche zahlen wir: Arbeitshetze, Abgruppierungen, Sorgen um den Arbeitsplatz, Arbeitslosigkeit.

Der Verwirklichung jener Forderung, mit der wir uns vor allem gegen den Rationalisierungsfeldzug der Unternehmer, gegen die Auspowerung unserer Arbeitskraft, gegen Arbeitslosigkeit zur Wehr setzen können, sind wir seit dem letzten 1. Mai nicht wesentlich näher gekommen. Sie muß deshalb auch bei den Kundgebungen und Demonstrationen des diesjährigen 1. Mai im Vordergrund stehen:

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Mit den Angriffen der Kapitalisten auf unsere wirtschaftliche Lage gehen einher die Angriffe der Bourgeoisie auf die politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere auf das Streikrecht und auf die Gewerkschaften.

Mit dem Verbot des von der RFFU bereits angesetzten Streiks der Fernseh- und Rundfunkbeschäftigten zur Verteidigung der im Zusammenhang mit der geplanten Zerschlagung des NDR gefährdeten Arbeitsplätze durch das Landesarbeitsgericht München wurde zum 1. Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Streik, zu dem eine DGB-Gewerkschaft aufgerufen hatte, verboten.

Dieser unerhörte Angriff auf das Streikrecht steht nicht allein. Seit Jahren versuchen die Unternehmerverbände durch massiven Aussperrungsterror das Streikrecht auszuhöhlen und die Gewerkschaften auszubluten. Eine breite Bewegung für das Verbot der Aussperrung ist in Gang gekommen und hat zweifellos an Kraft und Einfluß gewonnen. Auch dieser 1. Mai muß zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer werden.

Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

Ein Name steht wie kein anderer für die wütenden Angriffe der Kapitalisten und der politischen Reaktion gegen die organisierte Arbeiterschaft: Franz Josef Strauß. Die Kanzlerkandidatur dieses Gewerkschaftsfeindes Nr. 1 ist eine ungeheure Herausforderung für die gesamte Arbeiterbewegung.

Strauß hat gedroht, die Gewerkschaften zu spalten. Strauß hat mit seiner Klage gegen die Zeitung „metall“ versucht, die Gewerkschaftspresse zu knebeln. Maßloser Haß kennzeichnet seine gesamte Hetze gegen die Arbeiterbewegung. Strauß vertritt jene Teile des Unternehmertums, die am aggressivsten und brutalsten gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vorgehen wollen.

Verteidigen wir die Einheitsgewerkschaften! Bauen wir auf unsere Kraft!

Mit Strauß und seinen Hintermännern kann es keine „loyale Zusammenarbeit“, wie sie offenbar durch Treffen à la Vetter-Strauß angestrebt wird, geben. Nur der konsequente antifaschistische Massenkampf kann diesen Kräften den Weg zu einem neuen '33 versperren.

Darum muß Schluß sein mit den Beschwichtigungsversuchen der Gewerkschaftsführung. Darum darf es keine Treffen von Gewerkschaftsführern mit Strauß mehr geben. Darum muß dieser 1. Mai eindeutig im Zeichen des Kampfes gegen die Kanzlerkandidatur von Strauß, gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus stehen!

Stoppt Strauß! Gegen Reaktion und Faschismus! Für Freiheit und Demokratie!

Am 1. Mai demonstrieren die Arbeiter aller Länder ihre Solidarität und brüderliche Verbundenheit. Sie demonstrieren damit zugleich gegen jene Scharfmacher und imperialistischen Kriegstreiber, die es wieder so weit bringen wollen, daß Arbeiter auf Arbeiter schießen.

Angesichts des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und der Kriegshetze der US-Regierung können vor der realen und wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges die Augen nicht mehr verschlossen werden. Die Imperialisten in Washington und Moskau, aber auch in Bonn, steuern im Kampf um das Öl, um Rohstoffe und Weltherrschaft darauf zu. Der proletarische Internationalismus und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse mit dem gerechten Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, vor allem gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, sind Gebot der Stunde.

Nur die internationale Arbeiterbewegung kann den kalten und heißen Kriegern die Waffen aus der Hand schlagen und ein neues Blutbad verhindern. Darum muß es an diesem 1. Mai heißen:

Stoppt die Scharfmacher! Kampf der wachsenden Kriegsgefahr! Für Frieden und Völkerfreundschaft!

Kolleginnen und Kollegen!

Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft euch auf: Beteiligt euch massenhaft an den Kundgebungen und Demonstrationen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften!

Der 1. Mai gehört uns, der Arbeiterklasse, nicht den Bonzen und Ministern. Der 1. Mai ist keine Propagandaveranstaltung für die bürgerliche Regierung und keine Feierstunde im Sinne der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsführung. Der 1. Mai ist unser Kampftag.

Sorgen wir dafür, daß der diesjährige 1. Mai den kämpferischen Charakter erhält, der seiner stolzen Tradition entspricht.

Heraus zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse!

Gegen NPD-„Deutschlandtreffen“

FRANKFURT.— Gegen das geplante „Deutschlandtreffen“ der neofaschistischen NPD am 17. Juni in Frankfurt haben der DGB, die beiden großen Kirchen, die jüdische Gemeinde und der Jugendring eine gemeinsame Veranstaltung auf dem Römerberg beschlossen. Unter dem Druck einer antifaschistischen Öffentlichkeit haben auch die bürgerlichen Parteien ihre Unterstützung für diese Veranstaltung zugesagt. SPD, FDP und CDU wollen nach bisher vorliegenden Meldungen ihre Mitglieder aufrufen, sich an der Kundgebung zu beteiligen, wenn (!) gewisse Bedingungen erfüllt seien. So wird etwa aus Kreisen der Union bemängelt, daß sich die Kundgebung nur gegen Rechts, nicht aber auch gegen Links richte. Auf solche „Antifaschisten“ kann man verzichten!

Neues Treffen Vetter-Strauß

MÜNCHEN.— Die CSU hat angekündigt, daß sich Franz Josef Strauß am 21. April in Bonn zu einem weiteren „Gedankenaustausch“ mit dem DGB-Chef Heinz Oskar Vetter treffen wird. Damit setzt die DGB-Führung ihre verhängnisvolle Politik der Begünstigung, Aufwertung und gleichzeitigen Verharmlosung von Strauß, dieses Mannes des Großkapitals, dieses Arbeiter- und Gewerkschaftsfeindes Nr. 1, fort. Bereits im Oktober letzten Jahres hatten sich Strauß und Vetter entgegen massiver Proteste aus der Gewerkschaftsbasis zu einem Geheimtreffen zusammengefunden. (Siehe auch Seite 2.)

GENERALSTREIK IN EL SALVADOR

SAN SALVADOR.— Der Generalstreik, zu dem die Kräfte der politischen Linken nach dem Mord der faschistischen „Ordnungskräfte“ am Erzbischof Romero aufgerufen haben, legt das gesamte Leben im Land lahm.

Großkundgebungen, Demonstrationen und spontane Massenversammlungen gegen die Regierung kennzeichneten in diesen Tagen die Lage in Salvador. Trotz des verhängten Notstands vervielfachten sich diese Aktivitäten. Im ganzen Lande finden jetzt auch bewaffnete Auseinandersetzungen statt, die den Rahmen der Hauptstadt und einiger abgegrenzter Bereiche längst überschritten haben.

Das Manöver der US-imperialistischen Oberherrn des Landes, die dafür gesorgt hatten, daß der faschistische Diktator Oberst Romero durch eine scheinbar reformistische Junta abgelöst wurde, ist jetzt endgültig fehlgeschlagen. Diese Junta war von den revolutionären Kräften von Beginn an bekämpft worden und hatte nur kurzfristig die Unterstützung der revisionistischen KP Salvadors besessen, die ihre Taktik aber schnell änderte. Jetzt flüchteten drei der Juntamitglieder aus Furcht vor der Mordwelle der Faschisten, die die Juntaeinsetzung von Beginn an für eine unzulässige Konzession an den Pöbel erklärt hatten.

Faschistischer Putsch oder Revolution, so steht ganz aktuell die Frage in El Salvador. Und die mittelamerikanische Presse weiß von intensiven Waffenlieferungen aus USA nach Salvador zu berichten, die ebenso wie die hektischen Aktivitäten des blutigen CIA der Durchführung des neuen faschistischen Putsches dienen sollen.



Der ermordete Erzbischof

Kommentar

Sie zogen im Marschtritt über den Hof, brüllten „Sieg Heil“ und gröhlten das „Horst-Wessel-Lied“. Sie blökten „Juden raus aus Deutschland“ und schritten — symbolisch vorerst noch — zur Tat. Ein Feuer wurde entzündet, sie stellten sich im Kreis darum auf. „Legt noch einen Juden nach“,schrie einer. Und ein anderer machte Rapport: „Herr General, ich melde: 1000 Juden verbrannt.“

Nicht von einer neofaschistischen Bande vom Schlage der Hoffmann-Truppe ist hier die Rede. Die das taten waren junge Soldaten der Bundeswehr. Und nicht irgendwelche — zur „Judenverbrennung“ hatten sich etwa zwanzig Offiziersschüler der Bundeswehrschule Neubiberg zusammengerottet, künftige Kommandeure der Streitkräfte des Bonner Staates also.

„Das ist so üblich bei der Bundeswehr“

Man sollte meinen, daß diese unglaublichen Exzesse sofort die verantwortlichen Offiziere und auch das Bonner Kriegsministerium auf den Plan gerufen hätten. Aber nichts geschah. Die Sache wurde nach allen Regeln der Kunst vertuscht, und erst ein Zeitungsartikel brachte die Vorfälle an die Öffentlichkeit. Ein Gericht mußte sich mit der Sache beschäftigen. Gegen die antisemitischen Hetzer allerdings wurden die Ermittlungen sehr schnell wieder eingestellt — sie waren nämlich angeblich nicht mehr zu identifizieren. Verhandelt wurde nur gegen zwei Offiziere, und zwar wegen eines offensichtlichen Verstoßes gegen das Wehrgesetz.

Dieses Gesetz schreibt in seinem Paragraphen 40 eindeutig vor, daß bei Straftaten im Bereich der Bundeswehr sofort eine Meldung an die Justiz gemacht werden muß. Genau das hatten die beiden Offiziere unterlassen. Sie hatten — das wurde während der Verhandlung deutlich — in den faschistischen Ausschreitungen nicht mehr gesehen als einen Jux, einen Dummenjungenstreich. Das allein ist wahrhaftig schon ein Skandal. Aber noch mehr wurde offenbar in diesem Prozeß. Die beiden Offiziere hatten nicht nur dafür gesorgt, daß die Ausschreitungen vertuscht wurden und nicht nach außen drangen. Sie handelten damit vollständig im innerhalb der Bundeswehr üblichen Rahmen.

„Das ist so üblich bei der Bundeswehr“, hieß es ganz selbstverständlich.

Und das Gericht mußte sich darüber belehren lassen, daß der Generalinspekteur der Bundeswehr höchstpersönlich in einer „Unterrichtshilfe“ den Paragraphen 40 des Wehrstrafgesetzes außer Kraft gesetzt hat. Selbst der Staatsanwalt Gehrik mußte eingestehen, daß hier „eine Gesetzänderung auf dem stillen Weg“ vorgenommen wurde. Das ist allerdings sehr milde ausgedrückt. Tatsächlich ist die Bundeswehr offenbar dabei, ihre eigenen Gesetze zu machen, sich einen Raum zu schaffen, in dem nur noch der reaktionäre militaristische „Ehrenkodex“ gilt und sonst nichts.

Und dieser „Ehrenkodex“ legt über faschistische Exzesse den Mantel des Wohlwollens, während zur gleichen Zeit ein Offizier wie der General Bastian mit der Entlassung aus der Bundeswehr bedroht wird. Die Schüler von Neubiberg haben ja nur den Judenmord geprobt. Bastian dagegen hat ein unverzeihliches Verbrechen begangen: Er hat die hemmungslose atomare Aufrüstung der NATO kritisiert.

Hier bahnt sich eine gefährliche Entwicklung an. Die Kritiker des Militarismus werden mit allen Mitteln mundtot gemacht. Und auf der anderen Seite werden faschistische Aktivisten gehätschelt und dem Zugriff der Gerichte entzogen. In München jedoch, bei dem Prozeß gegen die beiden Offiziere, stellte man sich absichtlich blind gegen eine solche Entwicklung. Der offenkundige Bruch des Wehrgesetzes wurde mit Erstaunen registriert — und hingenommen. Die beiden Offiziere wurden mit Freisprüchen nach Hause geschickt.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

DGB-Bonzen bezeichnen Strauß-Gegner als Gewerkschaftsfeinde

Stoiber: „Ermutigende Tendenzwende“

HAMBURG.— Der unverschämteste Versuch, die Gewerkschaften auf ein völliges Stillhalten gegenüber Strauß einzuschwören, kommt von DGB-Bonzen im Landesbezirk Nordmark. In einem vom Bezirksvorstand an die Kreisorganisationen gerichteten Schreiben heißt es — „mit der Bitte um Beachtung“ —: „Allgemeine Angriffe gegen den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU werden nicht durchgeführt.“

Als Begründung dafür kann man lesen: „Mit dem Selbstverständnis des DGB als Einheitsgewerkschaft und mit seiner Satzung wäre es unvereinbar, Aktionen für oder gegen bestimmte Parteien oder deren Kandidaten durchzuführen.“ Und weiter: „Niemand kann daran gehindert werden, sich an Aktionen Dritter zu beteiligen. Das kann aber in jedem Einzelfall nur als Privatperson geschehen. Die Verwendung einer gewerkschaftlichen Funktionsbezeichnung auf Flugblättern, bei der Teilnahme an Diskussionen usw. ist unzulässig. Dabei spielt es keine Rolle, wer der Veranstalter ist.“



Anti-Strauß-Demonstration von Gewerkschaftern im Ruhrgebiet.

Die Herren vom Bezirksvorstand haben tatsächlich noch die Frechheit, sich auf die Einheitsgewerkschaft zu berufen, wo sie Aktionen gegen den Gewerkschaftsfeind Nummer Eins unterdrücken wollen, der mehr als einmal seine Absicht ausgedrückt hat, die Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen. Aber es kommt noch dicker, wenn man den letzten Absatz des hier angeführten Schreibens liest. Da heißt es nämlich: „An einigen Bürgerinitiativen gegen Strauß sind Vertreter der extremen Linken beteiligt. Deren erklärtes Ziel ist die Zerschlagung der Gewerkschaften. Wer sich als Gewerkschafter — gleichwohl in welcher Form — an derart chaotischen Gruppierungen beteiligt, und damit der zerstörerischen Absicht dieser Gruppierungen Vorschub leistet, handelt gewerkschaftsschädigend.“

Hier wird also nicht nur Strauß gedeckt, hier werden seine antigewerkschaftlichen Absichten kurzerhand seinen Gegnern unterschoben. Ist es da ein Wunder, daß CSU-Generalsekretär Stoiber angesichts dieses Schreibens von einer „ermutigenden Tendenzwende“ sprach? Und dieser Herr ließ sich auch die Gelegenheit nicht entgehen, von den DGB-Landesverbänden ähnliche Richtlinien zu fordern. Sein Parteifreund Biedenkopf erklärte die Strauß-Partei dreist zum „natürlichen Verbündeten“ der Gewerkschaften.

Angesichts solcher Tatsachen muß man sich wahrlich bald schon fragen, ob denn die Strauß-Partei inzwischen die Politik des DGB bestimmt. Haben denn die Bonzen von der Nordmark die innerhalb der CSU erarbeiteten „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“ nicht gelesen? Sie werden das sicher getan haben — und die IGM hat ja diese Materialien dankenswerterweise nachgedruckt und unter ihre Mitglieder gebracht. Und dort kann man eindeutig nachlesen, was der „natürliche Verbündete“ mit den Gewerkschaften vorhat: Strauß will diese umfassenden Organisationen der Werktätigen zerstören und in unternehmerfreundliche Staatsgewerkschaften umwandeln. Sicher ist den Herren im Bezirksvorstand Nordmark auch bekannt, welches Vorbild den CSU-Boß — nach dessen eigenen Bekundungen — dabei vorschwebt, das Vorbild der Zwangsgewerkschaften im faschistischen Chile nämlich.

Wer unter solchen Umständen den Kampf gegen den Gewerkschaftszerstörer Strauß abwürgen will — der handelt in gefährlicher Weise gewerkschaftsschädigend, der hat im DGB nichts zu suchen. Man braucht wahrhaftig keine prophetischen Gaben zu besitzen, um vorauszusagen, daß die Bonzen vom Landesbezirk Nordmark mit ihrem unverschämten Vorstoß für Strauß ein Fiasko erleiden werden.

Schon jetzt haben sich nicht nur Tausende von Gewerkschaftern aktiv an Protestaktionen gegen Strauß beteiligt — und sie werden sich das auch für die Zukunft nicht verbieten lassen. Auch eine Reihe von hohen Funktionären des DGB selbst und verschiedener Einzelgewerkschaften sind in diesem Sinn hervorgetreten. Hier sei nur der IG-DruPa-Vorsitzende Leonhard Mahlein erwähnt, der sich eindeutig für solche Aktionen ausgesprochen hat. Andere Funktionäre — wie etwa Werner Vitt (IG-Chemie-Vorstand) oder Georg Benz (IGM-Vorstand) beteiligen sich an der Initiative „Freiheit statt Strauß“, und zwar nicht als „Privatpersonen“, sondern eben als Gewerkschaftsfunktionäre.

Angesichts der Tätigkeit der Strauß-Freunde in den Gewerkschaften ist es für alle aktiven Gewerkschafter zu einer Notwendigkeit geworden, den Kampf gegen Strauß noch weiter zu verstärken und dabei auch allen Tendenzen in der eigenen Organisation, wie sie im Schreiben des Nordmark-Vorstands zum Ausdruck kommen, die Stirn zu bieten. **Und hier ist die wichtigste aktuelle Forderung, darauf zu dringen, daß es nicht zu dem erneuten Gespräch zwischen Strauß und Vetter kommt, das die CSU für den 21. Aril angekündigt hat.**

Aussperrungsprozeß in Kassel

Reaktionäre Propaganda des Gerichts

KASSEL.— Obwohl der Redaktionsschluß dieses „Roten Morgen“ vor der Urteilsverkündung durch das Bundesarbeitsgericht über die Rechtmäßigkeit der Aussperrung lag, ist das Urteil bereits abzusehen. Das Gericht machte es durch seine Haltung während des Prozesses mehr als deutlich, daß es sich nicht den berechtigten Forderungen der Werktätigen verpflichtet fühlt.

So mußte selbst die bürgerliche Presse kritisch zum Verhalten des BAG-Präsidenten, Gerhard Müller, Stellung nehmen, der zwar von sich großzügigerweise erklärte, er sei nicht der liebe Gott, aber sich trotzdem so verhielt. Er kanzelte die Anwälte ab, sie würden ja keine geistig hochstehende Debatte führen, sondern sich nur in Begriffflichkeiten befangen ausdrücken. Was immer er damit meinen mag, so ist es doch eine Tatsache, daß es den vielen Millionen Gewerkschaftern in diesem Land nicht um geistige Debatten geht, sondern um das Verbot eines terroristischen Kampfmittels der Kapitalisten. Was von so einem Mann, mit so einer Weltanschauung zu erwarten ist, liegt wohl auf der Hand. Wenn in dieser Situation der DGB-Bundesvorstand noch nochmals ausdrücklich jeden politischen Druck auf solche Richter ablehnt, so spielt er damit den reaktionären Häuptern der bundesdeutschen Arbeitsrechtsprechung in die Hand.

Denn der Herr Müller tritt ja nicht nur so auf, als sei er am königlich-bayerischen Amtsgericht, sondern seine Vorstellungen sind dem auch ziemlich nahe. So wies er als empfehlenswertes Beispiel auf die Schweiz hin, wo seit 1937 ein sogenanntes Friedensabkommen besteht, das Streik und Aussperrung untersagt (zustandegekommen übrigens auf Vorschlag des Präsidenten des Metallarbeiterverbandes).

So ein Zustand wäre natürlich den Herren, nicht nur denen in Kassel, gerade recht.

Bundeswehr ermittelt gegen Bastian

BONN. — Gegen den als Kommandeur der 12. Panzerdivision abgelösten Generalmajor Gert Bastian laufen jetzt Ermittlungen des Bonner Kriegsministeriums. Der Grund: Bastian soll in der Zeit von 1974 bis 1976 ein Verhältnis mit der Frau eines Oberstleutnants gehabt haben.

Daß diese angebliche Affäre jetzt nach Jahren plötzlich hochgespielt wird, ist allzu durchsichtig. Bastian hatte scharfe Kritik an der NATO-Politik — vor allem am Atomraketen-Beschluß — geübt, und er hatte diese Kritik auch nach seiner Strafversetzung bekräftigt. Das jetzt eingeleitete Verfahren — begleitet von einer reaktionären Rufmordkampagne in der Presse — zielt nicht nur unter die Gürtellinie. Nach Angaben eines Sprechers von Kriegsminister Apel droht dem Generalmajor die Entlassung ohne Ruhestandsbezüge aus der Bundeswehr.

Tausende von Telefonen abgehört

HAMBURG. — Wie die Wochenzeitung „Die Zeit“ in ihrer letzten Ausgabe berichtete, nimmt der Bundesnachrichtendienst zur Zeit Tausende von mit dem östlichen Ausland und der DDR geführten Telefongesprächen auf. Diese Überwachung in großem Stil werde spätestens seit dem Beginn der sogenannten Afghanistan-Krise praktiziert. Dabei kann nach Angaben der „Die Zeit“ auch nicht ausgeschlossen werden, daß Inlandsgespräche ebenfalls abgehört werden.

Erst vor einem Jahr war bekannt geworden, daß der BND auch säckeweise Briefe aus dem west-östlichen Postverkehr nach Informationen durchschnüffelt.

Pfeifkonzert gegen Vereidigung

FLENSBURG. — 130 Rekruten sollten — zum ersten Mal in einer öffentlichen Zeremonie — auf dem Südermarkt in Flensburg vereidigt werden. Der Anlaß für diese öffentliche Zeremonie war das zehnjährige Bestehen des in Flensburg stationierten Jägerbataillons 381. Aus Bonn war als Gastredner SPD-Geschäftsführer Bahr gekommen. Aber weder von seiner Rede noch von der Vereidigung selbst war etwas zu hören.

Auf dem Südermarkt hatten sich nämlich über 300 Demonstranten eingefunden, die gegen die militaristische Schau mit einem gellenden Pfeifkonzert protestierten.

Aktionen gegen NPD

HILDESHEIM. — Am 19. April wollen die NPD-Faschisten in Hildesheim einen Bundeswahltag durchführen und aus diesem Anlaß auch einen provokativen Marsch durch die Stadt unternehmen. Verschiedene antifaschistische Organisationen, darunter auch die VOLKSFRONT, bereiten für den 19. April eine Großkundgebung vor.

Das 11. Plenum des ZK der SED, auf dem die Richtlinien für den DDR-Haushalt 1980 festgelegt wurden, fand am 13./14. Dezember 1979 statt (siehe „Roter Morgen" 2/80). Die DDR-Führung mußte ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten eingestehen. Zur Eindämmung der Krise jedoch beschloß sie, noch umfassender und tiefgreifender die alten kapitalistischen Rezepte anzuwenden: Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen mittels Preiserhöhungen und Verstärkung der Arbeitshetze. In der Januar-Nummer des „Roten Morgen", Ausgabe der Sektion DDR der KPD/ML, kommentierten die Genossen aus der DDR die Beschlüsse des 11. Plenums. Diesen Kommentar drucken wir nachstehend ab. Auch die beiden Korrespondenzen beschäftigen sich mit den Problemen der Rationalisierung und Arbeitshetze in der DDR.

11. Tagung des ZK der SED

Krisenbewältigung à la Honecker

Aus: „Roter Morgen", Ausgabe DDR

Nach außen war natürlich wieder alles voller Stolz und Optimismus. Doch wo es um die Wirtschaft ging, gab es neben den abgedroschenen Phrasen von der „guten Bilanz" auch viele besorgte Töne auf dieser Versammlung der obersten Bonzen. Und wahrlich: Die Bonzen haben allen Grund zur Sorge, gerät doch die Wirtschaft zusehends in die Sackgasse.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt stagniert, Unmengen von Material und Energie werden vergeudet und eine Unzahl unproduktiver Arbeitsplätze liegen der Wirtschaft auf der Tasche. Sprichwörtlich ist die niedrige Qualität der Waren. Die Produktion der meisten Betriebe läuft unkontinuierlich, auf dem Gebiet der Investitionen herrscht Chaos und Verschwendung. Wie scharf die Probleme stehen, macht allein eine Zahl deutlich: Im DDR-Durchschnitt liegt der Verbrauch an Energie für die Herstellung von tausend Mark Warenproduktion um etwa 40 Prozent höher als in Westdeutschland.

Ähnlich sieht es bei einer der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennziffern, der Arbeitsproduktivität aus: sie liegt trotz Vollbeschäftigung bei uns um 17 Prozent unter der westdeutschlands. All diese Probleme, seit Jahren ungelöst, haben sich gerade 1979 verschärft. Die 11. Tagung mußte deshalb wie bereits die vorhergehende in bisher nicht gekannter Offenheit die wirtschaftliche Misere eingestehen. Honecker und SED-Politbüromitglied Mittag beklagten zum Beispiel das Desinteresse der Betriebe an einer Modernisierung der Produktion. Mittag berichtete, „daß es eine Vielzahl von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen gibt, die abgeschlossen vorliegen... Diese zum Teil neuesten Verfahren werden jedoch für einen hohen Leistungszuwachs nicht wirksam." Zum Beispiel, weil die Maschinenbaubetriebe sich weigern, die zur Realisierung nötigen Anlagen zu bauen. Mittag kritisierte auch den enorm aufgeblähten bürokratischen Apparat in Forschung und Entwicklung, der zu wenig leistet.

Seit 1971 verdoppelte sich fast die Beschäftigtenzahl in diesem Bereich. Im Klartext: im Büro wird gegammelt. Bemängelt wurde, daß die Hälfte aller DDR-Produkte zu schwer sind und damit unnötig Material verschlingen. Kritisiert wurde auch die Praxis der Betriebe, überflüssige Arbeitskräfte, insbesondere in der Verwaltung einzustellen. So spiegelte das 11. Plenum die Dauerkrise der DDR-Wirtschaft wieder. Zu ihren wahren Ursachen von der SED kein Wort. Nichts davon, daß Moskau die Rohstoffpreise maßlos in die Höhe schraubt und der DDR-Wirtschaft die Kehle zudrückt. Nichts davon, daß in der DDR längst eine neue Spielart des staatsmonopolistischen Kapitalismus herrscht, die gesetzmäßig das allgemeine Gegeneinander der Betriebe, Anarchie und Stagnation hervorbringt. Einig aber waren sich die Herren über eins: So geht es nicht weiter! „Energische Erhöhung der Effektivität, hoher Rationalisierungsschub, Steigerung der Arbeitsproduktivität weit über das bisher übliche Maß hinaus" — das sind Kernpunkte einer Krisenstrategie der SED vom 10. und 11. Plenum.

Was dieses Krisenprogramm für die Kollegen bringt, wurde schon im Vorfeld der 11. Tagung deutlich genug der Presse gesagt. Da wurden in noch nicht dagewesener Offenheit die „schlechte Arbeitsmoral" der Kollegen und ihre „mangelnde Ehrlichkeit" angegriffen, da wird gegen die Zigarettenpause des Arbeiters gewettert, da werden unter dem Motto „Aufdeckung aller Reserven" Normerhöhungen propagiert — die Reihe dieser unverhohlenen Angriffe auf die Werktätigen ließe sich fortsetzen. Die Auffassung der Wirtschaftsbosse, es sei an der Zeit, die „faulen Arbeiter" stärker an die Kandare zu nehmen, kommt mehr und mehr zum Tragen. Schon jetzt wird in der Presse der Entlassung von „Faulenzern" das Wort geredet. Rationalisierung auf unsere Knochen — das ist die Devise.

Diesen Versuchen, die Krisenlasten auf uns abzuwälzen, gilt es entschieden entgegenzutreten.

ROTER MORGEN

LESEN UND WEITERGEBEN !

Aus dem Inhalt :

1. Hintergründe und Ziele des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan
2. Propagandalügen Kabuls und Moskaus
3. Was zeigen die Ereignisse im Mittleren Osten ?
4. Zwei Seiten einer Medaille (Korrespondenz)

Nr. 1, Januar 1980

Hintergründe und Ziele des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan

Titelseite der Januar-Nummer des illegalen „Roten Morgen", Ausgabe der Sektion DDR der KPD/ML. Bei der Januar-Nummer handelt es sich um die erste vollständig in der DDR hergestellte Ausgabe des „Roten Morgen". Schwerpunkt der Nummer bilden verschiedene Artikel über Hintergründe und Ziele des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Weiter enthält die Zeitung die Korrespondenz „Zwei Seiten einer Medaille" und den Artikel „Krisenbewältigung à la Honecker", die auf dieser Seite abgedruckt sind.

Korrespondenz

Zwei Seiten einer Medaille

Aus: „Roter Morgen", Ausgabe DDR

Anfang November 1979 bekam die Taktstraße 2 des WBK Halle, die zur Zeit im Bauabschnitt 6D Dessau arbeitet eine volle Breitseite von der WBK-Leitung aus Halle. „Ihr habt die höchsten Bummelstunden von allen Taktstraßen" — so verkündeten die WBK-Bosse. Schön aufgezählt wurde, welche Verluste dadurch entstanden sein sollen. Doch die Kollegen der Taktstraße machten aus ihrer Sicht eine Gegenrechnung auf, die einigen gar nicht schmeckt.

Bilanz der Taktstraße:

• Benötigt werden pro Schicht zehn große und sechs kleine Elemente. Seit Monaten ist die Kombinatsleitung nicht in der Lage, das zu organisieren. Mal kommt Tage und Nächte nicht ein Element auf die Baustelle oder aber nicht das für die reibungslose Montage erforderliche Sortiment. Ergebnis: Die Kollegen gammeln die Zeit tot. Oder das Gegenteil, die Baustelle wird ohne große Vorankündigung plötzlich vom kombinatseigenen Betonwerk mit Elementen regelrecht zugeschüttet und alles was Beine hat muß entladen, zwischenstapeln oder umlagern statt zu montieren.

• In der Taktstraße fehlen 27 Arbeitskräfte. Von fünf vorgesehenen Meisterstellen ist nicht eine besetzt.

• Für den Block 8 sollten bis 17. Oktober 1979 das Fundament plattenfertig und der Keller bis 31. Oktober vollständig betoniert sein. Gute drei Wochen später fehlten wegen schlechter Arbeit der Verantwortlichen immer noch zehn Meter an der Fundamentplatte. Ähnlich am Block 10. Hier sollte die Fundamentplatte ebenfalls Ende Oktober fertig sein. Am 8. November waren noch nicht einmal die Höhen dafür abgesteckt, also die Baugrube immer noch leer. An die für Oktober vorgesehenen 88 Wohnungen und 17 Keller war deshalb nicht zu denken.

• Fast jeden Sonnabend wird jetzt gearbeitet, um aus dem Schneider zu kommen. Die Kollegen der Kellermontage arbeiten statt Normalschicht täglich zwölf Stunden!

Die Meinung der Arbeiter der Taktstraße 2 zu den von der Zentrale in Halle durchgeführten Rapporten:

„Die können wir uns sparen, wenn uns dort nur gesagt wird, was wir selber wissen. Fragt Euch da oben doch mal selbst, wer uns eigentlich zwingt, abwechselnd in Leerlauf und Hektik zu machen, und wer uns hindert, kontinuierlich die Wohnungen zu bauen. Wir als Taktstraße haben unsere Bummelfritzen zur Rechenschaft gezogen. Wer jedoch kommt für den Schaden auf, der von Euch verursacht wurde?"

Dieser Fall aus dem WBK Halle ist kein Einzelfall. Ähnlich sieht es überall im Bauwesen aus. Wer wollte die Gelder schätzen, die durch Schlamperei, Bürokratismus und das Gegeneinander der Betriebsleiter und Kombinatsbosse vergeudet werden. Diese Herren kennen gewöhnlich nur ihren Posten, ihre hohen Gehälter und dicken Prämien. Alles andere kümmert sie meist weniger. Was dabei herauskommt — das obige Beispiel zeigt es.

Abkürzungen

SV-Urlaub = Sozialversicherungsurlaub
BZ = Berliner Zeitung
ND = Neues Deutschland
VEB = Volkseigener Betrieb

Rationalisierung in der DDR

Unmenschliche Antreiberei

Korrespondenz aus der DDR

Verseilerei im Kabelwerk Schwerin. Laufend werden an den Verseilmaschinen seit Januar die Maschinenhelfer „eingespart" — eine „Wettbewerbsinitiative". Von neuer Technik oder gar Senkung der Normen war keine Rede. Im Klartext: Der Maschinenführer darf für zwei schuften. Im Kabelwerk sollen durch die „Einsparung" von Arbeitskräften nach diesem Vorbild noch dieses Jahr über 100 Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Die Zeitungen der vergangenen Monate nahmen da kaum noch ein Blatt vor den Mund. Da wurde über die Unpünktlichkeit der Arbeiter hergezogen, über zusätzliche Pausen, SV-Urlaub und die schlechte Arbeitsmoral der sogenannten „schwarzen Schafe" lamentiert. Dies alles in einem offenen und unverfrorenen Tonfall, wie er bisher nicht üblich war. Ungeschminkt wurde gefordert, die Arbeiter mehr an die Kandare zu nehmen. So wurden höhere Strafen und Abzüge für „Bummelanten" und notfalls ihre Entlassung propagiert.

Veraltete Technik

Seit jeher behaupten in diesem Staat alle, die sich für etwas Besseres halten, die Arbeiter würden bei uns zuviel gammeln. Da sei es nur recht und billig, wenn die Schrauben angezogen würden. Zu solchen Vorurteilen und zu den Angriffen auf die Arbeiter muß einmal ein klares Wort gesagt werden. Wenn die Arbeiter gammeln würden, wäre die DDR längst bankrott.

Die hoffnungslos veraltete oder anfällige Technik, mit der sich die Kollegen herumplagen müssen, der selbst nach offiziellen Angaben noch enorm hohe Anteil an Handarbeit mit einfachen Werkzeugen (40 Prozent in der gesamten Produktion), die Knochenarbeit zum Beispiel im innerbetrieblichen Transport — all das bedeutet zusätzliche Belastungen. Ganz zu schweigen von der Unkontinuität der Produktion, die die Kollegen ausbügeln müssen durch die enorme Zahl von Überstunden, durch Sonderschichten und zusätzliche Hektik.

Aufgeblasene Bürokratie

Im Januar veröffentlichte das ND eine interessante Zahl: Von 1960 bis 1978 stieg die Zahl der Berufstätigen um 430 000. Davon wurden nur 23 000, ganze 5 Prozent (!), im produzierenden Bereich eingesetzt. Unglaublich, aber Tatsache.

Diese wenigen Zahlen belegen konkret eine Erfahrung der Arbeiter mit diesem Staat. Auf ihrem Rücken wächst und gedeiht ein enorm aufgeblähter, unproduktiver Verwaltungsapparat, eine ganze Armee von Bürokraten, Ordnungshütern, hauptamtlichen Funktionären, kleinen und großen Bonzen. Sie führen größtenteils ein bequemes Leben.

Wird auch nur einmal die Frage gestellt, welche wahrhaft astronomischen Summen eingespart werden könnten, wenn man zum Beispiel die unproduktiven Verwaltungsapparate in Betrieb oder Staat drastisch reduzieren würde? In diesem Staat, in dem die Arbeiter und Bauern längst nicht mehr das Heft in der Hand halten, kann davon keine Rede sein.

Wirtschaftskrise

Hintergrund der Bemühungen der Bosse zur verstärkten Antreiberei und Rationalisierung ist die sich rapide verschlechternde Wirtschaftslage, ist die Krise, in die unsere Wirtschaft immer tiefer hineingerät. Nach dem Willen der neuen Kapitalisten sollen die Arbeiter die Zeche nun doppelt zahlen. Versorgungsmisere, Teuerung, Sparmaßnahmen überall im sozialen Bereich, zum Beispiel im Wohnungsbau und Gesundheitswesen — das ist die eine Seite. Die andere Seite stellen die Versuche der neuen Herren dar, noch mehr aus uns herauszupressen.

Massive Kritik

Wenn wir uns gegen die Antreiberei stark machen und geschickt die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, können wir die Angriffe der Bonzen entschärfen. Ein interessantes Beispiel in dieser Richtung war ein Leserbrief von Kollegen aus dem Bereich Stanzerei der VEB Secura-Werke an die BZ. *Sie stellen für hiesige Verhältnisse ziemlich deutlich fest, daß die Kampagne zur besseren Ausnutzung der Arbeitszeit „denen, die ohnehin täglich ihre Norm erfüllen, manchmal auf den Geist geht". Auf die Forderung nach Aufdeckung der Reserven, fanden sie die richtige Antwort, mit der man den Antreibern den Wind aus den Segeln nimmt.*

„...oft brauchen wir Polster, um die beim Ausfall von Maschinen oder Werkzeugen verlorene Zeit wieder reinzuholen. Denn das Geld soll ja schließlich stimmen. Kein Wunder also, daß die Normerfüller erst dann bereit sind, über die noch vorhandenen ‚Schweinebraten' zu sprechen, wenn alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen sind, alles wie am Schnürchen läuft."

Auch gegen das Märchen der Bonzen, die Arbeiter machten zu viele Pausen, sprachen sich die Kollegen von Secura aus: „Wir alle wissen, daß der Arbeitstag ohne Zwangspausen verläuft. Denn wenn es gut vorangeht, ist auch die Stimmung gut, und es bleibt Zeit für eine zusätzliche Zigarettenpause."

Landesarbeitsgericht bestätigt fristlose Entlassung

Ein Abgrund von Atomfilz und und Denunziantentum

KWU-Bosse feuerten IGM-Vertrauensfrau

DÜSSELDORF. — Am Freitag vergangener Woche standen sich vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf die Ersatzbetriebsrätin Karin Kriening und Vertreter des Atomkonzerns Kraftwerk Union (KWU) gegenüber. Nach vierjähriger Tätigkeit als Psychologin im Mülheimer KWU-Werk an der Ruhr war die aktive Gewerkschafterin im Sommer letzten Jahres fristlos entlassen worden.

Vorwand für die Maßregelung: Auf einer Belegschaftsversammlung mit über 4 000 Teilnehmern hatte die Kollegin einen Kassettenrekorder laufen lassen. Man muß dabei berücksichtigen, daß bei KWU in Mülheim nicht nur die Werksbosse kaltschnäuzig die Gefahren der Atomkraftwerke verharmlosen, sondern daß hier auch ein extrem unternehmerhöriger Betriebsrat besteht, der die Hetze gegen AKW-Gegner als seine Hauptaufgabe betrachtet.

In zynischer Umkehrung der tatsächlichen Zustände bei KWU machte die Werksleitung aus dem Tonbandmitschnitt einen Verstoß gegen die „Persönlichkeitsrechte" der versammelten Belegschaftsmitglieder und sprach der IG-Metall-Aktivistin wegen „Störung des Betriebsfriedens" die fristlose Kündigung aus.

Der wahre Grund ist jedoch: Kollegin Kriening steht der Kernkraft kritisch gegenüber und sie ist zudem als Ersatzbetriebsrätin und Vertrauensfrau der IG Metall aktiv für die betrieblichen Interessen der Kollegen eingetreten. So hat sie unter anderem bei KWU einen Arbeitskreis IG Metall zum Thema Rationalisierung ins Leben gerufen.

Was die Mißachtung der Persönlichkeitsrechte betrifft, so gehen sie bei KWU von einer ganz anderen Ecke aus. Wer hier nicht spurt, wer nicht das Atomgeschäft der KWU-Konzernherren als sein eigenes Anliegen betrachtet, dem drohen nicht allein Repressalien aus der Richtung der Chefetagen. **Wiederholt lagen im Betrieb anonyme Flugblätter aus, in denen Belegschaftsmitglieder als Atomkraftgegner denunziert und ihr Rausschmiß gefordert wird. *„Weigert Euch, mit diesen Burschen zu arbeiten. Laßt sie als erste unser Werk verlassen. Hier habt ihr die Namen...*" In einem anderen Fall gaben sich die Denunzianten als *„Bürgerinitiative KWU"* aus und nannten 10 Belegschaftsmitglieder mit Namen, die angeblich Kommunisten seien und herausgeflogen hätten: *„Warum zögert die Werksleitung?"***

Das sind faschistische Methoden der Denunziation und Einschüchterung. Geht es überhaupt noch niederträchtiger und schmutziger? Und hinter diesen Machenschaften vermuten nicht wenige Kollegen den Betriebsratsvorsitzenden Julius Busch und seine Clique. Busch machte unter anderem dadurch von sich reden, daß er die Auslieferung von 5 000 Exemplaren der IGM-Mitgliederzeitung „metall" im Werk verhinderte, weil darin *„die Kernenergie verteufelt"* würde.

Busch organisierte ferner in vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit der Werksleitung während der Arbeitszeit eine Gegendemonstration der KWU-Belegschaft, als in Brokdorf Zehntausende gegen das AKW demonstrierten. Natürlich bleibt ihm der Judaslohn für seine treuen Dienste nicht versagt. Er ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender im KWU-Gesamtkonzern. Dieses und seinen Betriebsratsamt verbinden sich ideal mit einem weiteren Amt: In der Ruhrstadt Mülheim ist Julius Busch auch noch SPD-Ratsherr.

Es braucht also niemanden zu wundern, daß diese Atomfilzlaus, diese traurige Karikatur eines Belegschaftsvertreters sofort bereit war, die fristlose Entlassung der Kollegin Kriening zu unterschreiben. Eine Schande ist es aber, daß die Zustimmung des 29köpfigen Betriebsrates zu der Maßregelung der IGM-Gewerkschafterin einstimmig war. Auch sämtliche IGM-Betriebsräte gaben grünes Licht für brutale Unternehmerwillkür.

Dieses skandalöse Verhalten stieß auch in Funktionärskreisen der IG Metall auf scharfe Kritik. Vertrauensleute aus anderen KWU-Werken empörten sich: **„Als Metaller vermissen wir eure Solidarität," so zeigt sich doch klar, daß hier „eine unbequeme Gewerkschafterin billig abserviert werden"** sollte. Selbst der IGM-Vorstand tadelte das Verhalten der Betriebsräte. Und über die unglaublich arbeiterfeindliche Haltung des AKW-Anbeters Julius Busch ist man in der Frankfurter IGM-Zentrale auch nicht mehr froh.

So stellte denn die IG Metall der Kollegin Kriening einen Rechtsanwalt für die Auseinandersetzung vor dem Arbeitsgericht. Ein Rechtsbeistand allein reicht aber bekanntlich nicht aus, um sich gegen eine Konzernfirma zu behaupten. In erster Instanz bekam Karin Kriening noch ihr gutes Recht zugesprochen. Das Arbeitsgericht Oberhausen erklärte die fristlose Entlassung für ungültig. KWU aber ging in Berufung. Und das Landesarbeitsgericht in Düsseldorf sprach nun „Recht" auf seine Art.

Der Gerichtsvorsitzende schlug einen für Karin Kriening völlig indiskutablen Vergleich vor: *„Das Arbeitsverhältnis gilt bis zum 30. Juni als nicht gelöst. Danach gehen Sie auseinander."* Die gemaßregelte Kollegin lehnte ab. Daraufhin schloß das Gericht die Verhandlung, die im ganzen nicht länger gedauert hatte als eine Viertelstunde.

Im Saal anwesend war niemand außer ein paar wenigen Freunden der Klägerin. Wer demgegenüber die Arbeitsgerichtsverhandlung in Dortmund mit den entlassenen Hoesch-Betriebsräten erlebt hat, wer die breite Solidaritätsbewegung dort verfolgte, der fragt sich: Warum hat die IG Metall, die sich im Fall KWU juristisch engagierte, in dieser Sache kein bißchen die Öffentlichkeit mobilisiert?

Dementsprechend fiel dann auch das Urteil des Landesarbeitsgerichts aus: Die Kündigungsschutzklage ist abgewiesen; die Gerichtskosten trägt die Klägerin.

Der Gewerkschaftskommentar

„6,3 Prozent sind Quark — wir wollen 180 Mark!" das riefen die Müllarbeiter und die Angestellten der Stadtverwaltung in Dortmund, als sie am Mittwoch und Donnerstag jeweils für mehrere Stunden die Arbeit niederlegten und zum Rathaus marschierten. Genau das war auch die Meinung der Zehntausenden Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, die in anderen Städten streikten und demonstrierten, nachdem der Vorsitzende ihrer Gewerkschaft Heinz Kluncker völlig zu Recht das unverschämte 6,3-Prozent-Angebot des Bundesinnenministers Baum zurückgewiesen und mit einem Ultimatum beantwortet hatte.

6,3 Prozent und faktisch kein Mindestbetrag — so lautet der Schandabschluß vom Freitagabend. Er wurde noch in der gleichen Nacht von den im Wartezimmer Klunckers auf Abruf versammelten Mitgliedern der Tarifkommission abgesegnet.

So kann's nicht weitergehn!

Welch ein unglaublicher Verrat! Was für ein Schlag ins Gesicht der ÖTV-Mitglieder!

Zu den skandalösen Drohungen der öffentlichen Dienstherren mit Maßregelung und Lohnabzug gegen die Streikenden ÖTV-Kollegen nun auch noch der Hohn von seiten der eigenen Führer!

In keiner anderen Branche ist in der diesjährigen Tarifrunde von den Kollegen und Gewerkschaftern so entschlossen und machtvoll gekämpft worden. In keiner anderen Branche gab es so massive Kurzstreiks, so viele Demonstrationen, so eindrucksvolle, überzeugende Beweise der Kampfentschlossenheit der Gewerkschaftsbasis. Die ÖTV-Kollegen waren in diesem Jahr eindeutig die kämpferischsten im ganzen DGB.

Und dann dieser Abschluß! Der niedrigste in der ganzen Lohnrunde!

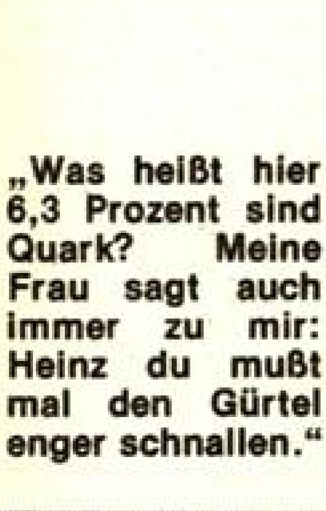
Jetzt sollte endgültig klar geworden sein, daß das Image des Heinz Klunckers als „harter Klotz", als „gefürchteter Widerpart der Dienstherren und Unternehmer" trügerisch und nichts als Tünche ist. Aufgebaut von den Massenmedien, damit ein den Herren genehmer Gewerkschaftsboss Vertrauen bei der Basis genießen soll.

In einem allerdings muß man Kluncker Qualitäten bescheinigen: Er ist ebenso nervenstark wie ausgekocht, wenn es darum geht, die Kollegen zu betrügen und zu verschaukeln. Skrupellos spielt er heute noch den kompromißlosen Vertreter der gewerkschaftlichen Forderung, um morgen bereits den Schandabschluß perfekt zu machen. Sozusagen ein Meister seines Fachs: des Arbeiterverrates.

Wie lange kann Kluncker dieses schmutzige Geschäft noch betreiben? Wie lange kann er der Sache der Arbeiterschaft und der Gewerkschaft noch Schaden zufügen?

Es wird Zeit für die aktiven ÖTV-Gewerkschafter, eine Losung in die innerorganisatorische Diskussion zu tragen: Kluncker muß gehen! Solch einen Vorsitzenden kann sich die ÖTV nicht länger leisten! Anfang Juni findet der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV statt...





„Was heißt hier 6,3 Prozent sind Quark? Meine Frau sagt auch immer zu mir: Heinz du mußt mal den Gürtel enger schnallen."

Bautarifabschluß

Abschluß im vorgegebenen Rahmen

DORTMUND.— Am Donnerstag, den 27. März, schloß die IG Bau Steine Erden einen neuen Tarifvertrag für die über 900 000 Bauarbeiter in der Bundesrepublik ab. 6,6 Prozent mehr für alle, zusätzlich unterschiedliche Vorweganhebungen und eine 11monatige Laufzeit.

Mit diesem Abschluß bleibt die IG BSE im Rahmen jener Tarifabschlüsse, die von anderen Gewerkschaften sozusagen vorgegeben waren, trotz der vorher laut betonten besonders guten Situation der Bauindustrie.

Natürlich ist die etwas kürzere Laufzeit zu begrüßen. Sie kann im nächsten Jahr zu Abschlüssen direkt nach dem Wintergeld führen.

Am meisten erstaunt bei diesem Abschluß aber die Art und Weise, wie die Vorweganhebungen gehandhabt wurden. So beträgt nach Rechnungen der „Frankfurter Rundschau" die Lohnsteigerung einerseits 1,39 Mark auf 15,38, andererseits 0,78 Mark auf 11,47. So daß also durch die Art der von der IG BSE ausgehandelten Vorweganhebung die Lohndifferenzen offensichtlich nicht geringer, sondern größer werden.

Was man leicht nachrechnen kann. Statt 3,3 Mark Unterschied zwischen den beiden genannten Lohngruppen vorher, jetzt 3,91 Mark.

Karin Roth von der Vorstandsverwaltung der IG Metall:

„Wir vergessen nicht Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Käthe Duncker ..."

Scharfe Kritik am DGB-Bundesvorstand

ESSLINGEN.— Mit Verzögerung erreichte uns ein Bericht einer Teilnehmerin an der Veranstaltung zum internationalen Frauentag in Schnait (Nord-Württemberg). Auf dieser Veranstaltung hielt Karin Roth, Mitglied der Vorstandsverwaltung der IG Metall, eine kämpferische Rede über den Kampf der Frauen, eine Rede, in der gleichzeitig für klassenkämpferische Standpunkte im DGB Partei ergriffen wird.

Die Veranstaltung wurde von den IG-Metall-Verwaltungsstellen Waiblingen, Esslingen und Ludwigsburg organisiert. Es kamen 200 Teilnehmer, in der Hauptsache Frauen. Die Rede von Karin Roth, die häufig von Beifall unterbrochen wurde, bildete den Höhepunkt der Veranstaltung. Im folgenden bringen wir eine Zusammenfassung.

Karin Roth betonte, daß 70 Jahre Internationaler Frauentag gleichbedeutend sind mit 70 Jahren Kampf für Gleichberechtigung, sozialen Fortschritt, gegen konservative Kräfte und Reaktion, für mehr Rechte, mehr Demokratie und Frieden. Dabei kämpfe die proletarische Frauenbewegung Seite an Seite mit dem Mann für eine bessere Gesellschaft. Es liegt an uns, sagte Karin Roth, diesen Tag, dessen Bedeutung bei uns kaum mehr bekannt ist, erneut mit Inhalt zu füllen und die Flamme am Lodern zu halten.

Karin Roth wandte sich scharf gegen die reaktionäre Haltung, die sich in dem Schandbeschluß ausdrückt, mit dem der DGB-Bundesvorstand den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern die Teilnahme am Internationalen Frauentag verbieten wollte. In diesem Beschluß war so argumentiert worden: Der Internationale Frauentag sei im Jahre 1910 auf Beschluß des II. Internationalen Frauenkongresses der Sozialistinnen eingeführt worden; er habe sich zu einem parteipolitischen Gedenktag entwickelt, „an dem sich der DGB aufgrund seines Prinzips der Einheitsgewerkschaft nicht beteiligen" könne.

Demgegenüber sagte Karin Roth unter starkem Beifall: „Wir sehen keine Grund, unsere gemeinsame Wurzel mit sozialistischen Ideen zu leugnen. Die Reaktion des DGB-Bundesvorstands stößt auf unser Unverständnis!"

Zur Bedeutung des 8. März sagte die IGM-Funktionärin weiter, er stehe in einer Reihe mit dem 1. Mai und dem 1. September (dem Antikriegstag). Im Zusammenhang mit der Schilderung der Kämpfe, aus denen der Frauentag entstanden ist, sagte sie: „Wir vergessen nicht Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Käthe Duncker, unsere Helden".

Auf die aktuelle politische Entwicklung eingehend, prangerte die Rednerin die Berufsverbote und die Gesinnungsschnüffelei an. Jetzt zeigten die Unternehmer ihr wahres Gesicht. Es gehe ihnen einzig und allein um ihren Maximalprofit. Von Sozialpartnerschaft sei zwar immer viel geredet worden, aber noch nie hätte man danach gehandelt. Wer von Partnerschaft rede, betreibe das Geschäft der Unternehmer und der Reaktion. Nicht die Werktätigen verursachten die Krisen, sondern das kapitalistische System.

Karin Roth ging dann auf den Kampf für die Verbesserung der Lage der Frauen und des arbeitenden Volkes ein. Sie forderte unter anderem den Ersatz der Drei-Klassen-Schule durch die umfassende Gesamtschule als Ganztagsschule mit neuen Lehrinhalten. Fortschrittliche Lehrer müßten ihren Platz haben und ihren Platz bekommen.

Die augenscheinlichste Diskriminierung der Frauen geschehe beim Lohn und den Gehältern. Die gewerkschaftliche Gegenwehr müsse verstärkt werden. Kollektive Aktionen auf Betriebsebene müßten organisiert werden, diese würden auch gleichzeitig das Bewußtsein verändern. Den Versuchen der Unternehmer, die Schutzbestimmungen für Frauen im Hinblick auf Schichtarbeit und Nachtarbeitsverbot zu Fall zu bringen, müßten die Gewerkschaften den Kampf ansagen.

Gegen die Versuche, die Arbeitslosigkeit zu verschleiern, indem die Frauen auf ihre Mutterrolle eingeschränkt werden, setzte die Rednerin folgende Forderungen: **Elternurlaub (wahlweise Mann oder Frau); mehr Kindertagesstätten und Ganztagsschulen; Erhöhung des Kindergeldes, orientiert an Einkommensgrenzen; und als wichtigste Forderung: die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.**

Karin Roth versäumte es nicht, zur Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß Stellung zu nehmen. Strauß sei nur die Spitze des Eisberges. Hinter ihm stünden die gleichen Kräfte, die die Weimarer Republik in Schutt und Asche legten. Unter großem Beifall sagte Karin Roth: „Gegen F.J. Strauß setzen wir unsere gewerkschaftliche Solidarität und Widerstand. Wir sind für die Einheitsgewerkschaft, die Christen und Kommunisten, Parteilose und Sozialdemokraten umfaßt."

Scharf prangerte die Rednerin alle Bestrebungen an, die Frauen unter der Fahne der Emanzipation der Frauen in die Bundeswehr zu holen. Dies sei Aufrüstung. Stattdessen sei zu fordern: Nicht 50 Milliarden Nachrüstung, sondern Abrüstung; nicht Kanonen, sondern Brot; konsequente Abrüstung in Ost und West.



Protestkundgebung der streikenden Müllarbeiter vor dem Dortmunder Stadthaus.

ÖTV-Tarifabschluß — was bringt er?

Statt Mindestanhebung nur ein Trostpflaster

Von einer wirklichen Verbesserung der Einkommensstruktur kann bei dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst keine Rede sein. Statt einer Mindestanhebung der unteren Einkommensgruppen um 180 Mark erhalten die Kollegen nur ein auf optische Wirkung berechnetes Trostpflaster.

Neben der Erhöhung der Einkommen um 6,3 Prozent und der Urlaubsverlängerung um ein bzw. zwei Tage wurde folgendes vereinbart:

Für alle Einkommen bis 1 900 Mark brutto werden die sogenannten vermögenswirksamen Leistungen von 13 auf 26 Mark monatlich angehoben. In Fällen, in denen die 6,3prozentige Erhöhung weniger als 110 Mark ausmacht, wird ein einmaliger Ausgleich in Höhe des Zwölffachen der Differenz bezahlt.

Mit anderen Worten: Die unteren Einkommen wurden überhaupt nicht stärker angehoben. Lediglich für die ganz schwach Verdienenden gibt es einen einmaligen winzigen Bonus, der auf die 12 Monate der Laufzeit des Tarifvertrages verteilt wird.

Was die Erhöhung der „vermögenswirksamen Leistungen" um 13 Mark monatlich betrifft, so wurde sie von der ÖTV-Führung bereits im vergangenen Sommer gefordert mit dem Hintergedanken, die Nachschlagsbewegung abzuwiegeln. Eine solche Erhöhung war jedoch unabhängig von irgendwelchen Lohnrunden schon lange überfällig.

Die Werktätigen im ÖTV-Bereich wurden also mit der absolut niedrigsten Tariferhöhung der diesjährigen Lohnrunde abgespeist und dies, obwohl die extrem ungerechte Einkommensstruktur keineswegs verbessert wurde. Dazu folgendes Beispiel, das die Beschäftigten beim Stuttgarter Stadtreinigungsamt errechnet haben:

Die Erhöhung um 6,3 Prozent bringt monatlich

der Putzfrau	ca. 90,— DM
dem Müllader	ca. 105,— DM
dem Kraftfahrer	ca. 115,— DM
dem Amtsleiter des Stadtreinigungsamtes	ca. 350,— DM
dem Oberbürgermeister	ca. 820,— DM



Auf der Bornstraße bewegte sich eine endlose Kolonne von Mülladern in Richtung Stadtzentrum.



Auf der Eingangstreppe zum Stadthaus.



Gegen Privatisierungsdrohungen und verschärfte Leistungshetze und für ihre Lohnforderungen nach 180,— DM legten die Müllmänner die Arbeit nieder.



Das Stadthaus ist von Mülladern umstellt.



Sprechchöre hallen durch das Stadthaus: „Zeitler wir kommen ... !"



Warnstreik bei Dortmunder Müllabfuhr

Im Rathaus hallten Sprechchöre

DORTMUND.— Mit einem mehrstündigen Warnstreik und einer spektakulären „Rathausbesetzung" demonstrierten die Müllmänner Dortmunds am Donnerstag vergangener Woche eindrucksvoll ihre Kampfentschlossenheit. Ein Redakteur des „Roten Morgen" war vor Ort mit dabei und schildert im folgenden seine Eindrücke von der Aktion.

Ich hatte gehört, daß es am Donnerstagmorgen im Anschluß an eine Belegschaftsversammlung bei der Müllabfuhr zu einem Warnstreik kommen könnte. Die Müllarbeiter waren nicht nur sauer über die provokatorische Verhandlungsführung des Bundesinnenministers Baum bei der ÖTV-Tarifrunde. Noch mehr empörte sie ein übler Erpressungsversuch der Stadt Dortmund, der von der SPD-Ratsfraktion mitgetragen ist. Und zwar drohen die Stadtherren mit Privatisierung der Müllabfuhr, falls sich keine „Leistungserhöhung" (sprich: Verschärfung der Arbeitshetze) bei der Müllbeseitigung möglich machen lasse.

Als ich morgens um 8 Uhr am Fuhrpark der Stadtreinigung an der Bornstraße eintraf, begannen die Mülltransporter gerade auszurücken. Allerdings nicht zur täglichen Müllbeseitigung in die verschiedenen Stadtteile. Es ging in einer immer länger werdenden Kolonne auf der Bornstraße in Richtung Stadtzentrum. Ziel war das Stadthaus, wo eine Protestkundgebung der ÖTV geplant war.

Es war eine eindrucksvolle Sache. Die schätzungsweise fünfzig Müllfahrzeuge bewegten sich in langsamer Fahrt, die Warnblinklampen eingeschaltet und ununterbrochen hupend. Der Verkehr im Dortmunder Stadtzentrum kam ins Stocken.

Am Stadthaus stauten sich dann die Fahrzeuge. Schon bevor alle Kollegen eingetroffen waren und sich vor den breiten Glastüren des Haupteinganges versammelt hatten, wurden spontan und lautstark Sprechchöre angestimmt. Eine immerwiederkehrende Losung hieß: **„Zeitler heißt er — uns bescheißt er!"**. Zeitler ist nämlich der geschäftsführende Fraktionsvorstand der SPD im Dortmunder Stadtparlament. **„Zeitler, zeig dich, du Feigling!"** und ähnliche unfreundliche Aufforderungen hallten über den Platz.

Ich hatte mich inzwischen unter die Kollegen in ihren leuchtend-orangefarbenen Overalls eingereiht. Nun sprach ein hauptamtlicher ÖTV-Funktionär über einen Lautsprecher. Unter anderem begrüßte er die Aktion der Kollegen. Zu den Warnstreiks der Kollegen in den verschiedenen ÖTV-Bereichen sagte er: **„Die ÖTV-Gewerkschaft stellt sich an die Spitze eures berechtigten Kampfes!"**

Einen sehr kämpferischen und lebendigen Charakter erhielt die Versammlung dadurch, daß jeder Arbeiter, der wollte, ans Mikrophon durfte. Eine ganze Reihe der Männer in den leuchtfarbenen Anzügen meldete sich auch zu Wort. Mit prägnanten und kampfbetonten kurzen Beiträgen sorgten sie für Stimmung und prangerten die Arbeiterfeinde im Rathaus an. Und dann immer wieder Sprechchöre, nicht nur gegen die Privatisierungsdrohung, sondern auch zur Lohnrunde. Zum Beispiel: **„6,3 Prozent sind Quark — wir wollen 180 Mark!"**

Schließlich trat ein Müllarbeiter ans Mikrophon und rief den Kollegen zu: **„Kollegen! Wenn der Herr Zeitler nicht rauskommen will, dann können wir ja mal zu ihm reinkommen! Was haltet ihr davon? Dann können wir uns bei dieser Gelegenheit auch mal die Einrichtung da drin anschauen!"**

Dieser Vorschlag wurde mit Begeisterung aufgenommen und sofort stampften und drängten die orangefarbenen Männer entschlossen durch die breite Pforte in das Gebäude hinein. Ich befand mich mitten in der vorwärtsdrängenden Menschenmenge. Und jetzt schallte es ohrenbetäubend durch die Flure: **„Zeitler, wir kommen, versteck dich nicht, wir finden dich!"**

Als wir uns vor der Bürotür des Fraktionsgeschäftsführers drängten, erschien bleichen Gesichts — nicht Zeitler, sondern sein Stellvertreter. Herr Zeitler befinde sich momentan leider im Urlaub. Diese Erklärung wurde mit lauten Buh-Rufen und Witzen beantwortet: **„So ein Zufall! — Der hat sich wohl auf dem Klo versteckt!"**

Nachdem sich die Stimmung etwas gelegt hatte, glaubte der Stellvertreter, frech werden zu können. Er machte die Kollegen an: „Ich fordere sie zu mehr Sachlichkeit auf!" Aber das vergaß er schnell wieder, weil dröhnende Buhrufe und Sprechchöre als Echo kamen.

Ein ÖTV-Funktionär forderte ihn dann auf, zum Verhalten der SPD-Fraktion Rede und Antwort zu stehen. Der Stellvertreter jedoch versuchte, die Sache zu verwischen. So sei das ja alles gar nicht zu verstehen... Kurzentschlossen holten da die Kollegen das entsprechende Dokument aus dem Büro und verlasen es vor den versammelten „Rathausbesetzern".

Nach etwa einer halben Stunde wurde der Rückzug angetreten. Mit dem Ruf: **„Wir kommen wieder!"** zogen wir zum Ausgang, an manchen verstörten, aus Bürotüren gesteckten Beamtengesichtern vorbei. Manche lachten uns aber auch anerkennend zu. Um 10 Uhr 30 etwa wurde die Kundgebung beendet. An der Kampfbereitschaft der Müllarbeiter habe ich nun keinerlei Zweifel mehr.

24. März: 14 000 Bauern in Essen / 25. März: 4 000 Bauern in Strasbourg

Breite Proteste gegen die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft



ca. 14 000 Bauern nahmen an der Kundgebung in der Gruga-Halle in Essen teil.

Als Kundgebung des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes war die Kundgebung geplant, später wurde sie auf Landesverbandsebene ausgedehnt, schließlich wurde bundesweit mobilisiert, und die Grugahalle in Essen war noch zu klein. Insgesamt 14 000 kamen. Tausende mußten draußen vor der Türe bleiben. Ihr Ziel: Bonn und Brüssel soll'n dafür sorgen, daß das Einkommen der bäuerlichen Landwirtschaft sich an Vergleichswerten des Einkommens der übrigen Werktätigen orientiert.



Die Bauern wehren sich gegen das EG-Angebot von 2,4 Prozent Agrarpreiserhöhung.



Auch vor der Halle befanden sich noch mehrere tausend Bauern, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen.

Ist die bäuerliche Landwirtschaft erstmal ruiniert, können die Nahrungsmittelkonzerne den Lebensmittelmarkt ohne die lästige kleinbäuerliche Konkurrenz unter sich aufteilen. Eine ähnliche Preisentwicklung wie jetzt bei Heizöl und Benzin wäre die Folge.

Protestaktionen der Bauern im Elsaß

Traktoren riegeln Europabrücke ab

STRASBOURG. – Einen Tag nach der Großkundgebung der 14 000 westdeutschen Bauern in Essen fand in Straßburg anläßlich der agrarpolitischen Debatte des Europaparlaments eine internationale Bauerndemonstration statt.

Nach einer Protestkundgebung in der Rhenushalle marschierten rund 4 000 Bauern aus Frankreich, der Bundesrepublik und den anderen angrenzenden EG-Ländern gegen die ruinöse Preispolitik der EG. Im Verlauf dieser Protestaktionen hatten Tausende von Traktoren sämtliche Zufahrtsstraßen zum Elsaß blockiert.

Allein auf der Europabrücke zwischen Strasbourg und Kehl wurde der gesamte sechsspurige Verkehr von rund 200 landwirtschaftlichen Fahrzeugen zum völligen Erliegen gebracht.

Die Empörung und der Widerstand der europäischen Bauern richtet sich vor allem gegen die Preispolitik der EG, die bei weitem nicht in der Lage ist, den Bauern einen Teuerungsausgleich zu verschaffen, geschweige denn reale Einkommensverbesserungen. Während die zuständige EG-Kommission eine Erhöhung der Agrarpreise um lediglich 2,4 Prozent vorsieht, verlangen die Bauern eine Mindesterhöhung von 7,9 Prozent.

400 Bauern protestieren gegen geplante Milchgüteverordnung

Den meisten Milcherzeugern drohen Einkommenseinbußen

Nutznießer sind lediglich die Großbauern

HARDEHAUSEN.— Diplom-Volkswirt G. Wächter, der verantwortliche Leiter der katholischen Landvolkshochschule Hardehausen bei Paderborn, war sprachlos. Mehr als 400 Bauern aus ganz Westfalen waren am Sonntag, den 16. März zum 25. Agrarpolitischen Frühschoppen angereist. Allerdings stand auch ein „heißes Eisen" zur Diskussion an, die geplante neue Bundesgüteverordnung für Milch.

Dieses Thema brennt gegenwärtig speziell den Milchviehhaltern hart auf den Nägeln, denn die geplante Verordnung soll bereits Anfang nächsten Jahres in Kraft treten. Dr. Kosmack vom Bundesernährungsministerium versuchte vergeblich, die anwesenden Bauern von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der geplanten Güteverordnung zu überzeugen.

Die neue Verordnung sieht eine Änderung der gegenwärtig üblichen Prüfungskriterien vor. Ab 1. Januar 1981 sollen neben der Feststellung des Fettgehalts und der bakteriologischen Beschaffenheit auch der Eiweißgehalt sowie der Gehalt an somatischen Zellen als Gütekriterien für die Bezahlung herangezogen werden.

In Zukunft soll die Milch in vier Güteklassen eingeteilt werden, wobei für die Güteklasse 2 mindestens zwei Pfennig, für die Güteklasse 3 mindestens 4 Pfennig und für die Güteklasse 4 mindestens 6 Pfennig Abzug pro Liter drohen.

Für den Bauern bedeutet diese neue Güteklasseeinteilung, daß er seine Milchproduktion den neuen Prüfungskriterien anpassen muß. Hat er bislang seine Milchkühe im Hinblick auf einen speziellen Fettgehalt gezüchtet, so wird er



Bauern protestieren vor der Gruga-Halle gegen die neue Milchgüteverordnung.

Jahre bis Jahrzehnte brauchen, bis ähnliche Züchtungsverfahren im Hinblick auf einen speziellen Eiweißgehalt entwickelt sind. Bis dahin hat er wohl oder übel Einkommenseinbußen zu befürchten.

Außerdem ist die Produktionsumstellung mit einem beträchtlichen Kapitalaufwand verbunden, und gerade daran fehlt es den meisten Bauern, insbesondere den Milchviehhaltern, die durch hohe Investitionen in Sachen automatische Melkanlage, Boxenlaufstall etc. hohe und langfristige Verpflichtungen gegenüber den Banken haben.

So wurde von Rudolf Leifert, einem Vertreter des „agrarpolitischen Arbeitskreises Hardehausen" die neue Milchgüteverordnung völlig zu Recht abgelehnt. Nach Leifert würden weit über 50 Prozent der Milcherzeuger von den negativen Folgen der neuen Verordnung betroffen sein. Dies sei den Bauern in der gegenwärtigen schwierigen Einkommenslage nicht zumutbar.

Zufrieden allerdings werden jene Kräfte sein, die mit einem großen Kapitalpolster im Rükken die Milchviehhaltung im Großmaßstab betreiben. Sie werden keine Schwierigkeiten haben, die erforderlichen Mittel aufzubringen, die ihnen das Produzieren von Milch der Güteklasse 1 garantiert.

So wird sich die neue Verordnung, sollte sie Anwendung finden, letzten Endes als Waffe der Großbauernschaft und Agrarkapitalisten erweisen, die kleineren Konkurrenten aus der bäuerlichen Landwirtschaft aus dem Felde zu schlagen, denn im Gegensatz zu manch anderer landwirtschaftlichen Branche ist die Milcherzeugung heute noch profitabel für den Kleinbetrieb.

Manöverterror an der Diemel

HÖXTER.— Der Ortslandwirt von Daseburg im Kreis Höxter, Josef Bremer, hatte gerade einen etwa dreieinhalb Morgen großen Acker an der Dösseler Straße frisch eingesät, da kamen die Panzer, etwa 20 an der Zahl. Binnen weniger Minuten war alle Arbeit zunichte. Nachdem eine Panzereinheit der 4. niederländischen Division einen Brückenschlag über die Diemel geprobt hatte, glich die Feldflur im Raum Daseburg, Rösebeck und Dössel einem verlassenen Schlachtfeld.

„Die haben hier gehaust wie die Vandalen!"

Flurschäden gehen in die Hunderttausende

Josef Bremer erklärte gegenüber der Warburger Zeitung: *„Die Manöverschäden gehen mit Sicherheit in die Hunderttausende."*

Da nützt es auch nichts, wenn die metertiefen Furchen, die die Panzerketten in den Boden gerissen haben, wieder ausplaniert werden. Denn die Panzerketten wirken wie ein überdimensionaler Pflug. Die in jahrelanger, mühevoller Arbeit fruchtbar gemachte Oberschicht wird untergegraben, sogenannter toter Boden wird an die Oberfläche gerissen.

Mit anderen Worten: **Über die sichtbaren Flurschäden hinaus wird der Bauer noch Jahre nach dem Manöver dessen Spuren an den Erträgen ablesen können.** Und diese Verluste ersetzt ihm niemand. Er kann froh sein, wenn ihm die Kosten für die unmittelbaren Schäden, die Wiederherstellung zerstörter Wirtschaftswege etc. überhaupt ersetzt werden.

Die niederländische Divisionsführung hatte sich arrogant über alle Bedenken über das geplante Manöver hinweggesetzt. Selbst eine Stellungnahme des Oberkreisdirektors in Höxter verhallte ungehört.

DKP-Mitglied vor dem Bundesdisziplinargericht

Hans Peter bleibt Beamter

Urteil bestätigt jedoch Berufsverbote

FRANKFURT. — Der Stuttgarter Fernmeldeobersekretär Hans Peter mußte sich in der vergangenen Woche vor dem Bundesdisziplinargericht in Frankfurt verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, durch seine Mitgliedschaft in der DKP und durch entsprechende Aktivitäten für diese Partei seine „Treuepflicht" verletzt zu haben. Das Gericht sprach ihn jedoch von diesem Vorwurf frei und wies damit den Antrag des Bundesdisziplinaranwalts Claussen zurück, der gefordert hatte, Hans Peter aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.





Minister Gscheidle, freigesprochener Postler Peter.

Der Prozeß gegen den Postbeamten — es war der erste dieser Art — hatte großes Aufsehen erregt und scharfe Proteste im In- und Ausland ausgelöst. Unter denen, die sich in Protesterklärungen mit Hans Peter solidarisierten, waren — um nur einige zu nennen — die Jahreshauptversammlung der Ortsversammlung Frankfurt der Deutschen Postgewerkschaft, mehrere Orts- und Landesverbände der Jungsozialisten und Jungdemokraten, Abgeordnete der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments, die Postgewerkschaft Dänemarks und die (der westdeutschen ÖTV entsprechende) britische Gewerkschaft TGWU.

Diese breiten Proteste sind, wie man jetzt sehen kann, nicht ohne Einfluß auf das Frankfurter Gericht geblieben. Hans Peter bleibt Beamter — zumindest vorläufig, denn mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Bundesdisziplinaranwalt in die Berufung gehen. Wenn die Tatsache des Freispruchs auch als eindeutiger Erfolg gewertet werden muß, so ist das Urteil selbst jedoch äußerst fragwürdig. Denn es hat im Einzelfall Peter zwar das Berufsverbot vorläufig verhindert, insgesamt wird allerdings die verfassungswidrige Praxis der Berufsverbote eindeutig bestätigt.

Man kann dieses Urteil in dem folgenden widersprüchlichen Satz zusammenfassen: Hans Peter ist **subjektiv** nicht schuldig, hat aber durch seine „grundsätzlich legalen" Aktivitäten für die DKP **objektiv** seine politische Treuepflicht verletzt. Denn — so das Gericht — ein Beamter, der Mitglied in der DKP ist, hat damit schon die Grenzen zur Pflichtverletzung überschritten. Peter selbst wurde zugutegehalten, daß er sich mit seinem Verhalten nicht im Widerspruch zur Auffassung seiner Dienstvorgesetzten befand: „Er wurde toleriert." Und das heißt ja nichts anderes als daß auch nach Ansicht des Gerichts die politische Entlassung etwa eines DKP-Mitglieds dann gerechtfertigt wäre, wenn die Vorgesetzten einen solchen Beamten nicht mehr tolerieren würden.

Schon während des Prozesses hatten nicht nur die Vertreter des Bundesdisziplinaranwalts, sondern auch Richter Schmachtenberg immer wieder die reaktionäre Praxis der Berufsverbote gerechtfertigt. Daß in diesem Land die Mitglieder einer legalen Partei das gesetzlich verbriefte Recht haben, am Prozeß der politischen Willensbildung teilzunehmen, ist diesen Herren völlig gleichgültig. Schmachtenberg etwa stellte ausdrücklich die „Verfassungswidrigkeit" der DKP fest, obwohl sein Gericht eine solche Feststellung gar nicht treffen kann. Darüber hinaus erklärte er, es müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen dem „normalen Status eines Aktivbürgers" und dem Status eines Beamten. Was das bedeutet, brachte ein Vertreter des Bundesdisziplinaranwalts auf die griffige Formel: Ein Beamter dürfe eben nicht alles tun, was ein Nicht-Beamter dürfe.

Im Verfahren gegen Hans Peter war viel von Verfassungswidrigkeit die Rede. Tatsächlich jedoch sind gerade solche juristischen Verdrehungen, wie sie hier angeführt werden, ein direkter Angriff gegen die im Grundgesetz festgeschriebenen Rechte der Bürger dieses Landes. Im Artikel 3 dieses Gesetzes heißt es ja bekanntlich, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf. Und das soll nach Ansicht des Frankfurter Gerichts für Beamte nicht gelten.

So konnte zwar vor dem Bundesdisziplinargericht im konkreten Fall ein Freispruch erreicht werden. Verhandlung und Urteil allerdings waren so angelegt, daß für die Fortsetzung der reaktionären Berufsverbotspraxis vor allem im Bereich der Bundesbehörden grünes Licht gegeben wurde. Und allein bei der Post sind gegenwärtig mehr als 50 Kollegen unmittelbar vom Berufsverbot bedroht. Der Kampf gegen dieses Markenzeichen des Bonner Staates muß also weitergeführt werden.

Weg mit den Berufsverboten!

Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!



Solidaritätsdemonstration für den Postler Hans Peter.

Hintergrund

Minister Gscheidle und die Berufsverbote bei Post und Bahn

Das Disziplinarverfahren gegen Hans Peter war von Minister Gscheidle persönlich eingeleitet worden. Als das Verfahren dann lief, erschien im Gericht ein Vertreter des Ministers und tat kund, daß sich dessen Rechtsauffassung in einigen Punkten von der Rechtsauffassung des Bundesdisziplinaranwalts unterscheiden würde.

Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Steht der Herr Minister inzwischen selbst in Opposition zu der ungehemmt weiterlaufenden Berufsverbotspraxis bei Bahn und Post?

Nachdem im In- und Ausland die Proteste gegen die Berufsverbote immer stärker geworden waren, hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr neue „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" verabschiedet, die im Bereich der Bundesbehörden und in den SPD-regierten Ländern angewandt werden sollten. Diese Grundsätze sind zwar weit davon entfernt, die reaktionäre Praxis der Berufsverbote wenigstens in den genannten Bereichen abzuschaffen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit hatte man sich jedoch zu zwei Zugeständnissen bereitfinden müssen. Zum einen soll nach den „Grundsätzen" die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft werden. Und zum anderen soll eine „Ablehnungsautomaktik nur im Hinblick auf ein einziges Kriterium" (etwa die Mitgliedschaft in einer Partei) vermieden werden.

Was jedoch Minister Gscheidle macht, spricht der mit den „Grundsätzen" eingeleiteten vielgepriesenen „Liberalisierung" Hohn. Hans Peter sollte auf die Straße gesetzt werden, nur weil er Mitglied der DKP ist. Und ähnliche Verfahren wie das jetzt in Frankfurt eröffnete sind auch gegen andere Postbeamte anhängig.

Gscheidle selbst hatte im vergangenen Jahr klipp und klar zum Ausdruck gebracht, daß bei der Post die alte Praxis der Berufsverbote fortgesetzt werden soll: „Ein Beamter, der aktives Mitglied der DKP ist, fliegt raus." Damit war er allerdings auf heftigen Widerstand auch in seiner eigenen Partei gestoßen, der sich unter anderem auch auf dem letzten SPD-Parteitag in scharfer Kritik einer Reihe von Delegierten an dem Minister niederschlug. Der SPD-Ortsverein Stuttgart-West zum Beispiel schrieb nach Bonn: „Hans Peter ist seit 1951 bei der Post. Alle CDU-Minister ließen ihn unbehelligt, obwohl er aus seiner politischen Überzeugung nie einen Hehl machte. Soll er jetzt unter einer Regierung, die „mehr Demokratie wagen' wollte, gehen?"

Angesichts dieser Proteste verlegte sich Gscheidle auf eine andere Taktik. Im Fall des Fernmeldeamtmanns Meister — ebenfalls DKP-Mitglied — sprach er sich öffentlich für die Einstellung eines laufenden Disziplinarverfahrens aus. Als der Bundesdisziplinaranwalt Claussen jedoch darauf bestand, das Verfahren weiterzuführen, erklärte Gscheidle: „Wenn ein Disziplinarverfahren läuft, muß es natürlich durchgeführt werden." Diese Taktik ist allerdings ein übler Trick des Herrn Ministers. Er will den Eindruck erwecken, daß er sich zwar gegen die Verfahren wäre, sich dem Willen des Bundesdisziplinaranwalts jedoch beugen mußte.

Tatsächlich ist es jedoch so, daß Claussen an Weisungen der Bundesregierung gebunden ist und nicht umgekehrt. Das geht aus dem Paragraphen 38 der Bundesdisziplinarordnung eindeutig hervor. Das heißt: wenn die Bundesregierung wollte, könnte sie gegen Claussens Widerstand das Verfahren gegen Peter und andere einstellen. Aber sie will eben nicht. Und so, wie sich der Berufsverbieter Gscheidle hinter dem Bundesdisziplinaranwalt versteckt, so wurde im Verfahren gegen Peter ein Urteil fabriziert, das die Berufsverbotspraxis absichert und auf das man sich später bei ähnlichen Fällen berufen kann.

Pfeifkonzert gegen Carstens



Die öffentlichen Auftritte des Exnazis und Bundestagspräsidenten Carstens stoßen zunehmend auf heftige Proteste. Bei einem Besuch der Universität Kaiserslautern schlug Carstens ein gellendes Pfeifkonzert entgegen. Eine wissenschaftliche Vorführung für den Präsidenten mußte deswegen abgebrochen werden. Die Polizei nahm einige im Vorfeld des Carstensbesuchs an Unigebäuden gemalte Parolen zum Anlaß, um die Räume des Allgemeinen Studentenausschusses zu durchsuchen. Dabei wurden Sitzungsprotokolle, Druckvorlagen, Flugblätter und auch ein Carstens-Plakat von Ernst Volland beschlagnahmt. Inzwischen ist auch ein Ermittlungsverfahren „wegen Verunglimpfung des Bundespräsidenten" in Gang gesetzt worden.

Hauenschild und der Verfassungsschutz

HANNOVER. — In Niedersachsen ist ein neues Verfassungsschutzgesetz verabschiedet worden, das unter dem Paragraphen 6 den folgenden Satz enthält: „Die Verfassungsschutzbehörde kann ihre Erkenntnisse auch an andere als staatliche Stellen weitergeben, soweit dies zum Schutze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Bestands und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist."

Der erste, der in den Genuß solcher Erkenntnisse kam, war ausgerechnet der IG-Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild. Wie die „Frankfurter Rundschau" berichtet, wurde Hauenschild vom Leiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes Helmut Jüllig über „ein Treffen kommunistischer Delegierter des letzten Gewerkschaftstages der IG Chemie unterrichtet."

Als im vergangenen Jahr bekannt wurde, daß der Verfassungsschutz Betriebsräte im ganzen Bundesgebiet bespitzelt, hat das zurecht einen Sturm der Entrüstung in den Gewerkschaften ausgelöst. Und auch die Vorstände mancher Einzelgewerkschaften protestierten bei Innenminister Baum gegen diese Schnüffeltätigkeit. Und was macht der Herr Hauenschild? Er arbeitet mit den beamteten Spitzeln zusammen. Er verliert keine Wort des Protestes angesichts der ungeheuerlichen Tatsache, daß von ihren Kollegen gewählte Delegierte des Gewerkschaftstags vom Verfassungsschutz überwacht werden. Im Gegenteil, Herr Hauenschild läßt sich von den Schnüfflern auch noch mit Material versorgen.

Aber in diesem Jahr wird es ja wieder einen Gewerkschaftstag der IG Chemie geben. Es ist nur zu hoffen, daß Hauenschild dort die Quittung für seine Zusammenarbeit mit den Schnüfflern und für seine reaktionäre Politik bekommt.

Faschist verurteilt

HAMBURG. — Die Staatsschutzkammer des Hamburger Landgerichts hat den Faschisten Christian Worch, einen der führenden Männer der „Aktionsgemeinschaft Nationale Sozialisten" zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Ihm wurde unter anderem vorgeworfen, zum Rassenhaß aufgestachelt, faschistische Propaganda verbreitet und entsprechende Kennzeichen verwendet zu haben. Worch wurde im Gerichtssaal verhaftet.

Strauß als „Rüpel" bezeichnet — Geldstrafe

MÜNCHEN. — Zu einer Geldstrafe von 600 Mark wurde in München ein Journalist verurteilt, weil in einem von ihm verantworteten Flugblatt der CSU-Boß Strauß als „Rüpel" bezeichnet worden war. Der Journalist war ursprünglich zu einer Strafe von 2500 Mark verurteilt, auf seinen Widerspruch hin im Jahre 1977 jedoch freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft ging dagegen in die Revision, und vom Amtsgericht München wurde jetzt das erwähnte Urteil gesprochen.

Selbst der Richter mußte zugeben, daß der Ausdruck „Rüpel", für den der Journalist nun schon drei Jahre lang von der bayrischen Justiz verfolgt wird, vergleichsweise harmlos ist. Und trotzdem glaubte es der Richter seinem Landesherrn schuldig zu sein, eine Geldstrafe zu verhängen. Dieses Urteil ist angesichts der Person von Strauß wahrhaftig ein Skandal. Diesen Reaktionär, der ungestraft Demokraten als Ratten und Schmeißfliegen beschimpft, nur als „Rüpel" zu bezeichnen, ist schon eher eine Freundlichkeit als eine Beleidigung.

Gericht verbietet Kritik an Berufsverboten

FREIBURG. — Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Freiburg darf ein Beamter die reaktionären Berufsverbote nicht öffentlich kritisieren. Das widerspreche — so das Gericht — den beamtenrechtlichen Pflichten.

Es ging um eine Zeitungsanzeige für die Weiterbeschäftigung eines vom Berufsverbot betroffenen Lehrers, die von mehr als 100 Kollegen unterschrieben worden war. Das Gericht hielt diese Anzeige für unzulässig, die betreffenden Lehrer, so hieß es, hätten ihre Kritik in Briefen an das Oberschulamt oder das Kultusministerium vorbringen können.

Strauß in Wesel

„...auf der Demonstration nehmen wir den ersten Weseler in die VOLKSFRONT auf."

Bericht eines Genossen aus Moers

Der Aufbau der VOLKSFRONT macht an vielen Orten gute Fortschritte. VOLKSFRONT-Gruppen haben so auch bei den jüngsten Strauß-Auftritten im nördlichen Nordrhein-Westfalen organisierend und aktivierend in die Protestbewegung miteingegriffen. Über die Aktivitäten gegen den Strauß-Auftritt in Wesel erreichte uns der Bericht eines Genossen, der in der Moerser VOLKSFRONT-Gruppe mitarbeitet.

MOERS. — Vierzehn Tage vorher erst erfuhren wir: Strauß kommt am 20. März nach Wesel in die Niederrheinhalle. Vierzehn Tage, nicht gerade viel Zeit, um in einer Stadt, in der wir bislang niemand kannten (sozusagen weißer Wahlkreis), etwas gegen den ehemaligen NS-Führungsoffizier und heutigen Bundeskanzlerkandidaten der CDU/CSU zu unternehmen. Aber anders herum: Für uns Moerser Gelegenheit, auch vierzig Kilometer weiter in Wesel die VOLKSFRONT bekannt zu machen, die ersten Kontakte zu knüpfen.

Zuerst fuhren zwei voraus nach Wesel, die Lage zu erkunden und vielleicht erste Hinweise auf das, was von den Weselern an Aktivitäten ... was von den Weselern zu geplant war, zu bekommen. Ein Stadtplan wurde besorgt, ein Veranstaltungskalender usw. alles im Verkehrsverein. Am Samstag wurde dann der erste Stand gemacht: ein voller Erfolg. Anstecker, Aufkleber und die als Faltblatt gedruckten Grundsätze der VOLKSFRONT gingen weg wie warme Semmeln. Und das beste: Am Abend fand eine Versammlung der „Jugend gegen rechts" statt, Thema: Was machen wir gegen Strauß? Die ersten Kontakte waren geknüpft.

Abends wird ein Flugblatt gegen Strauß besprochen, und wir erfahren, die Initiative gegen Strauß existiert schon seit einem halben Jahr. Geplant ist eine Gegenkundgebung. Wir schlagen eine Demonstration durch die Innenstadt vor, versprechen Moerser Unterstützung. Unser Vorschlag wird angenommen.

Am Samstag danach, noch ein Stand. Wir haben jetzt auch ein Flugblatt der VOLKSFRONT zur Hand, worauf die Demonstration angekündigt ist; das Flugblatt findet rasenden Absatz. Natürlich helfen wir nachmittags bei dem Treff der Demokratischen Jugend gegen Rechts mit, Schilder zu malen. In Moers selber mobilisieren wir auch, es werden VOLKSFRONT-Sandwiches und Einbuchstaben-Schilder angefertigt, die in der Reihe getragen, ergeben: „Stoppt Strauß!"

Diese Schilderreihe führt am 20. März auch den Zug an, an dem sich rund 400 bis 500 Jugendliche aus dem Kreis Wesel beteiligen. Es werden kämpferische Parolen gerufen, unter anderem auch: „Nie wieder Faschismus und Krieg!", „Strauß — Gewerkschaftsfeind Nr. 1!" oder „Wir brauchen keinen starken Mann, der war vor vierzig Jahren dran."

Vor der Halle ein riesiges Polizeiaufgebot. 1000 Polizisten standen laut Pressebrichten bereit. Sie treiben einen Keil zwischen die Strauß-Gegner, völlig grundlos —, um ihre Macht zu demonstrieren.

Strauß bekommen wir nicht zu Gesicht, aber wir können vor der Halle noch eine Reihe Gespräche führen, wie Strauß zu stoppen ist, was die VOLKSFRONT will. Jugendliche erklären sich spontan bereit, die Flugblätter der VOLKSFRONT zu verteilen. Die VOLKSFRONT ist in Wesel bereits ein Begriff geworden und das nicht nur in der Zeitung.

Wir können zufrieden sein. Es hat sich gelohnt, nach Wesel zu fahren. Auf der Demonstration, kaum zehn Tage nach unserem ersten Stand, nehmen wir den ersten Wesler in die VOLKSFRONT auf, der erste Schritt ist getan. Und was Strauß betrifft, so können wir sagen: „Komm ruhig bald wieder; dein Erscheinen bringt den Aufbau der VOLKSFRONT nur voran!"

Den richtigen Eindruck hat Strauß sicherlich bei dem Weseler Maschinenbauer Erwin Gerten hinterlassen. Der Bauer fuhr nämlich ahnungslos durch die Weseler Straßen, als er von einer Polizeieskorte geschnitten wird. Sein Außenspiegel scheppert zu Boden und eine dunkelblaue bayrische Luxuslimousine rauscht vorbei. Ohne Zweifel FJS! Erwin Gerten erstattet Anzeige: „Franz Josef Strauß hat mein Fahrzeug gerammt!"

Kommentar überflüssig, zeigt sich hieran doch nur, daß sich die politische Einstellung des Kanzlerkandidaten auf die Fahrweise übertragen hat.

Baden-Württemberg

Der erste Skandal der Grünen im Ländle

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

„...die Massensilos dieser Termitenstädte sind die Kulissen einer Gesellschaft, über die der große Bruder wacht. Diese neuen Städte gleichen sich in Ost und West auf unheimliche Weise. (...) Hätte man die Menschen, die in diesen ‚sozialen' Stadtteilen leben müssen, vorher gefragt, diese Städte wären nie gebaut worden."

So stands geschrieben in der Zeitung „Die Grünen", und als Verfasser zeichnete Herr Hans-Dietrich Erichsen, Freiburger Kandidat der Grünen. Hans-Dietrich hat vollkommen recht.

Zwei Gesellschaften, die einige dieser Massensilos in Termitenstädten gebaut haben und zum Teil besitzen, sind die „SWB-Schönberg-Wohnungsbau GmbH und Co." und die „Baubetreuungsgesellschaft mbH". Und siehe da, wem gehören diese Bauunternehmen? Dem Grünen Hans-Dietrich Erichsen und seinen sieben Kindern.

Der grüne Baulöwe meidet allerdings die Frucht seiner Planung und wohnt lieber im Grünen: in einer Millionärsvilla im Freiburger Nobelviertel an der Holbeinstraße.

Im Landtagswahlendkampf brachten die Grünen die sinnige Parole:

„Es ist Späth genug —
Laßt euch nicht länger verEpplern"

Man ist jetzt noch mehr versucht hinzuzufügen:

„Seid cleverer als Hasen.
Stärkt die VOLKSFRONT"

Massensilo. Besitzer ist der „Grüne" Erichsen.

Beker-Chemie

Betrüger im weißen Kragen

Ein Leserbrief an die NWZ

Folgenden Leserbrief schrieb der Verleger des „Freien Landvolks", der Zeitung der Revolutionären Landvolkbewegung, an die „Nordwestzeitung" (NWZ) Brake mit den einleitenden Bemerkung: „Ich bitte um die ungekürzte Veröffentlichung folgenden Leserbriefes. Sollte dies nicht möglich sein, betrachten Sie bitte die Angelegenheit für erledigt. Die Gedanken über die Pressefreiheit mache ich mir dann alleine." Die NZW druckte den Leserbrief — gekürzt — ab.

Der amerikanische Beker-Konzern macht uns dieser Tage vor, wie man auf Kosten der Steuerzahler zum Millionär wird. Obwohl sie beim Bau des Beker-Werkes Zuschüsse vom Staat in Höhe von 7 Millionen Mark bekommen haben, wurde keine Schraube in Deutschland ordnungsgemäß bezahlt. Die Millionenbeträge flossen in die Staaten und die Beker-Pleite war unvermeidlich. 40 Millionen Schulden hinterließen die Amerikaner im Oktober 1978.

Leidtragende waren vor allem die örtlichen Gewerbebetriebe, die zusammen Millionenbeträge in den Schornstein schreiben konnten. Leidtragende waren die 108 Beschäftigten, die um Lohn und Weihnachtsgelder betrogen wurden.

Nun hat sich Beker das Werk für 'nen Apfel und 'nen Ei zurückersteigert. Für gute 10 Millionen Mark können sie ein schuldenfreies Werk übernehmen. Die Rechnung ist ganz einfach. Ich baue ein Werk auf Pump, kassiere vom Staat 7 Millionen, die ich in ein anderes Land transferiere. Ich mache pleite und ersteigere das Werk zurück. Unterm Strich habe ich ein schuldenfreies Werk im Werte von 40 Millionen und steure nur 3 Millionen Mark Kleingeld zum laufenden Betrieb.

Der Haken an der Sache für mich: Ich bin nur ein kleiner Mann und hab' keine Anfangsmillionen vorzuweisen, die in Bonn und Hannover Eindruck machen. Deshalb würde für mich solch windiges Geschäft nicht laufen.

Für mich sind die Leute von Beker und auch einige von denen, die mit der Versteigerung zu tun hatten, Betrüger im weißen Kragen. Gewiß bin ich froh, daß es wieder Arbeitsplätze bei der Beker-Chemie gibt. Wie lange aber werden sie diesmal halten? Ich war dabei, als es galt, die Solidarität mit den Beker-Kollegen zu organisieren. Über 30000 Mark kamen als Spenden zusammen, um die ärgsten Lohneinbußen zu beseitigen. Monatelang hielten die Kollegen das Werk besetzt. Doch dafür haben sie sicherlich nicht gekämpft.

Doch der Betrug ist ja noch nicht zu Ende. Wie der NWZ zu entnehmen ist, können die Beker-Bosse erneut mit Investitionszulagen rechnen. Noch einmal Millionenbeträge für diese Betrüger vom Staat, der für die betroffenen Kollegen keinen Pfennig locker gemacht hat.

Der Ruf nach dem Staatsanwalt müßte laut hallen, doch ist nach den Gesetzen fast alles legal. Jeder anständige Politiker in unserem Landkreis ist aufgefordert, gegen diese Kriminellen in Wort und Tat vorzugehen. Wer diese Mafia-Methoden billigt, der setzt sich dem Vorwurf aus, korrupt bis auf die Knochen zu sein!

Gerd Coldewey

AUSLÄNDER-STOPP

DEUTSCHLAND den DEUTSCHEN!

Bürgerinitiative Ausländerstopp gegründet

Helfen Sie mit! Machen Sie mit!

Neonazi-Propaganda gegen Ausländer

Früher die Juden — heute die Ausländer?

Ein Leser schreibt

Am Donnerstag, den 6. März, lag dieses Flugblatt in meinem Briefkasten: „Ausländer-Stopp".

Laut Flugblatt hat sich in Bochum eine angebliche „Bürgerinitiative" gebildet, die, unterstützt durch die NPD, ein Volksbegehren durchführen will mit dem Ziel, nicht nur die Einwanderung von Ausländern, sondern sogar „eine Einschmelzung" sprich: Eingliederung, zu verhindern. Außerdem soll die „Rückkehrbereitschaft" gefördert werden. Der Untertitel des Flugblatts lautet: „Deutschland den Deutschen!"

Fing es nicht schon einmal mit der Hetze gegen Juden, Zigeuner, politisch Andersdenkende etc. an? Auch mit Flugblättern und Schriften! Hat sich nicht gezeigt, wie sich diese anfänglich „unbedeutende" Hetze in Gewaltaktionen gegen Sachen und Menschen gerichtet hat? Wie weit sind wir von dem Zeitpunkt noch entfernt, bis sich gleiches wiederholt? Berlin habe ich noch nicht vergessen, wo ein türkischer Lehrer von türkischen Faschisten auf offener Straße ermordet worden ist. Ausländische Faschisten unterscheiden sich in ihrem Wesen nicht von den deutschen Faschisten! Weder in ihrer Agitation, noch in ihren Gewaltaktionen!

Es wird auch heute noch so hingestellt, als sei Hitler lediglich ein großer Verführer gewesen. Doch die kapitalistischen Finanziers, die ihn und seinesgleichen stark machten, gibt es heute nach wie vor. Sie haben nach wie vor ein Interesse daran, einen Keil zwischen ausländische und deutsche Arbeiter zu treiben und rassistische Gefühle anzuheizen. Das sollten wir beim Lesen eines solchen Flugblatts nicht vergessen!

Was heißt eigentlich „Förderung der Rückkehrbereitschaft" für unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen? Läuft das nicht auf eine Kennzeichnung wie einst mit den Judensternen hinaus? Bedeutet das nicht eine Diskriminierung und besondere Unterdrückung? Soll es wieder Menschen zweiter Klasse geben?

Machen wir uns nichts vor! Wir haben noch viel zu viele Vorurteile gegenüber Ausländern, die meist noch durch unsere bürgerliche Presse unterstützt werden. Daß dadurch oft ein Nebeneinanderwohnen schwierig und vielleicht auch problematisch gemacht wird, ist nicht von der Hand zu weisen. — Aber es sind unsere Kollegen und Kolleginnen; es sind genauso Menschen, wie wir es sind, nicht schlechter und nicht besser als wir. Es gelten für alle Menschen die Menschenrechte, und es spielt dabei keine Rolle, ob ich zum Beispiel Türke, Pakistani, Engländer, Deutscher oder sonstwer bin!

Wo Unrecht geschieht, oder sich Tendenzen zu einem Unrecht hin entwickeln, wie die faschistische Bürgerinitiative „Ausländer-Stopp" dürfen wir nicht schweigen und müssen aktiv dagegen vorgehen! Gerade wir Deutschen haben in der Vergangenheit ju oft in solchen Fällen geschwiegen und tun es heute noch zu oft.

Der letzte Teil unserer Serie beschäftigte sich vor allem mit der Frage der Aktualität eines Atomkriegs zwischen den Supermächten und ihren Militärblöcken. Es wurde dargestellt, daß sowohl die gemeinsamen Interessen der Supermächte an der Niederhaltung der Revolution wie auch die Entwicklung der atomaren Waffentechnik eine direkte Konfrontation zwischen Moskau und Washington verzögern. Diese Tatsache hebt jedoch nicht die Gesetzmäßigkeiten auf, daß der Imperialismus unvermeidlich Kriege hervorbringt. Denn dieser Gesetzmäßigkeit liegt das dem Imperialismus innewohnende Streben nach Maximalprofiten zugrunde, das ihn früher oder später die Politik mit den Mitteln des Krieges fortsetzen läßt.

Sterben für die USA? (5. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Hatte bisher die Möglichkeit des atomaren Gegenschlages durch die Sowjetunion den USA-Imperialismus daran gehindert, lokalen sowjetischen Vorstößen im Nahen Osten oder Afrika schärfer zu begegnen, so brachte ihm die Anbiederung Chinas eine neue Chance. Die Chance, ohne sich selbst mit eigenen Truppen und Kriegserklärung engagieren zu müssen, die sowjetische Supermacht durch einen Krieg mit China empfindlich zu schwächen und zu gegebener Zeit durch die Eröffnung einer zweiten Front in Europa gar zu besiegen. Der Profit durch Waffenlieferungen an China und Westeuropa würde alles bisher dagewesene übertreffen und die Weltherrschaft wäre gesichert.

Spekulation? Sicher. Doch so abwegig ist die Planung nun auch wieder nicht, **betrachtet man die wachsende Bereitschaft Chinas, sich — unterstützt von den USA — auf einen Waffengang mit der Sowjetunion einzulassen, und dem wachsenden Streben des westdeutschen Imperialismus nach Revanche.** Schließlich nahmen es die chinesischen Sozialimperialisten bei ihrem Überfall auf das mit der Sowjetunion verbündete Vietnam ohne mit der Wimper zu zucken in Kauf, daß der Kreml mit einem Entlastungsangriff auf China antworten könnte. Offensichtlich schätzten sie die Risikoscheu der sowjetischen Sozialimperialisten, die lieber auf Nummer sicher gehen und wie ihre amerikanischen Partner und Gegner andere für sich kämpfen lassen, richtig ein.

Risikoscheu, heißt das, daß die Sowjetunion, um einen eventuellen Zweifrontenkrieg zu vermeiden, auf weitere Aggressionen verzichten wird? Sicherlich nicht, wie schon der Überfall auf Afghanistan beweist. **Ihre Taktik geht offensichtlich dahin, in Mitteleuropa eine Politik der Beruhigung, der sogenannten Entspannung zu treiben, sich aber gleichzeitig in den unterentwickelten Ländern des eurasischen Grenzland-Gürtels, in Südostasien und Afrika durch militärische Intervention oder Bündnis Einfluß und Rohstoffe zu sichern.** Nachdem heute bereits viele Sowjetbürger dem Regime kritisch gegenüberstehen, versuchen die Herren im Kreml nach bewährter kapitalistisch-faschistischer Manier sie von ihren wachsenden Sorgen und Nöten durch eine nach außen gerichtete Expansionspolitik abzulenken.

Die Expansionspolitik der Sowjetunion

Dabei gehen die sowjetischen Sozialimperialisten äußerst kühl und kaltblütig vor. **Während sie die große Konfrontation zu vermeiden suchen, schließen sie schrittweise geplante Attacken auf Ziele berechenbarer Größenordnung, das Ergreifen wohlfeiler Möglichkeiten nicht aus.** So war nach ihrem Denken —, da den US-Imperialisten durch die sogenannte „Iran-Krise" die Hände gebunden waren —, der Überfall auf Afghanistan nur mit geringem Risiko verbunden. Zudem bot die Entspannung ihnen zur Zeit nur wenig attraktiven Zugewinn, da sich die Beziehungen zu den USA stetig verschlechtert hatten und die Ratifizierung von SALT II mehr als bescheiden war. Nichts lag also näher, als in ihrer Angst, das iranische Beispiel, sich von beiden Supermächten frei zu machen, könne auf Afghanistan übergreifen, dieses zu einem Satellitenstaat zu machen.

Weiteres Ziel ihres Expansionsstrebens in diesem Gebiet könnte — wie schon gesagt — das mit der Zentralregierung in Islamabad verfeindete Belutschistan sein, das ein Drittel der Landfläche Pakistans ausmacht. Damit wäre der Weg zum arabischen Meer gesichert. Viele Pakistani sind überzeugt, daß die Besetzung Afghanistans nur der erste Schritt auf diesem Weg war. Und selbst der pakistanische Diktator Zia Ul-Haq ist sich seiner Sache nicht mehr ganz sicher. So ließ er seinen außenpolitischen Berater Aga Shahi erklären, die pakistanische Regierung sei an einer amerikanischen Militär- und Finanzhilfe von 400 Millionen Dollar „nicht interessiert" und strebe eine Wiederherstellung guter Beziehungen zur Sowjetunion an.

Das Dilemma der US-Regierung besteht darin: Läßt sie nur die 400 Millionen springen, zeigt ihr Pakistan die kalte Schulter, werden es mehr, handelt sie sich Ärger mit Indien ein, das sich dadurch bedroht fühlt. So läßt sie lieber China, die Bundesrepublik und Japan, das bereits für das kommende Finanzjahr eine „Wirtschaftshilfe" von 128 Millionen Dollar zusagte, in die Bresche spingen. Indira Gandhi aber protestierte nach ihrer Wiederwahl —, nachdem sie die sowjetische Invasion in Afghanistan mit viel Verständnis für den Aggressor verurteilt hatte —, entschieden gegen die Waffenkredite der USA an Pakistan und gegen die friedensgefährdende Achse Washington-Islamabad-Peking.

Das Verhältnis zu den zwei Supermächten charakterisierte der indische Staatspräsident Neelam Sanjiva Reddy so: Zur Sowjetunion unterhalte Indien eine „bleibende Freundschaft", zu den Vereinigten Staaten bestünden nur „vielseitige Beziehungen". Man beabsichtige, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu vertiefen. Zur jüngsten Entwicklung im asiatischen Raum erklärte der indische Außenminister Rao, sein Land beobachte die mit „großer Besorgnis", sie bedrohe nicht nur die regionale Stabilität, sondern auch den Weltfrieden.

Und es ist ja nicht nur die sowjetische Aggression gegen Afghanistan, die die Lage in Mittelost und Südostasien so labil und gefährlich macht. Es ist zum Beispiel auch die instabile Lage in Südkorea, das immer noch von US-Truppen besetzt ist. Es ist der Konflikt um Kambodscha, der sich nach Thailand ausweiten könnte. **Es ist die Aggressivität des imperialistischen Chinas, das — wie der Überfall auf Vietnam zeigte — nach Vormacht strebt, das seine Hegemonie in diesem Teil der Welt ausbauen und festigen möchte. Ein Streben, das wiederum die imperialistische Sowjetunion — trotz aller Bedenken — dazu veranlassen könnte,** nicht wie die Chinesen faselten, Europa, sondern **China militärisch anzugreifen, da es der schwächere Punkt ist und zudem die Ostgrenze der UdSSR bedroht.**

Die Zeitbombe am Persischen Golf

Ein weiterer Punkt, an dem sich ein dritter Weltkrieg entzünden könnte, ist das Gebiet des Persischen Golfs, der Nahe Osten. Ein Gebiet, auf das sich wegen seines Ölreichtums die begehrlichen Blicke der Imperialisten, der Supermächte richten. Alle drei Minuten passiert ein Tanker die Straße von Hormus zwischen Persischem Golf und Arabischem Meer, ein Tanker der Flotte, die über die Hälfte des Energiebedarfs der westlichen Welt: 800 Millionen Tonnen Öl jährlich, transportiert.

Das Arabische Meer wie auch der Persische Golf wimmeln zur Zeit nur so von amerikanischen und sowjetischen Kriegsschiffen, die sich gegenseitig überwachen, ausspionieren und belauern. Während die Sowjets mit ihren Schiffen Posten im Herzen des Golfs bezogen, um dort jede Schiffsbewegung zu registrieren, beorderten die Amerikaner B-52-Bomber aus dem 13 000 Kilometer entfernten Guam in das Krisengebiet, einzig und allein, um dort durch Überfliegen der sowjetischen Kriegsmarine ihre Macht zu demonstrieren.

Drastisch verschärfte sich die Lage am Golf, seit Präsident Carter am 23. Januar 1980 die nackten Besitzansprüche Amerikas anmeldete indem er erklärte: „Wir wollen unsere Haltung absolut klarmachen, daß jeder Versuch einer ausländischen Macht, das Gebiet des Persischen Golfs unter Kontrolle zu bringen, als ein Angriff auf die Lebensinteressen der Vereinigten Staaten gewertet wird. Er wird mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen werden." Nackt und unverhüllt trat wieder die Fratze des amerikanischen Imperialismus zutage, so daß die syrische Zeitung „As Safir" schrieb: **„Carter behandelt die Ölgebiete, als ob sie ‚persönliches Eigentum' jedes amerikanischen Bürgers wären, der auf jeden schießen darf, der sein Gebiet ungefragt betritt."**

Natürlich ist es angesichts der Erfahrungen mit Afghanistan nicht ganz auszuschließen, daß im Falle von Unruhen in dem mit Moskau sympathisierenden Syrien ein etwaiger Sturz von Präsident Assad dem Kreml den Vorwand liefert, ihm mit sowjetischen Streitkräften zu Hilfe zu eilen, wie es auch nicht ganz ausgeschlossen ist, daß bei etwaigen Wirren im Iran die moskauhörige „Tudeh Partei" einen entsprechenden Hilferuf erließe. Interessant ist auch, daß der Kreml zunehmend von seinen "Sicherheitsinteressen" in der Golf-Region spricht, während er den Amerikanern dort nur "Wirtschaftsinteressen" zugesteht.

Doch genausogut wie mit einem sowjetischen, ist mit einem amerikanischen Eingreifen in der Golf-Region zu rechnen. Zu keinem Zeitpunkt haben die USA-Imperialisten die Absicht aufgegeben, die Verhältnisse im Iran wieder zu ihren Gunsten zu verändern. Trotz Krankheit plant der Schah aktiv seine Rückkehr, empfängt er Abgesandte amerikanischer und europäischer Wirtschaftskonzerne und Politiker. Mindestens viermal erwies ihm Henry Kissinger in Mexiko seine Reverenz. Mit seinen Milliarden und amerikanischer Unterstützung versuchen er und die in Paris residierende Schah-Schwester Ashraf die rund 60 000 aus dem Iran geflüchteten führenden Generale, wie der ehemalige Generalstabschef Gölan-Ali Oveissi, Offiziere und Soldaten zu sammeln und zu organisieren. Über ihre Agenten im Iran inszenieren die Amerikaner, der CIA, Mordanschläge auf Khomeini-Anhänger, versuchen sie Unruhen zu schüren und die Völkerschaften gegeneinander aufzubringen. Der kalifornische Senator Hayakawa forderte, **die USA sollten sich als mit dem Iran in Kriegszustand befindlich erklären und alle Iraner in den USA in Lager sperren.**

Hinzu kommt, daß ihre Herrschaft auf schwankendem Boden steht, da sich die USA in der Region der Golfstaaten auf Marionettencliquen wie die der Saudi-Könige und Ölscheichs stützen, die, im Volk verhaßt, ihren Reichtum hemmungslos zur Schau stellen. Wer wollte verhindern, daß hier oder auch in Ägypten die Völker dem iranischen Beispiel folgen und Könige, Diktatoren und Präsidenten samt der sie aushaltenden amerikanischen Supermacht zum Teufel jagen. Was dann? Würden dies die Vereinigten Staaten als den Einmischungsversuch einer ausländischen Macht betrachten, den es mit allen Mitteln zurückzuschlagen gilt? Würden sie ihre in Europa stationierten Truppen, von denen US-Kriegsminister Brown behauptet, sie könnten „auf der Stelle" eingesetzt werden, zum Einsatz bringen? Oder würde sich ihnen zum fünften Mal ihr Verbündeter, der Aggressor Israel, mit einem Krieg gegen die arabischen Völker andienen?

Grenzenlose Heuchelei

Es ist doch eine Heuchelei ohnegleichen, wenn die Regierungen in Washington und Bonn zwar den Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan verurteilen, den sofortigen Rückzug der sowjetischen Truppen fordern und allerlei Strafmaßnahmen vom Handels- bis zum Boykott der Olympischen Spiele beschließen, aber nicht ein Wort darüber verlieren, daß ihr zionistisches Hätschelkind seit 1967 — trotz Verurteilung durch die UNO — immer noch arabische Gebiete wie den Gaza-Streifen, West-Jordanien, die syrischen Golan-Höhen und Teile der Sinai-Halbinsel besetzt hält. Und nicht nur besetzt hält, sondern trotz weltweiten Protestes mit eigenen Leuten besiedelt.

Welch ein Geschrei würden die Herren in Washington, Bonn und andere erheben, würden sich die Russen in eigenen Dörfern in Afghanistan ansiedeln. Sie sollten sich ein Beispiel an dem österreichischen Bundeskanzler Kreisky nehmen, der in einem Interview mit dem „Stern" sagte: „Man kann nicht auf der einen Seite sagen, die sowjetischen Truppen müssen aus Afghanistan raus, und auf der anderen Seite nicht sagen, die israelischen Soldaten sollen aus der Westbank heraus. Die Israelis motivieren das mit dem Sicherheitsbedürfnis, die Russen motivieren das mit dem gleichen Sicherheitsbedürfnis. Ich gehöre zu jenen Leuten, die halt glauben, daß man Politik nicht mit doppeltem Boden machen kann."

Die Sowjetunion wäre schön dumm, wollte sie sich im Gebiet des Persischen Golfs, im Nahen Osten — es sei denn, es ergäbe sich eine für sie sehr günstige Möglichkeit — mit eigenen Truppen einmischen. Wozu hat man denn seine Hiwis (Hilfswillige). Da bietet sich im arabischen Raum — ideal wegen seiner strategischen Lage — vor allem der Jemen an. Die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) ist heute durch einen bis zum Jahre 2000 gültigen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR und der DDR verbunden. Rund 6 000 Sowjets, Kubaner und DDR-Bürger häufen dort gegenwärtig ein ganzes Arsenal an Kriegswaffen auf und bilden die 22 000 Mann starke Armee des Landes aus. Gleichzeitig ist man dabei, eine starke, hauptsächlich aus Fallschirmjägern bestehende Eingreiftruppe aus Palästinensern, Südjemeniten und Äthiopiern aufzubauen.

Mehr Sorgen bereitet allerdings den Amerikanern und Saudis die mögliche Wiedervereinigung der 7 Millionen Nord- mit den 1,8 Millionen Südjemeniten in einem mit der Sowjetunion verbündeten Staat. Denn inzwischen hat der früher auf Saudi-Arabien orientierte Nordjemen eine Annäherung an den Süden vollzogen, wurde das bereits im Lande weilende 120 Mann starke sowjetische Militärteam auf 325 Experten verstärkt. Angesichts ihrer Behandlung als Gastarbeiter in Saudi-Arabien ist bei vielen Jemeniten ihr Haß auf die Saudiaraber größer als ihre Furcht vor dem sowjetfreundlichen Aden.

Offensichtlich läuft die sowjetische Langzeitstrategie für den Konfliktfall am Golf auf einen „Stellvertreterkrieg" hinaus. Besorgt gestand ein saudiarabischer Diplomat dem „Spiegel": „Die Vorgänge im Jemen erschrecken uns mehr als das russische Roulette in Afghanistan", und westliche Diplomaten in Beirut äußern: „Die größere Gefahr droht nicht in Iran oder einem baldigen Vormarsch der Sowjets über Pakistan oder Iran an den Golf, sondern aus dem unstabilen Hinterhof Südjemen."

Im nächsten RM

In der nächsten Folge unserer Serie werden wir näher auf die Situation in Afrika eingehen.

Die Republik der Gaullisten

Heftiger Widerstand gegen die Regierungspläne

Wachsende militante Kämpfe der französischen Werktätigen

Frankreich, unser Nachbar im Westen, war naturgemäß schon immer ein Staat, über den in unserem Land viel gesprochen wurde. Lange Zeit propagierten die herrschenden Klassen beider Länder den wilden Völkerhass gegen den „Erzfeind". Die Arbeiterbewegung beider Länder kämpfte gegen diese Kriegshetze mit aller Kraft an.

Adenauer und de Gaulle ließen sich nach dem zweiten Weltkrieg als „Väter der deutsch-französischen Freundschaft" feiern, aber das war die Freundschaft der Reaktionäre, der Monopolherren, die unter diesem Deckmantel nur mühsam ihre Konkurrenz versteckten. Die französische Kapitalistenklasse hat dabei viel an Boden verloren und mußte die Rolle der Nummer Eins in der Europäischen Gemeinschaft den westdeutschen Kapitalisten überlassen. Die Regierung des parteilosen Technokraten Barre wurde berufen, um die Konkurrenzbedingungen für den französischen Imperialismus auf Kosten der französischen Werktätigen zu verbessern.



Polizeitruppen rücken an — ein Bild vom Mai 1968. Zu dem Zeitpunkt, als die Arbeiterklasse die führende Rolle in dieser revolutionären Bewegung übernahm, begann das Wirken der revisionistischen KPF, die alles tat, die Bewegung auf Neuwahlen zu orientieren.

Am 18. Dezember 1979 traf sich der Nationalrat der französischen Unternehmer (CNPF) zu seiner Zweijahressitzung in Paris. François Ceyrac, der mächtige Chef des Kapitalistenverbandes, betonte in den Tagen davor in Presseinterviews ganz offen, es habe seit Jahrzehnten keine so unternehmerfreundliche Regierung in Frankreich gegeben wie die des Raymond Barre. Dessen Pläne zur Wirtschaftsreform werden von den französischen Kapitalisten voll befürwortet, ohne irgendwelche Manöver oder scheinbare Kritik. Auf ihrer Tagung Ende letzten Jahres, verbreiteten die Großunternehmer ihr Programm für die nächsten Jahre mit Forderungen wie: Senkung der Besteuerung, der sozialen Kosten, mehr Hilfe für Investitionsprogramme usw.

Die mächtigen französischen Finanzgruppen bereiten sich so auf die kommende Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise vor. Sie fordern neue Opfer der Werktätigen, um genügend Mittel für die weitere Rationalisierung zu besitzen. Die französische Regierung, personell besonders eng mit den größten französischen Monopolen und Finanzmagnaten verbunden, hat bereits ihre Bereitschaft erkennen lassen, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Staatspräsident Giscard d'Estaing, Mitglied der Sippe der Finanzmagnaten Schneider, Minister François-Poncet, ebenfalls dieser Finanzgruppe zugehörig und andere Mitglieder dieses „Kabinetts der Fachleute" sind direkte Interessenvertreter des Finanzkapitals in den Regierungsgeschäften. Auch die anderen Finanzgruppen, die die Politik des imperialistischen Staates bestimmen, haben und hatten ihre Interessenvertreter direkt in der Regierungsspitze. Die Gruppe der Rothschilds, aus deren Haus der frühere Staatspräsident Pompidou kam, und die vor allem im Finanzministerium ihre Interessen vertreten läßt, die Thomsons und Dassaults, die die Rüstungsgeschäfte gemeinsam mit Schneider-Creusot betreiben, die Gruppe der Familie Peugeot, sie alle liefern über ihre leitenden Angestellten und über zahlreiche Familienbande das Personal für Minister und Ausschüsse — in einem Ausmaß, wie es in Westdeutschland unbekannt ist. Gemeinsam mit der mächtigen Gruppe der de Wendels (Usinor) bilden sie die „Großen Familien", den Kern der herrschenden Klasse Frankreichs.

Aber nicht nur die Rationalisierung und Vernichtung von Arbeitsplätzen ist im Programm der französischen Großbourgeoisie enthalten, sondern auch die verstärkte Aufrüstung. Der Rüstungsetat wurde in den letzten zwei Jahren um mehr als 20 Prozent gesteigert und beträgt im nächsten Jahr rund 90 Milliarden Francs, ungefähr 50 Milliarden Mark, der zweitgrößte in Westeuropa.

Ähnliche Zuwachsraten haben die Ausgaben für die Polizei, die als einziger Teil des staatlichen Personalplans wachsende Stellenzahlen verzeichnet.

Die soziale Lage des Volkes und der Kampf um Besserung

Die Werktätigen Frankreichs haben unter diesem Kurs der Großkapitalisten und ihrer Regierung schwer zu leiden. 6,1 Prozent der Werktätigen sind arbeitslos, ganze Regionen des Landes sollen nach den Plänen der Reichen in Armut versinken. Die offizielle Teuerung beträgt mehr als 10,5 Prozent.

Von den zahlreichen Streiks, die in letzter Zeit stattfanden, richteten sich die meisten gegen die Inflation, wo die Forderung nach höheren gesicherten Mindestlöhnen erhoben wurde, sowie gegen die Entlassungswellen.

Der großartige Kampf der lothringischen Stahlarbeiter im Frühjahr letzten Jahres machte den Stahlbaronen aus Elsaß-Lothringen einen dicken Strich durch die Rechnung und zwang sie zur Verschiebung ihrer Pläne, die darauf hinausliefen, die Stahlbasis in Lothringen weitgehend zu vernichten, und auf günstigere Standorte am Meer zu verlagern.

In den letzten Wochen des Jahres 1979 begann eine starke Streikbewegung im öffentlichen Dienst, gegen Stellenstreichungen bei der SNCF (Eisenbahn) und den Nahverkehrbetrieben (etwa der Pariser Metro) sowie im Erziehungsbereich, wo der Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit aufgenommen wurde. Rund ein Dutzend Fabriken waren Ende 1979 von den Belegschaften besetzt, einige davon bereits über ein Jahr.

Die wirtschaftliche Krise trifft die über 4 Millionen ausländischen Arbeiter besonders hart, die laut Plänen der bürgerlichen Parteien in der Mehrheit aus dem Land verwiesen werden sollen. Eine rassistische Kampagne, vor allem gegen die Nordafrikaner, die von den Faschisten seit langem geführt wird, hat in der letzten Zeit auch Eingang in die bürgerliche Presse gefunden, die ihre Spalten den Naziphilosophien der „Neuen Rechten" öffnet. Eine große Demonstration gegen den Rassismus und für verschiedene wirtschaftliche Forderungen der Emigranten fand im November in Paris statt. Im Laufe des Dezember fanden in Strasbourg zwei größere Aktionen gegen die Unterdrückung von Einwanderern und gegen einen Sprecher der „Neuen Rechten" statt. An diesen Aktionen, die jeweils über 1 000 Teilnehmer hatten, beteiligte sich auch die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs. Dabei gab es, wie auch bei verschiedenen anderen Anlässen seit den Tagen von Longwy, zahlreiche militante Auseinandersetzungen mit der Polizei und der CRS.



Eine der zahlreichen Jugenddemonstrationen des letzten Jahres gegen die faschistische Hetze gegen Gastarbeiter. Hier, in Rennes waren es mehr als 3 000 Jugendliche, die sich beteiligten, insgesamt weit über 100 000 junge Franzosen.

Die revisionistische KPF — Bremsklotz des Massenkampfes

Die Millionenpartei der französischen Eurorevisionisten erwies sich in den letzten Jahren immer wieder als ein Bremsklotz für die Entwicklung des Kampfes der Werktätigen. Bei allen Aktionen, in denen fordernde Massen der Polizei gegenüberstehen — und die Zahl solcher Aktionen hat seit 1979 gegenüber dem Vorjahr ganz entscheidend vermehrt — ist es das Hauptanliegen der Führer dieser Partei, sich gegen sogenannte Provokateure zu wenden. Dabei bezeichnen die Leute um Marchais jeden als Provokateur, der sich gegen die Polizei zur Wehr setzt. In der Streikbewegung spielt die von der KPF geführte größte Gewerkschaft des Landes, die CGT, eine entscheidende Rolle. Bei den Wahlen zu den prud'hommes (eine Art Mitbestimmungsorgan, als Schiedskommission zwischen Arbeiter und Unternehmer zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen) konnte sie oft bis zu 80 Prozent der Sitze erringen. Sie hat auch — faktisch — die Führung in der Aktion gegenüber den beiden anderen wichtigen Gewerkschaften, der CFDT und der FO.

Die Revisionistenführer haben in letzter Zeit in verschiedenen Fällen offen die Arbeiterforderung nach 3 000 Francs Mindestlohn bei Streiks verraten; sie haben Abschlüsse von 2 650 ffrs, wie bei dem besetzten Werk Alsthom, vorgeschlagen und angenommen.

Die revisionistische KPF verfolgt einen nationalistischen Kurs. Sie fordert zum Beispiel für die ausländischen Arbeiter eine „demokratische Heimkehr", was nichts anderes bedeutet, als den rassistischen Kurs der Bourgeoisie zu unterstützen und diese Arbeiter aus dem Land zu jagen. Diese Partei, die den Leninismus längst offiziell über Bord geworfen hat, ist auch in der alltäglichen Politik immer mehr zur offenen Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Klasse übergegangen. Die KPF weigerte sich, an der Kampagne zur Enthüllung der Machenschaften, die zum Selbstmord des Arbeitsministers geführt hatten, teilzunehmen und nannte stattdessen die Presse sensationsgierig. Auch bei einem weiteren politischen Skandal der letzten Zeit zeigte diese Partei ihr staatserhaltendes Gesicht: Die Diamantengeschenke des Menschenfressers Bokassa an seinen Oberherren d'Estaing, die große Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatten, wurden von den Revisionisten als persönliche Probleme heruntergespielt.

Die Wiedergründung der Kommunistischen Partei

Bereits in den sechziger Jahren war die Opposition gegen den Kurs der damals noch von Maurice Thorez gesteuerten Partei stark entwickelt und hatte zur Gründung einer neuen Partei geführt, die allerdings unter maoistischer Führung stand. In den Reihen dieser Partei, im Kampf gegen jeglichen Chauvinismus wurde dann die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs geschaffen, die wahrhaft marxistisch-leninistische Partei des französischen Proletariats, die vom ersten Tag ihrer Gründung an in den gewerkschaftlichen, den antifaschistischen und den antiimperialistischen Kampf eingriff, wo sie die Schaffung einheitlicher Kampforganisationen anstrebt und das Banner der sozialistischen Revolution in Frankreich erhebt.

Diese Partei ist es, die dem französischen Proletariat seine revolutionäre Führung wiedergeben muß, die ihm im Mai '68 so sehr fehlte.

Heute, wo sich die Auseinandersetzungen in Frankreich weiter verstärken, sehen sich die Führer der KPF gezwungen, wieder etwas radikalere Töne anzuschlagen. Dies kann aber ihre Entlarvung nur verzögern, nicht verhindern. Der Kampf der KAPF richtet sich deshalb nicht zuletzt gegen die spalterischen Auswirkungen der Politik der KPF-Führung, die sich in einem allmählichen Nachlassen des Einflusses der CGT-Gewerkschaft äußern.



FRANKREICH

Frankreich ist mit rund 547 000 Quadratkilometern mehr als doppelt so groß wie die BRD, hat aber nur etwas über 52 Millionen Einwohner. Absolutes Zentrum des Landes ist der Großraum Paris sowohl von der Einwohnerzahl her (mit mehr als 10 Millionen) als auch wirtschaftlich und politisch. Weitere Zentren des Landes sind Lyon, Marseille, Bordeaux sowie unter anderem Le Havre, Strasbourg und Nancy.

Frankreich ist ein hochentwickeltes kapitalistisches Land, das insbesondere die Maschinenbau-, Automobil-, Stahl und chemische Industrie stark entwickelt hat. Maschinen und Fahrzeuge stellen rund ein Drittel des gesamten französischen Exports, der im letzten Jahr rund 65 Milliarden US-Dollar betrug. Eisen und Stahl leisten mehr als 10 Prozent des französischen Exports. Die französische Landwirtschaft, die stärkste innerhalb der EG, exportiert vor allem Getreide und Gemüse, Weine und Obst.

Innerhalb der europäischen kapitalistischen Gemeinschaft ist die herrschende Klasse Frankreichs sozusagen die Nummer zwei, der Hauptkonkurrent der westdeutschen Monopolherren um die Vorherrschaft in diesem „Bündnis". Stütze der imperialistischen französischen Politik, die sich vor allem auf Afrika sowie die Beneluxländer konzentriert, ist die Franc-Zone, der alle ehemaligen Kolonien angeschlossen sind.

Die französische Großbourgeoisie, die sich gern demokratisch gibt, war die erste in Westeuropa, die nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg eine eigene Atomstreitmacht für sich schuf, die „Force de Frappe".

Die Sondereinheiten der CRS-Polizei, die im Mai 1968 mit offener Brutalität gegen Arbeiter und Studenten vorgingen, waren die erste große paramilitärische Sondereinheit, die nach dem Krieg in Westeuropa geschaffen worden war. Die CRS wurde gerade in den letzten Wochen, anläßlich des äusserst brutalen Vorgehens gegen AKW-Gegner vor allem in der Bretagne (Frankreich hat das größte AKW-Programm Westeuropas) ihrem „Ruf" gerecht. „Konzentrierte Angriffe", das heißt 10 CRS-Leute suchen sich einen Demonstranten heraus und schlagen ihn, oft bis zur Bewußtlosigkeit, das ist in der Regel ihre Taktik. Die Opfer werden anschließend durch Schnellgerichte abgeurteilt.

Von mehr als 10 politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, sind vor allem zu erwähnen die gaullistische UDR, mit rund 35 Prozent stärkste Partei in Frankreich, sowie die revisionistische Kommunistische Partei Frankreichs, die mit über 20 Prozent der Wählerstimmen drittstärkste Partei (nach der Sozialistischen). Die KPF hat mehr als 1,5 Millionen Mitglieder, sie kontrolliert die größte Gewerkschaft des Landes, die CGT.

Gegen Carters Wehrpflicht

30 000 demonstrierten in Washington

Der Kampf gegen die Kriegshetzer verbreitert sich

WASHINGTON.— Die US-Hauptstadt war in der letzten Woche Schauplatz der größten antimilitaristischen Demonstration seit Ende des Vietnamkrieges. Rund 30 000 vorwiegend Jugendliche demonstrierten gegen Carters Plan, die allgemeine Wehrpflicht wiedereinzuführen.

Der Kampf gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist eine der ganz entscheidenden Fronten des Kampfes gegen den Kriegskurs der Wall-Street-Magnaten. Denn ohne eine wesentlich größere Armee als heute können die USA-Imperialisten keine großen Abenteuer starten. Ihre Rekrutierungskampagne für die Berufsarmee (der „Rote Morgen" berichtete darüber) war nach gutem Anlaufen durch das Schüren einer nationalen Hysterie am Ende doch ein Fiasko.

Die Bewegung gegen den Krieg in den USA war von jeher stark. Erinnert man sich an den Vietnamkrieg, so wird man kaum eine vergleichbar starke Antikriegsbewegung in den letzten Jahrzehnten in einem großen imperialistischen Land, das einen Aggressionskrieg führte, finden als die jener Tage. Man denke nur daran, daß die faschistische Nationalgarde der USA Dutzende von Studenten ermordete, die gegen diesen Krieg demonstrierten.

Heute beteiligen sich an der Kampagne wesentlich stärker als früher auch die farbigen US-Bürger, die nicht mehr zu Hause rechtlos und im Ausland Kanonenfutter sein wollen.

Die Demonstranten erinnerten in Washington an die 55 000 Amerikaner, die in Vietnam für all die Rockefellers, Mellons, Vanderbilts, Astors und Carnegies und wie die Herren der USA sonst noch heißen mögen, sterben mußten.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß davon ein Großteil farbiger Soldaten waren, deren Brüder zur selben Zeit in den Ghettos der US-Städte von der Polizei zusammengeschlagen oder ermordet wurden.

Diese Erfahrung ist es, die dazu beiträgt, daß viele Farbige sich an der Antikriegsbewegung beteiligen.

Ein weiteres Zentrum dieser antimilitaristischen Bewegung sind die amerikanischen Universitäten. Die Aktivitäten der vielen Studenten aus Afrika und Asien, die dort studieren, sind den Behörden seit langem ein Dorn im Auge. Unter ihnen gibt es viele antiimperialistisch und patriotisch gesinnte Menschen, die gegen die Weltherrschaftsansprüche der USA sind. Sie leisten eine entsprechende Aufklärungsarbeit, die nicht ohne Wirkung auch bei vielen amerikanischen Studenten bleibt. Ein neues Gesetmelden — und sie sind natürlich die übergroße Mehrheit — wollen erst recht nicht gezwungenermaßen in den Krieg ziehen. Nach einer Meldung der französischen Zeitung „Le Monde" haben die arbeitslosen Jugendlichen die Mehrzahl der weit über hunderttausend bisher gesammelten Unterschriften gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht geleistet.

So ist die Demonstration der 30 000 in Washington, so groß und bedeutend sie auch gewesen sein mag, doch nur ein erster Höhepunkt im Kampf gegen die Kriegspläne Carters gewesen.



Eine der größten Antikriegsdemonstrationen in den USA, die bereits im Februar stattfanden.

zesprojekt sieht deshalb auch die weitere Einschränkung der Rechte ausländischer Studentenorganisationen vor.

Und obwohl sich natürlich relativ viele arbeitslose Jugendliche zur Berufsarmee melden, da sie keine andere Perspektive sehen, ist auch der arbeitslose Jugend eine der Kerngruppen des Widerstandes gegen die Militarisierung.

Denn diejenigen Jugendlichen, die sich nicht freiwillig

Zusammen mit dem Kampf der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Landes und zusammen mit dem Kampf der farbigen Bevölkerung gegen ihre politische Entrechtung wird diese Bewegung der betroffenen Jugend eines der Hemmnisse sein, die Carter erst einmal beseitigen müßte, um seine Pläne verwirklichen zu können — und weitere Großkundgebungen sind angekündigt.



Ägyptischer und israelischer Offizier: Das Camp-David-Abkommen war ein verzweifelter Versuch, die wachsende Isolierung der Zionisten zu durchbrechen. Dieser Versuch wurde nicht zuletzt jetzt auch durch die jüngsten diplomatischen Schritte zunichte gemacht — deshalb die Hetze.

Nach der PLO Anerkennung

Kreisky unter Beschuß der Rechten

Zionisten organisieren europaweite Kampagne

WIEN.— Wenige Tage, nachdem der österreichische Bundeskanzler Kreisky die offizielle Anerkennung der PLO durch seine Regierung als legitime Vertretung der Palästinenser bekanntgegeben hat, steht er im Zentrum einer Kampagne der äußersten Reaktion.

Vor allem die zionistische und die westdeutsche Presse tun sich bei diesem schmutzigen Handwerk hervor. „Bild am Sonntag" scheute nicht einmal davor zurück, den Juden Kreisky als Antisemiten zu bezeichnen. Der Inhalt dieser ganzen Kampagne wird von den zionistischen Organisationen Israels und den USA gesteuert. Dieser Propaganda zufolge ist jeder ein Rassist, der die Politik Begins und seiner Camarilla nicht gutheißt, der die Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israels Truppen kritisiert.

Auch in Frankreich läuft eine solche Kampagne gegen Präsident Giscard d'Estaing, gesteuert von Militaristen und anderen offenen Reaktionären. Aber gegenüber Frankreich hält sich zumindest die ausländische reaktionäre Presse einigermaßen zurück, während über die Regierung des kleinen Staates Österreich hemmungslos hergezogen wird, in einer Tonart, die an jene „Ratten und Schmeißfliegen"-Propaganda erinnert, die heute in Westdeutschland wieder gemacht werden darf.

Das ist nicht nur ein offener Angriff auf die Regierung eines souveränen Staates, sondern gleichzeitig der Versuch, mit Gewalt die wachsende Isolation des Regimes von Tel Aviv zu überwinden.

Denn der extreme Terrorkurs, den Begin eingeschlagen hat, führt nicht nur allgemein zu einer starken Isolierung Israels. Auch unter jenen Staaten, die bisher offene Unterstützung gewährten, wächst die Tendenz, entweder Mäßigung zu verlangen, oder gar die Allianzen zu wechseln. Selbst Sadat, der sich für einige Dollars an die USA-Imperialisten verkauft hat, hatte es in der vergangenen Woche nötig, sich zumindest in Worten ein wenig von Begin zu distanzieren. Auch in den USA mehren sich kritische Stimmen.

Denn die israelischen Zionisten verfolgen immer stärker einen Kurs nach der Art „Und wenn alles in Scherben fällt..." Nach der Durchdringung der Regierung mit offenen ehemaligen polizeilich gesuchten Terroristen verschärfen sie ihre rassistische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten immer mehr.

Die Gewerkschaften der besetzten Westbank (Jordanien) riefen jetzt ihre mehr als 50 000 Mitglieder dazu auf, gegen die geplante israelische Verstaatlichung der arabischen Elektrizitätsgesellschaft zu streiken. Die „Frieden-jetzt!"-Bewegung der Israelis hat ihrerseits in der letzten Woche ihre Aktivitäten wesentlich verstärkt und mobilisierte mehr als 10 000 Menschen zu Protestkundgebungen gegen die Siedlungspolitik.

Zur selben Zeit hat auch die UNO-Menschenrechtskommission einen Bericht über die Mißhandlung von mehr als 6 000 aus politischen Gründen gefangenen Palästinensern vorgelegt.

So wächst von allen Seiten der Widerstand gegen den wahnwitzigen rassistischen Kurs der Zionisten in Tel Aviv. Das ist auch der Grund dafür, daß heute in verschiedenen europäischen Staaten offen darüber gesprochen wird, die PLO anzuerkennen.

Und diejenigen Staaten, wie eben Frankreich und Österreich, die sich nicht bedingungslos von den amerikanischen Karren sperren lassen, sind eben auch die ersten, die — aus eigenen Interessen heraus — diesen Schritt vollziehen. Die — mehr oder minder feste — Unterstützung der arabischen Staaten für die PLO ist dabei ein weiterer Faktor.

Der österreichische Kanzler ist nun eben von den Reaktionären der extremen Rechte ausgesucht worden, um eine Diffamierungskampagne im Dienst der wahren Rassisten, der Begin und Co. zu starten.

13 Gewerkschaften organisierten Streiks

Streikwelle in Australien

Regierung will Gewerkschaften auflösen

SYDNEY.— Das wichtigste Zeitungsblatt der australischen Kapitalisten, „The Australian", tobte, die Australier seien „eine Nation, die verrückt geworden ist". In anderen, ähnlich ausgerichteten Blättern wurde allgemein Untergangsstimmung verbreitet. Der Grund: Die Lastwagenfahrer, besonders die Tankwagenfahrer, streiken.

Gleichzeitig streiken auch die Angestellten der Wollhandlungen, die Beschäftigten der Möbelfabriken, große Teile der Bauarbeiter und auch in den Erzminen wird gestreikt. In der letzten Woche hatten 13 Gewerkschaften, zum Teil aus unterschiedlichen Gründen, ihre Mitglieder zu Streiks aufgerufen, die allesamt voll befolgt wurden.

Allein sieben Gewerkschaften, darunter eben die der Tankwagenfahrer, haben als direktes Streikziel die Abschaffung des sogenannten Wettbewerbsgesetzes, das Boykottmaßnahmen aus Solidarität unter Geldstrafe von einer halben Million Mark stellt — eben diese Strafe soll die Gewerkschaft der Tankwagenfahrer bezahlen. Dieser Streik steht deshalb im Mittelpunkt, weil die australischen reaktionären Gerichte an dieser verhältnismäßig kleinen Gewerkschaft ein Exempel statuieren wollten, und weil, andrerseits, dieser Streik nach knapp zwei Wochen bereits weitreichende Auswirkungen hat. Bereits zweimal mußte die Regierung ein Verbot des Benzinverkaufs für einen Tag erlassen.

Der öffentliche Dienst in Melbourne wird seit Wochen immer wieder bestreikt, weil die Gewerkschaftsmitglieder sich in einer Urabstimmung fast einstimmig für einen Streik gegen das neue Entschädigungsgesetz bei Berufskrankheiten ausgesprochen hatten.

Während die Presse hetzt, die Regierung droht, hat jetzt der von den Agrarkapitalisten beherrschte Nationale Farmerverband damit gedroht, die Wollagerhäuser zu stürmen, wenn der Streik der Packer und Lageristen nicht aufgegeben wird. Diese kämpfen seit zwölf Wochen für eine echte Lohnerhöhung und haben ihren Streik trotz eines — von ihnen abgelehnten — Abschlußes fortgesetzt. Sie verhindern den Export von Wolle im Werte von 1,2 Milliarden Mark. Wenn die Farmer stürmen wollten, so ein Sprecher der Streikleitung, dann „wird Blut auf den Straßen sein". Diese Unterstreichung der Kampfbereitschaft der Lagerhausbelegschaften in diesem — in Australien sehr wichtigen — Handelszweig wurde von der Presse natürlich zu übelster Hetze und zum Ruf nach der Armee benutzt.

Regierungschef Fraser beschloß vor diesem Hintergrund in der letzten Woche drastische Maßnahmen: der „Storemen and Packers Union", die den Streik der Lagerhausarbeiter führt, wurde jetzt per Regierungsbeschluß der Status einer Gewerkschaft aberkannt, 1 400 noch arbeitende Lageristen in anderen Teilen des Landes, die Geldsammlungen für den Streik durchgeführt hatten, wurden allesamt gekündigt. Die Arbeiter reagierten auf diesen beispiellosen Angriff mit einer Ausweitung des Streiks auf alle Wollhäfen und betreffenden Reedereien. In Sydney fand in diesen Tagen die erste einer Reihe von Gewerkschaftskonferenzen statt, in denen über einen Generalstreik beschlossen werden soll. Eine Urabstimmung der Packers Union erbrachte mehr als 97 Prozent der Stimmen für eine Fortsetzung des Streiks um mindestens acht Wochen.

Meldungen

Japan: Entlassungswelle auf den Werften

TOKIO.— Die japanischen Werften, weltbekannt für ihre gigantischen Tanker, sind seit einem Jahr von einer schweren Krise erfaßt, der die Kapitalisten mit einer „Rationalisierungswelle begegnen, wie sie selbst in Japan bisher ungewohnt war.

Auf einer Werftkapitalistenkonferenz im Dezember 1978 war beschlossen worden, innerhalb von 15 Monaten bis Ende März 1980 die Produktion der japanischen Werften um 35 Prozent zu senken, und die Belegschaften entsprechend zu verringern. Jetzt meldete das „Asian Wall Street Journal", daß dieses Ziel sogar überboten worden sei: 36,6 Prozent der Produktionsanlagen wurden verschrottet, mehr als 17 000 Arbeiter entlassen.

Westafrika: Demonstrationswelle in mehreren Ländern

Dakar.— Die Hauptstadt des Senegal war in der letzten Woche Schauplatz einer Demonstration von mehr als 30 000 Werktätigen, die gegen die durch die Regierung verfügten Preiserhöhungen demonstrierten.

Damit haben nach Sierra Leone, Liberia und Mali auch die Werktätigen der Residenz des „Afrikapoeten" und französischen Statthalters Senghor sich an der Welle der Streiks, Demonstrationen und Studentenkundgebungen beteiligt, die seit Beginn des Jahres über Westafrika rollt, und an denen sich bereits in diesem Jahr mehr als 1 Million Menschen beteiligt haben. Dabei werden immer stärker Losungen gegen den Imperialismus, insbesondere den französischen und amerikanischen, vertreten.

Sudan: Massenentlassungen bei Gulf-International

KHARTOUM.— Die Entlassung von mehr als 2 000 Arbeitern und Angestellten des größten arabischen kapitalistischen Konzerns wurde jetzt von der Zeitschrift „Middle East" berichtet.

Dieser Konzern, der in verschiedenen Branchen tätig ist, beschäftigt ca. 35 000 Menschen. Er gehört zu 60 Prozent der Herrscherfamilie Kuweits, den Al Sabahs und zu 40 Prozent dem größten sudanesischen Kapitalisten, Kahlil Mahgoub. Diese Nachricht zeigt, daß die sogenannten Petrodollars die arabischen Scheichs und Kapitalisten zu echten Konkurrenten der westlichen Kapitalisten machen. Die Massenentlassungen wurden im Textilbereich vorgenommen (der Sudan hat eine sehr große Baumwollproduktion), der aufgrund der übermächtigen westlichen Konkurrenz nur zu 25 Prozent ausgelastet ist. Arbeiter, die zum Streik aufgerufen hatten, wurden verhaftet.

Die Talk-Show des Herrn Buddenberg

Ein plumper Versuch die Multis reinzuwaschen

BP London verweigerte Einblick in die Bücher

MAINZ. — Am Montag, den 24. März saß sicher noch, trotz später Stunde, so mancher vor seinem Fernsehapparat, weil er sich von der Diskussion des Chefs der „Deutschen" BP, Buddenberg, mit einer Reihe von Wirtschaftsjournalisten einige interessante Informationen versprach. Wer allerdings solche Erwartungen hatte, wurde grob enttäuscht. Was herauskam, war nichts als eine unbezahlte Werbesendung für BP.

Denn in dieser Sendung redete eigentlich nur einer: Buddenberg. Wenn ein- oder — höchstens — zweimal während der Sendung einer der anwesenden Journalisten eine Frage mit entfernt kritischem Unterton aufwarf, dann erteilte der Herr aus Hamburg Zensuren: "Sie machen sie das zu einfach", „das habe ich doch schon gesagt" und ähnliche Sprüche.

Aber er mußte sie sehr selten loswerden. Für einige Fragen konnte er sich regelrecht bedanken, und er tat das auch.

So erfuhr der interessierte Fernsehzuschauer, wenn er nicht schon eingeschlafen war, welch ein soziales Unternehmen die BP ist. Denn, so Buddenberg, die Gesellschaft hat sich doch völlig ungeschäftsmäßig dazu durchgerungen, 100 Millionen Mark an Steuern zu zahlen, obwohl sie es eigentlich gar nicht mußte! Und auch ihr schlechtes Bild in der Öffentlichkeit ist nur ihrer eigenen Großherzigkeit zu verdanken: denn, statt sieben Mark pro Tonne Rohöl an Gewinn (oder 16 Mark pro Tonne, wie der von BP bestellte Professor Ahlbach zugab) hätte man genau so gut auch fünf Mark Verluste pro Tonne ausrechnen können, dann hätten keine Steuern bezahlt werden müssen, und niemand hätte sich über die Gewinne aufgeregt. Und in diesem Ton ging es fast eine dreiviertel Stunde lang.

Der Wirtschaftsprofessor Ahlbach hatte dazu mit seinem einige Tage vorher in der ZDF-Sendung „Bilanz" vorgelegten Prüfbericht die Grundlage gelegt. Seine zu Beginn der Sendung wiederholten Ergebnisse: die Profite der Multis sind gering, die wahren Preistreiber sind die OPEC-Länder.

Was allerdings keine Überraschung ist, denn dasselbe sagen die Ölmultis seit Jahren. Jetzt haben sie jemand gefunden, der es ihnen bestätigt, und das Fernsehen sendet diese Ergebnisse stundenlang.

Will man die Erklärungen des Herrn Ahlbach widerlegen, dann muß man ganz von vorne anfangen.

1. Der prüfende Professor gab selbst zu, daß die BP/London ihm keine Einsicht in die Bücher gegeben habe. Selbst auf seine Bitte hin, so der Professor im Originalton, „wenigstens eine effektive Rechnung" sehen zu dürfen kam nur abschlägiger Bescheid. Alles was er bekam, war ein Schaubild mit zwei Kurven: Einkaufspreis für Rohöl der BP/London und Weiterverkaufspreis an die BP/Hamburg. Ob diese Einkaufspreiskurve irgendeinen Bezug zur Wirklichkeit hat, konnte der forschende Professor selbst nicht sagen. Da aber von verschiedenen Untersuchungen, unter anderem des amerikanischen Senats, bekannt ist, daß die Multis eben so arbeiten, daß sie auch die Profite ihrer Ableger in anderen Ländern jeweils dorthin transportieren, wo es steuerlich am günstigsten ist (und das sind nicht immer die USA oder Britannien) hätten noch nicht einmal allein die Bücher aus der Londoner Zentrale einen wirklichen Aufschluß geben können.

2. Der Professor mußte selbst eingestehen, daß über jene 300 Millionen Mark, die durch den Ein- und Verkauf vom sogenannten Rotterdamer Spotmarkt die BP/Deutschland nach London zu zahlen hatte, keine Klarheit herrsche, daß hier schon die „Möglichkeit" bestehe, daß Zusatzgewinne gemacht worden seien.

3. Als Beispiel für Preissteigerungen durch erdölfördernde Länder im letzten Jahr wurden Ägypten (plus 117 Prozent) und Nordseeöl (plus 59 Prozent) genannt. Dazu ist zu sagen: Die ägyptische Ölförderung ist einerseits sehr unbedeutend (denn die in den letzten Wochen entdeckten zwei neuen großen Lagerstätten werden natürlich noch nicht ausgebeutet) und andererseits ist sie völlig in den



Der Streik der deutschen Chemiearbeiter 1971

Händen der Rockefeller-Morgan-Gruppe. Interessanter ist aber die Tatsache, daß es tatsächlich gewagt wird, vom Nordseeöl als preistreibendem Faktor zu sprechen. Das stimmt natürlich.

Nur: Wer fördert dieses Öl? Drei Gesellschaften sind es vor allem. Die Royal Dutch Shell, die British National Oil Company (BNOC) und — die British Petroleum, allgemein als BP bekannt. Wo noch zu ergänzen wäre, daß die staatliche BNOC in Wahrheit von den beiden anderen Gesellschaften (und bei BP gibt es ja auch einen relativ großen staatlichen Anteil) kommandiert wird. Dieses Nordseeöl war natürlich auch eine der Hauptquellen der Rekordprofite der beiden britischen Multis. BP weist im letzten Jahr die bescheidene Summe von 5,4 Milliarden Mark aus. Bescheiden allerdings nur im Vergleich zur Shell, die immerhin einen Gewinn von 11,6 Milliarden Mark ausgewiesen hat — in einem Jahr.

4. Dieser zuletzt genannte Vergleich ist allerdings ein Hinweis darauf, daß zumindest eine Aussage, die in dieser Public-Relations-Show gemacht wurde, zutrifft. Daß nämlich die BP nicht stellvertretend für die anderen sechs großen Ölmonopole der angloamerikanischen Finanzmagnaten beurteilt werden kann. Nicht weil sie, wie es Herr Buddenberg gerne hindrehen würde, fast keine Profite macht, sondern weil BP im Vergleich zu Exxon, Shell, Mobil usw. viel an Boden verloren und verhältnismäßig am wenigsten „zugelegt" hat. Keine Beteiligung am saudiarabischen Öl zu haben, wie es bei BP der Fall ist, ist heutzutage für einen Multi in Konkurrenz zu den anderen ein schwerer Schlag. Dazu kamen die Verluste im Iran, der bis zum Sturz des Schahs immer noch Hauptlieferant der BP war, und die Streitereien mit Nigeria, dessen einheimische Bourgeoisie zur Verwirklichung ihrer westafrikanischen Großmachtträume lieber auf die USA-Imperialisten gesetzt hat als auf die britischen.

5. Herrn Buddenbergs Versuche, die Gewinne zu bagatellisieren, indem er von SCHEINgewinnen, Buchungsgewinnen und so weiter redet, sind in zweifacher Hinsicht eine Verdrehung der Wirklichkeit. Wenn der BP-Boss jetzt öffentlich von „Scheinbuchführungen" redet, fragt man sich natürlich unwillkürlich, was denn mit den von einigen Jahren ausgewiesenen Verlusten gewesen ist. Denn plötzlich ist Geld für Milliardeninvestitionen da. Zum anderen muß man, wenn da ein ganzer Wust von Kosten angeführt wird, nochmals darauf hinweisen, daß die Multis selbst eben auch über zahlreiche Förder-, Handels-, Vertriebs- und sonstige Gesellschaften verfügen. Die Finanzgruppen, die bei ihnen die Großaktionäre sind, können ihre Profitspuren durch ein ganzes Netz von — wirklichen oder vorgetäuschten — Finanztransaktionen verwischen.

6. Schließlich widerlegt man sich in den Chefetagen auch selbst. Und das tut auch Herr Buddenberg. 200 Millionen Mark Profit 1979 sei das Ergebnis der „Deutschen BP" gewesen, sagt er. Es müsse viel mehr werden. Denn: Innerhalb der nächsten zehn Jahre sollen zehn Milliarden Mark investiert werden, vor allem für die Erschließung von Energierohstoffen. Bei gleichbleibenden Profiten aber wären die Einnahmen ja nur zwei Milliarden Mark, womit die bescheidene Summe von acht Milliarden Mark fehlt. Seltsamerweise spricht aber niemand davon, Kredite aufzunehmen. Es verhält sich hier wohl ebenso wie bei Exxon, die ein Jahr nachdem ein Profit von rund fünf Milliarden Mark ausgewiesen war, Investitionen von rund acht Milliarden Mark tätigte — ohne Kredit, ohne die Rücklagen anzutasten. Eine Rechnung, die man an den normalen Tageszeitungen im Wirtschaftsteil nachvollziehen kann. Die zeigt, daß riesige Milliardenbeträge in den Bilanzen überhaupt nicht erscheinen. Die zeigt, daß das ewige Gerede im Fernsehen nur ein Versuch war, die Multis reinzuwaschen.

Diese Rechnung wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die während der ZDF-Diskussion anwesenden Wirtschaftsjournalisten, die sicher die Fakten kannten, vor den Fernsehkameras jedoch zu schweigen vorzogen.

Jetzt wird offen gedroht

Europäischer Benzinpreis ist das Ziel der Multis

Regierung erteilt ihren Segen

BONN. — "Keine Einwände gegen Notwendigkeiten" hatte ein Sprecher der Bundesregierung, als er gefragt wurde, was von Buddenbergs Äußerungen im Fernsehen zu halten sei. Buddenberg hatte seinen großen Auftritt im ZDF dazu genutzt, die alte Multiforderung nach einem europäischen Preisniveau zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit zu erheben.

Das heißt heute, einen Preis von über 1,40 Mark pro Liter Normalbenzin zu verlangen. Das heißt nichts anderes, als daß die vierwöchigen Steigerungen, wie sie seit Monaten üblich sind, das ganze Jahr fortgeführt werden sollen.

Obwohl BP-Buddenberg bei seiner ZDF-Gala viel vom Markt redete, ist bei den Erhöhungen, die sich stets im Gleichschritt vollziehen, vom Markt nicht die Rede. Und tatsächlich: Gäbe es so etwas wie den vielberufenen Marktmechanismus, dann könnten die Monopolherren ihre Preise nicht auf ein Jahr hinaus vorausplanen.

Wie lange noch, fragt man sich unwillkürlich, wie lange noch soll das so weitergehen? Wann gibt es endlich Maßnahmen, die diesen ungeheuren Raubzug der Wall-Street-Milliardäre und ihrer Londoner Kumpane verhindern?

Das Benzin, so sagen diese Herren heute mit unglaublicher Arroganz, sei im letzten Jahr, im Vergleich zum leichten Heizöl, zu wenig im Preis angestiegen. Das müsse jetzt nachgeholt werden. Und dann muß wohl wieder das Öl nachholen und dann wieder das Benzin — ja und was eigentlich noch?

Es tut not, sich zusammenzuschließen und sich zu wehren. Sich zu wehren, denn sonst wird nichts helfen. Sich zu wehren mit den Forderungen, die die KPD/ML bereits im letzten Jahr erhoben hat:

Rigorose Besteuerung der Profite der Ölmultis!
Senkung des Steueranteils an Mineralölprodukten für den Verbraucher!
Erhöhung der Kilometerpauschale und Bezahlung eines Heizkostenausgleichs!

Öl als Waffe der Imperialisten

Moskau diktiert den RGW-Staaten die Energiepolitik

PRAG. — Die tschechische Wirtschaftspresse veröffentlichte in der letzten Zeit mehrmals eine Statistik, aus der hervorgeht, daß die UdSSR den Bedarf der RGW-Staaten an Erdöl zu lediglich 58 Prozent deckt und weitere Einschränkungen ankündigt.

Die sowjetische Propaganda hatte noch im Jahre 1973, als die OPEC-Staaten sich zum ersten Mal gegen die Ausbeutung durch die angloamerikanischen Ölmonopole geschlossen wehrten, lauthals verkündet, in der Ölversorgung des RGW würden „niemals Schwierigkeiten" auftreten. Die Vorkommen in der UdSSR, so hieß es, reichten für alle RGW-Staaten aus. Damals aber betrug die Versorgungsrate noch mehr als 67 Prozent!

So haben in der letzten Zeit die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen vor allem verstärkt Öl im Westen einkaufen müssen — bei den Multis ungefähr 14 Prozent ihres Bedarfs. Die massiven Preiserhöhungen für Benzin in diesen Ländern in der zweiten Hälfte von 1979 sind noch in guter Erinnerung.

Auf einen gemeinsamen Beschluß des RGW-Rats hin haben alle diese Länder auf ihrem Boden die Suche nach Ölvorkommen eingestellt. Wie die USA-Imperialisten im Westen so sind es dort die sowjetischen Imperialisten, die darüber befinden, ob nach Öl gesucht wird oder nicht.

Sowjetische Experten, die vor rund zwanzig Jahren in Albanien tätig waren, hatten behauptet, es lohne sich nicht, dort weiter nach Erdöl zu suchen. Albanische Geologen und Techniker haben jedoch seitdem eine ganze Reihe von Öl- und Gasvorkommen entdeckt, die zum Aufbau einer wichtigen Raffinerieindustrie geführt haben, das Land zum Selbstversorger und Erdölexporteur gemacht haben. Erst vor wenigen Wochen wurde in Albanien ein neues Öl- und Gasfeld entdeckt.

Wie in den westlichen kapitalistischen Ländern hat auch die kapitalistische Wirtschaft der RGW-Staaten dazu geführt, daß die Kohlevorkommen nicht systematisch weiter erforscht wurden, daß die Kohleförderung zurückging und auf andere, profitablere Energierohstoffe umgestellt wurde: eben auf Öl — und zwar auf sowjetisches.

Denn der Ölmarkt wird von der UdSSR beherrscht. Im Jahre 1979 mußten die osteuropäischen RGW-Länder für dieselbe Menge Öl wie 1978 sage und schreibe eine Milliarde Rubel mehr bezahlen!

Die RGW-Staaten wurden, ebenfalls per Beschluß des Rates, dazu verpflichtet, den weiteren Ausbau der Atomkraftwerke in der UdSSR mitzutragen. AKW-Kapazitäten von 23 Millionen Kw/h werden auf dem Territorium der UdSSR unter finanzieller, technischer und personeller Hilfeleistung der anderen Staaten gegenwärtig errichtet.

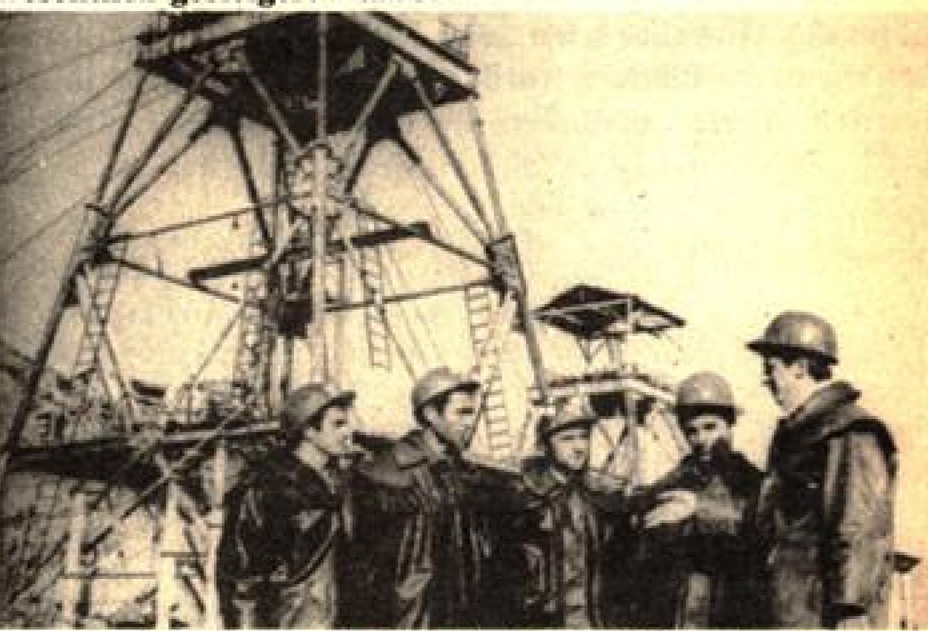
Auf der anderen Seite ist natürlich die UdSSR der einzige Lieferant von Uran an die AKWs der anderen RGW-Staaten, so daß auch hier eine feste Kontrolle der Moskauer Imperialisten garantiert ist — die auch hier den Preis hochtreiben.

Neue Erschließungen, neue Techniken

Albanien steigert Erdölförderung

Verarbeitende Industrie hat den Plan übererfüllt

TIRANA. — Ende Februar gab Radio Tirana bekannt, daß die albanische Erdölforderung, die seit der Befreiung kontinuierlich gestiegen ist, auch in den letzten zwölf Monaten wesentlich gesteigert wurde.


Die albanische Energiewirtschaft ist autark.

Die Erdölforderung lag in diesem Zeitraum um 17,3 Prozent höher als im Jahr davor. Die Erdgasproduktion, mit der vor einigen Jahren begonnen wurde, wird sich im Jahre 1980 gegenüber 1979 um 100 Prozent steigern, also verdoppeln.

Erdöl und Erdgas werden heute in Albanien in mehreren Bezirken gefördert und verarbeitet, nachdem nicht nur neue Vorkommen regelmäßig erschlossen werden (erst vor wenigen Tagen ein neues, wichtiges Vorkommen), sondern auch neue Verarbeitungsbetriebe aufgebaut werden.

So ist Albanien auch längst nicht nur Exporteur von Rohöl, sondern exportiert auch Verarbeitungsprodukte.

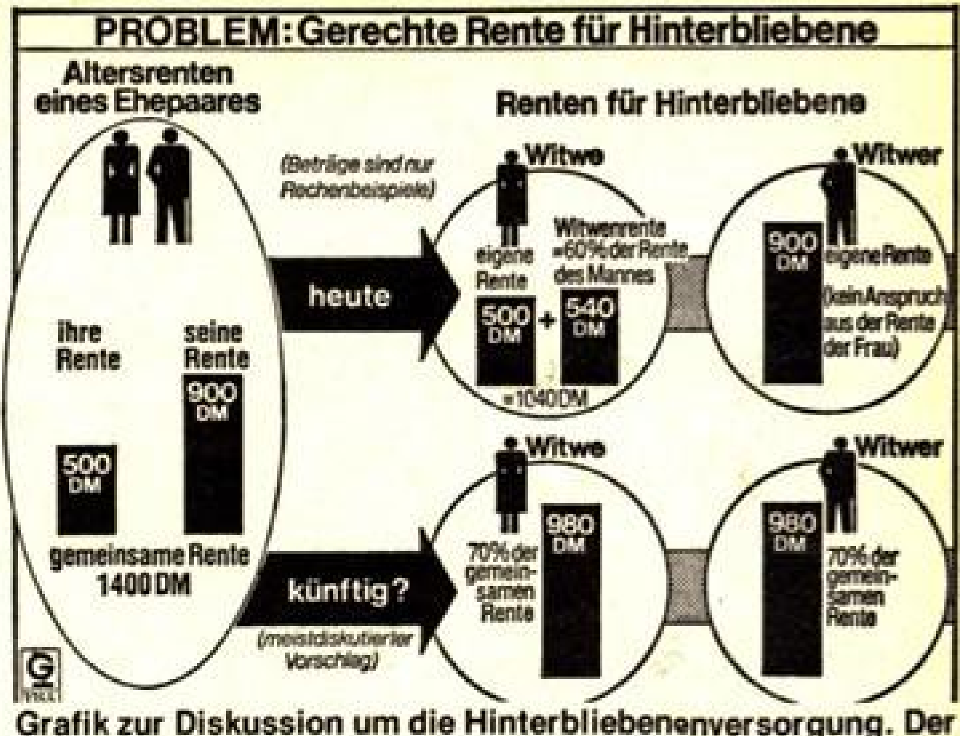
Neue Techniken, die seit einiger Zeit angewendet werden, erlauben es jetzt auch in Albanien, Erdöl aus Kalkschichten zu fördern, was die verfügbaren Vorkommen wesentlich vergrößert.

Obwohl die sozialistische Volksrepublik Albanien die größte Steigerungsrate im Energieverbrauch in Europa hat, ist das Land in der Energieversorgung völlig abgesichert. Albanien ist das einzige europäische Land, dessen Wirtschaft von den Energiemitteln völlig unabhängig ist.

Was bringt die Rentenpolitik der Zukunft?

Zur Frage der Hinterbliebenenversorgung

In der letzten Folge ging es um das 21. Rentenanpassungsgesetz, das die jährlichen bruttolohnbezogenen Rentenanpassungen bis 1982 außer Kraft setzte und die zweite Etappe des Rentenabbaus einleitete. Bekanntlich läuft gegenwärtig vor allem in der SPD eine umfangreiche und lautstarke Diskussion, für das Jahr 1984 mit einer großen Rentenreform aufzuwarten. Äußerer Anlaß gerade jenes Datums ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, die Hinterbliebenenversorgung auf sich hat, wollen wir in der sechsten Folge unserer Rentenserie behandeln. Weiter geht es um die unmittelbare Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Abschließend dann ein kleiner Ausblick auf das Wehner'sche Reformprogramm, auf das die nächste Folge dann ausführlich eingehen wird.



Grafik zur Diskussion um die Hinterbliebenenversorgung. Der „meistdiskutierte Vorschlag" entspricht der Variante II der „84.-Kommission".

Die gegenwärtige, aktuelle Rentendiskussion, die angesichts des sich verschärfenden Bundestagswahlkampfes zunehmend in den Vordergrund des öffentlichen Interesses rückt und auch dankbar von den Massenmedien aufgegriffen wird, dreht sich im wesentlichen um zwei Fragen.

1. Wird zum 1. Januar 1982 die durch das 21. Rentenanpassungsgesetz (RAG) von 1978 für zunächst drei Jahre außer Kraft gesetzte bruttolohnbezogene Rentenanpassung wieder eingeführt?

2. Gibt es 1984 eine große und umfassende Reform des Rentensystems, wie es vor allem vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Herbert Wehner gefordert wird?

Artikelserie zur Rentendiskussion



(6. Folge)

Da wir nicht in der glücklichen Lage sind, über prophetische Gaben zu verfügen, lassen sich beide Fragen natürlich nicht bis in die kleinste Einzelheit beantworten. Allerdings wird es durchaus möglich sein, auf der Grundlage der Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung insbesondere in den letzten zehn Jahren, die wir in den vergangenen Folgen zu skizzieren versuchten, und unter Beachtung der gegenwärtigen Diskussion und der darin geäußerten Standpunkte und nicht zuletzt aufgrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung herauszuarbeiten, welche Gefahren auf Rentenempfänger und Beitragszahler in den nächsten Jahren zukommen könnten.

Doch bevor wir uns heranmachen, um das für den sozialpolitischen Laien eher komplizierte und weitgehend unverständliche Wirrwarr der Rentendiskussion zumindest ansatzweise zu durchleuchten, müssen wir auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1975 eingehen, das den Gesetzgeber vor die Aufgabe stellt, bis spätestens 1984 das System der **Hinterbliebenenrente** zugunsten der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu ändern.

Teilhaberente

Gehen wir zunächst darauf ein, wie das System der Hinterbliebenenrente bislang geregelt ist. Stirbt der Ehemann oder Familienvater, so erhält die Witwe automatisch 60 Prozent der vom Ehemann bis zum Zeitpunkt des Ablebens erworbenen fiktiven Berufsunfähigkeitsrente. Umgekehrt gilt dasselbe nur dann, wenn die Frau hauptsächlich für den Lebensunterhalt der Familie sorgte. Ansonsten hat der hinterbliebene Ehemann keinerlei Ansprüche auf etwaige von der verstorbenen Ehefrau erworbenen Rentenanwartschaften.

Rein formal, so könnte man meinen, liegt hier eine Benachteiligung des männlichen Geschlechts vor. So jedenfalls ist die Argumentation des Bundesverfassungsgerichtes. Doch an der Wirklichkeit überprüft, sind solche Argumente schlichtweg blanker Unsinn.

Auch ein Verfassungsgericht kann nicht ungeschehen machen, daß die kapitalistische Bundesrepublik in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen von der besonderen Unterdrückung und Rechtslosigkeit der Frauen gekennzeichnet ist und keineswegs umgekehrt.

Selbst das „Handelsblatt", das man mit gutem Gewissen das Sprachrohr der Unternehmer nennen kann, kann da nicht so recht mithalten. In der Ausgabe vom 5. April 1979 finden wir anläßlich der Berichterstattung über den routinemäßigen Wochenbericht des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" (DLW), der auch zur Hinterbliebenenversorgung Stellung nimmt, folgenden aufschlußreichen Satz: **„Die an weibliche Versicherte bezahlten Renten entsprechen durchschnittlich (...) nur etwa 40 Prozent der Rentenzahlungen an Männer."**

Im Mai 1979 legte eine von Arbeitsminister Ehrenberg eingesetzte „Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen", kurz „84er-Kommission" genannt, Modelle für die Neuregelung der Hinterbliebenenrente vor. Diese aus 17 Mitgliedern bestehende Kommission setzte sich zusammen aus Sachverständigen der Gewerkschaften (DGB und DAG), der Unternehmerverbände, der Rentenversicherungsanstalten, der Bundestagsfraktionen und der Kirchen. Weiter waren dort nach offiziellem Sprachgebrauch „unabhängige Wissenschaftler" vertreten.

Die Spezialistenkommission wartete mit drei Modellen auf:

1. Der hinterbliebene Ehepartner erhält 100 Prozent der eigenen, außerhalb der Ehe erworbenen Rentenansprüche plus 75 Prozent der von beiden Ehepartnern innerhalb der Ehe gemeinsam erworbenen Ansprüche. Diese Variante I soll nach Angaben der Kommission keine zusätzlichen Kosten verursachen und wird in erster Linie von den Wissenschaftlern favorisiert.

Einwände: Diese Variante würde in vielen Fällen den Besitzstand von Frauen und Männern schmälern, wenn nur einer der Eheleute verdient hat, was ja wohl in vielen Fällen die Regel ist. Im statistischen Durchschnitt gesehen erwerben nämlich Männer außerhalb der Ehe nur 30 Prozent ihrer Anwartschaften, Frauen nur 40 Prozent. Gegenüber geltendem Recht würden Frauen umso mehr verlieren, je höher ihre selbsterworbenen Ansprüche sind.

2. Der hinterbliebene Ehepartner erhält 75 Prozent der gemeinsam innerhalb und außerhalb der Ehe erworbenen Rentenansprüche. Diese Variante II wird von Vertretern der SPD, CDU und des DGB favorisiert und soll kostenneutral sein.

Einwände: Diese Regelung kann bei Alleinverdienern zu erheblichen Einbußen führen. Die 1 000-Mark-Rente eines Mannes würde auf 750 Mark sinken, die seiner Frau von nach geltendem Recht 600 Mark um 150 Mark steigen, zweifellos eine Verbesserung für die hinterbliebene Hausfrau. Jedoch ist nicht ganz einzusehen, weshalb diese Verbesserung auf Kosten der alleinverdienenden Männer finanziert werden soll.

3. Der hinterbliebene Ehepartner erhält auf jeden Fall die komplette selbsterworbene Rente. Liegt dieser Betrag unterhalb von 70 Prozent der innerhalb der Ehe gemeinsam erworbenen Rentenansprüche, so wird die Hinterbliebenenrente auf eben diesen Betrag aufgestockt. Liegt dieser Betrag darüber, so wird er voll ausgezahlt. Diese Variante III soll zusätzliche Kosten verursachen, die durch eine 0,7prozentige Beitragserhöhung aufzufangen wäre. Sie wird von Vertretern der FDP favorisiert.

Einwände: Diese Variante enthält eine Besserstellung der Hausfrauen allerdings um 5 Prozent als in Variante II vorgesehen. Die Besserstellung wird nicht durch Einbußen beim Mann finanziert. Trotzdem schlägt auch hier die im Berufsleben benachteiligte Lage der Frau durch, die in der Regel mit ihren eigenen erworbenen Ansprüchen kaum oberhalb der gemeinsamen 70-Prozent-Marke liegen dürfte.

Einschränkend für alle drei Varianten gilt, daß der Anspruch nur im Versicherungsfall eintreten soll, das heißt, wenn der hinterbliebene Partner im Rentenalter ist bzw. der Eintritt ins Erwerbsleben unzumutbar ist, was freilich ein dehnbarer Begriff sein dürfte.

Im Zuge der Diskussion um diese sogenannte Teilhaberente ergaben sich im Verlauf der Monate einige Verschiebungen. Auf der Seite der FDP (Variante III, auch „Garantierente' genannt) schlugen sich die CDU, insbesondere ihre Sozialausschüsse, die DAG und auch Vertreter des rechten SPD-Flügels. **Obwohl die „Garantierente" statistisch gesehen als die beste Variante erscheint und auch die meisten Kosten verursacht, trifft sie insbesondere die berufstätigen Ehefrauen, die 70 Prozent der gemeinsam erworbenen Rentenansprüche erhält, die in der Regel niedriger ist als 100 Prozent der Männerrente.**

Als die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" (ASF) eine Tagung abhalten wollte, wo sie sich entgegen dem Votum ihres Parteivorstandes für die Variante II auszusprechen gedachten, strich ihnen der SPD-Vorstand kurzerhand die Mittel, die Tagung fiel ins Wasser.

Insgesamt ist zu sagen, daß die in Variante III vorgesehene Garantierente solange ungerecht bleibt, wie die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter nicht erreicht ist.

Helmut Kaltenbach, der Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) hatte bereits im Februar 1978 in Sachen Hinterbliebenenrente erklärt: „Die unterschiedliche Stellung von Mann und Frau im Hinterbliebenenrecht kann vermutlich nur dann aufgehoben werden, wenn neue Finanzquellen erschlossen werden oder geltendes Leistungsrecht gekürzt wird."



Die kostspieligen Rentenreformpläne, die der SPD-Altmeister aus der Schublade zog, mußten zwangsläufig mit der Politik der Kriegsvorbereitung kollidieren.

Das ist zweifellos richtig, wenn vom Standpunkt der arbeitenden Bevölkerung aus jegliche Einschränkung des Leistungsrechts völlig indiskutabel ist. Notwendig für eine sinnvolle Reform des Hinterbliebenenrechts sind verstärkte finanzielle Anstrengungen des Staates. Im übrigen sind unsere Steuermilliarden bei der Finanzierung unserer eigenen Interessen entschieden besser angelegt als in der Rüstung.

Droht ein erneuter Rentenbetrug?

Doch zurück zur allgemeinen Rentendiskussion. Hatte die sozialliberale Koalition bei der Verabschiedung des 21. RAG hoch und heilig versprochen, 1982 das bruttolohnbezogene System wiedereinzuführen, so gibt es doch zahlreiche Hinweise, daß man erneut wortbrüchig werden könnte. Da ist zunächst einmal die in der letzten Folge angesprochene Klausel innerhalb des 21. RAG, das der Regierung Vollmachten für weitere Eingriffe erteilt.

Aber auch die Äußerungen verschiedener Politiker lassen Böses ahnen. Im Sommer 1979 – die Rentenkassen waren aufgrund des 21. RAG überdurchschnittlich voll – bügelte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff alle aufkeimenden Spekulationen über einen Rentennachschlag mit dem bezeichnenden Hinweis nieder, **Rentennachschläge seien genauso gefährlich wie Lohnnachschläge.**

Der SPD-Sozialpolitiker Eugen Glombig schloß sich dieser an Klarheit nichts zu wünschen übriglassenden Argumentation an und erklärte laut „Handelsblatt" vom 30. August 1979: **„Schließlich hätten sich gemäß der Rentenformel die Rentenanpassungen nicht nach den Preissteigerungsraten zu richten, sondern nach der wirtschaftlichen Entwicklung."**

Dankenswerterweise gibt Herr Glombig damit zu, daß die Inflation die gekürzten Rentenanpassungen aufgefressen hat. Im übrigen gibt er einen Ausblick, wie er sich die Rentenpolitik der Zukunft vorstellt. Die Krise soll voll auf den Rücken der ohnehin sozial schwachen Rentner abgewälzt werden. Weiter beschwört Glombig seine Partei, alle Entscheidungen zunächst offen zu halten.

Mittlerweile denkt der Bundeswirtschaftsminister laut über ein nettolohnbezogenes Rentenmodell nach.

Die Wochenzeitung „Die Zeit" argwöhnt zurecht in der Ausgabe vom 14. September 1979: **„SPD und FDP erwecken den Eindruck, als wollten sie sich um ein Versprechen drücken, das sie noch vor einem Jahr gegeben haben: die Renten von 1982 an wieder im gleichen Maße wachsen zu lassen wie die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer."**

In der SPD macht sich zunehmend ein Riß bemerkbar. Während Parteivorstand und Bundestagsfraktion sowie der Berliner Parteitag an der Wiedereinführung des bruttolohnbezogenen Systems festhalten wollen, allerdings nach CDU-Vorbild unterhöhlt mit einem Krankenversicherungsbeitrag für Rentner — läßt der Sozialexperte Egon Lutze durchblicken, daß er sich auch eine Ankoppelung an die Nettolöhne vorstellen könne.

Man kann fast sagen, derselbe Streit, der bei der Diskussion um das 21. RAG zwischen Regierungsparteien und Opposition ausgetragen wurde, spielt sich nun innerhalb des Regierungslagers, ja sogar innerhalb der SPD ab.

Der Reformeifer Herbert Wehners

Vor diesem Hintergrund, der weitere Eingriffe in das bislang schon arg gebeutelte Rentensystem befürchten ließ, lösten die Pläne und Vorstellungen der sogenannten „Wehner-Kommission" bei den Medien und Verbänden großes Erstaunen aus, standen sie doch mit ihren Perspektiven und zahlreichen kostenintensiven Reformplänen im krassen Widerspruch zur vorherrschenden Tendenz des schrittweisen Abbaus des sozialen Besitzstandes der Werktätigen.

Die „Süddeutsche Zeitung" kommentierte am 14. Februar 1980: „Es scheint, als habe sich im Rentenpapier der in den vergangenen Jahren zurückgestaute Reformeifer der SPD endlich Luft verschafft."

Herbert Wehner schien begriffen zu haben, daß es seiner Partei zunehmend schwerer fallen wird, das angestammte Wählerpotential im Oktober zu mobilisieren, wenn die SPD nicht zumindest einen Hauch von „arbeitnehmerfreundlicher" Politik zu bieten hätte.

Doch solche Art von Politik und sei sie noch so bescheiden, würde Geld kosten, Geld, das angesichts der wachsenden Kriegsgefahr und der sich verschärfenden Krise zumindest nach den Vorstellungen des Kapitals nicht zur Verfügung stünde. Der Konflikt war somit vorprogrammiert.

Der oben erwähnte Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung" führt realistisch fort: „Der elf Schwerpunkte umfassende Katalog der geplanten Neuerungen muß vor dem Hintergrund der finanziellen Realisierbarkeit zwangsläufig zusammenschmelzen."

Im nächsten RM:
Die siebte Folge wird sich mit den Wehner-Plänen und Reaktionen darauf von Kanzler und Finanzminister befassen.



Zu einer Reihe von Arbeitsfrühstücken treffen sich abgehalfterte Diktatoren Lateinamerikas in einer Hotelhalle in Miami. Sie tauschen ebenso faschistisch gefährlich wie dümmlich die Erfahrungen ihrer Militärdiktaturen aus, fachsimpeln über Staatsstreiche und die Notwendigkeit von Pressezensur, rechtfertigen Korruption mit Selbstkontrolle, tragen Zynismus, Brutalität und Bauernschläue ebenso pfauenhaft zur Schau wie ihre in der Verbannung nutzlos gewordenen Prachtuniformen. Untereinander sind sie Rivalen, einig sind sie sich nur im gemeinsamen Gegner, dem Volk. — 43 solcher „Frühstücksgespräche" hat Reinhard Lettau in seinem kürzlich als Taschenbuch erschienenen Buch zusammengestellt: kurze, mit hinterhältigen Pointen versehene Prosastücke.

Reinhard Lettau

Frühstücksgespräche in Miami

Kurzes Gespräch über die Frage, wer zuletzt angekommen sei

— Sie sind der vorvorige Diktator, nicht?
— Nein, der allerletzte.
— Sind Sie sicher?
— Ganz sicher kann ich natürlich nicht sein. Ich kann ja nicht dauernd an der Grenze stehn.

Wie man sich vor Entführungen schützt

Oberst Jesus Schneider: Mir hat man anläßlich einer Grundsteinlegung die Frau entführt!
Rosa: Ihre Frau soll doch ein ziemlich strenges Regiment geführt haben!
Vorsitzender: Was für einen Grundstein legte sie denn?
Schneider: Es war direkt vor der Grundsteinlegung.
hält inne: Hatten Sie auch Probleme mit Entführungen?
Rosa: Sie wissen doch, daß man einen Teil meiner Junta nach einer wichtigen Sitzung entführt hat. Ich erließ daher eine Liste mit Ratschlägen, damit das Volk, das in Furcht lebte, sich vor Entführungen schützen könnte.
Schneider: Was waren denn das für Ratschläge?
Rosa: Zunächst habe ich dem Volk Wachsamkeit empfohlen und Mißtrauen, auch im Umgang mit Dienern und Personal.
Wessin: Und die Diener selbst, das Dienstpersonal? Hatten Sie für diese auch Ratschläge, wie sie sich vor Entführungen schützen könnten?
Schneider: Im Verlaufe meiner Diktatur ist das Dienstpersonal nicht entführt worden, da es sich besser zu schützen verstehtals unsereiner.

Beispiel eines Staatsstreiches

— Mein Staatsstreich war ganz einfach. Nämlich Ende August, als einige Mitglieder der Junta noch nicht aus den Bergen zurück, andere, wie es sich für September empfiehlt, schon aufs Land gefahren waren, lud ich die beiden in der Hauptstadt verbliebenen Mitglieder der Junta, General Efraim Guachalla und Admiral Alberro Albarracia, die erst im Oktober, und zwar an die See, wie es ja auch richtig ist, reisen wollten, in mein Hauptquartier und zeigte ihnen vom Fenster aus draußen vorbeiziehende Armee-Einheiten, auch bewaffnete Bauern. Dazu sagte ich: ‚Wie Sie sehen, bin ich nicht allein!' Daraufhin begaben sich beide in eine ausländische Botschaft. Die Schwierigkeit bei dem Staatsstreich bestand lediglich darin, daß die Bauern die Schlagwerkzeuge nicht gleich beiseite legten.

Über die Anerkennung durch Supermächte

— Ich habe die neue Ordnung in Chile anerkannt vor allen Supermächten, sogar China!
— Aber normalerweise erkennen die Supermächte uns doch schneller als wir uns selber an.
— Ihre Telephonleitungen sind besser.
— Mich hat der amerikanische Präsident sogar schon vor meinem Coup anerkannt.
— Woher wußte er denn von dem Coup?
Anhaltendes Gelächter

(Aus: Reinhard Lettau, „Frühstücksgespräche in Miami", Fischer Taschenbuch, 126 Seiten, 4,80 Mark).

Pablo Neruda

Advokaten des Dollars

Amerikanische Hölle, du unser täglich Brot,
in Gift getaucht, eine andere Stimme
in deinen treulos lodernden Flammen züngelt,
das ist der einheimische Advokat
der ausländischen Handelskompanie.

Er ist es, der die Fußfessel der Sklaverei
fester schmiedet in seinem Vaterland,
verachtungsvoll spaziert er einher
an seiten der Geschäftsführerkaste,
mit hoheitsvoller Miene auf unsere
zerfetzten Fahnen blickend.

Wenn aus New York die imperialistischen
Vorhuten landen,
Ingenieure, Kalkulatoren,
Feldvermesser, Experten,
und sie schätzen ab das eroberte Land,
Zinn, Petroleum, Bananen,
Salpeter, Kupfer, Mangan,
Zucker, Eisen, Gummi, Erde,
nähert sich mit falschem
Lächeln ein finstrer Zwerg,
und geschmeidig berät er
die neuen Invasoren:

Es ist keineswegs nötig, diesen Eingeborenen
soviel zu zahlen, es wäre
schimpflich, meine Herren, jene Löhne
zu erhöhen. Es ist nicht ratsam.
Diese Lumpenklasse, diese Mischlinge,
würden nichts weiter anzufangen wissen
als sich zu betrinken. Um Gottes willen, nicht.
Es sind Primitive, nicht viel mehr
als wilde Tiere, ich kenne sie gut.
Sie werden ihnen doch nicht so viel zahlen.

Er ist angekommen. Sie ziehen ihm
Lakaientracht an. Wie ein Yankee gekleidet,
spuckt er wie ein Yankee. Tanzt er
wie ein Yankee und avanciert.

Er besitzt ein Auto, Whisky, die Presse,
man wählt ihn zum Richter, zum Deputierten,
verleiht ihm Orden, er wird Minister,
und in der Regierung hört man auf ihn.

Er weiß, wer bestechlich.
Er weiß, wer bestochen.

Speichel leckt er, verleiht Orden, er schmiert,
er schmeichelt, er lächelt, er droht,
Und so leeren sich durch die Tore der Häfen
die Republiken, totgeblutet.

Wo fragt ihr, ist dieser Bazillus
zu Hause, dieser Anwalt,
dieses, des Abhubs Ferment,
diese blutgierige zählebige Laus,
gemästet mit unserem Blut?

Er haust in den südlichen
Äquatorregionen, in Brasilien,
doch der Zentralgürtel Amerikas
ist ebenfalls sein Aufenthaltsort.

Ihr werdet ihn finden in den steilen
Höhen von Chuquicamata.
Wo er Reichtum wittert, steigt er
die Berge hinan, quert er Abgrund auf Abgrund
mit den Verordnungen seines Gesetzbuchs
unsere Erde auszurauben.

Ihr werdet ihn finden in Puerto Limón,
Ciudad Trujillo, Iquique,
in Cáracas, Maracaibo,
in Antofagasta, Honduras,
wo überall unseren Bruder er einkerkern läßt,
seinen Mitbürger anklagt,
Peone ausplündert, sich Türen
erschließt von Richtern und Großgrundbesitzern,
die Presse kauft, die Polizeigewalten,
den Knüttel und das Gewehr lenkt
gegen die eigene, von ihm vergessene Familie.

Er spreizt sich, smoking-
bekleidet, auf den Empfängen,
weiht mit folgender Phrase
Monumente ein: *Senores,*
zuerst das Vaterland, dann das Leben,
es ist unsre Mutter, unser Boden,
laßt uns die Ordnung verteidigen, neue
Zuchthäuser bauen, mehr Kerker.

Und ruhmumgeben stirbt er, „der Patriot",
Senator, Patrizier, der Erlauchte,
ausgezeichnet vom Papst,
berühmt, vom Glück verfolgt, gefürchtet,
während unsrer Toten
erschütterndes Geschlecht, sie, die ins Kupfererz
die Hände gruben, das rauhe
unergründliche Erdreich aufbrachen,
vergessen und geschlagen sterben,
eilig in ihre
Totenkästen gelegt:
ein Name, eine Zahl auf dem Kreuz,
das schüttelt der Wind, sogar noch
den Namenszug der Helden verlöscht.

Das Rollwagenbüchlein

Ein neues, vorher unerhörtes Büchlein, darin viele gute Schwänke und Historien enthalten sind, so man auf Schiffen und auf den Wagen, desgleichen in Scherhäusern und Badestuben zu langweiligen Zeiten erzählen mag, die schweren melancholischen Gemüter damit zu ermuntern, von jedermann, Jungen und Alten, ohne allen Anstoß zu lesen und zu hören, allen Kaufleuten, so zu den Messen hin und wider reisen, zu einer Kurzweil an den Tag gebracht und zusammengelesen

durch

Jörg Wickram,

Stadtschreiber zu Burgheim,
Anno 1557

Das Rollwagen büchlin.

Ein neüwes / vor unerhörts Büchlein darin vil guter schwenck und Historien begriffen werden / so man in schiffen und auff den rollwegen / desgleichen in scherheüsern und badstuben / zu langweiligen zeit erzellen mag / die schweren Melancolischen gemüt damit zu ermunderen / vor aller menigklich sunder allen anstoß zu lesen und hören allen Kauffleuten so die Messen hin und wider brauchẽ / zu einer kurtzweil an tag bracht und widerumb ernewert und gemeert durch Jörg Wickramen / Statt schreiber zu Burckhaim / Anno 1557.



Von zwei Landsknechten, die miteinander in den Krieg zogen

Zwei gute Gesellen zogen miteinander in den Krieg; und wie es sich dann oft begibt, wenn man gemustert und die Knechte geschworen haben, daß man die Fähnlein verschickt, eins hierhin, das andere dorthinaus, also kamen diese zwei Gesellen auch voneinander, daß sie lange nicht zusammen kamen, bis eine Schlacht stattfand und die Haufen beurlaubt wurden.

Als sie aber heimzogen, kamen sie auf der Straße von ungefähr wieder zusammen und reisten also einen Tag oder zwei miteinander, wobei sich viele Gespräche zwischen beiden entspannen, wie es jedem ergangen war. Es war aber der eine sehr reich geworden, hatte viel Geld und Kleinodien erworben, der andere hatte gar nichts. Deshalb spottete der Reiche seiner und sprach: „Wie hast du es doch angefangen, daß du so gar nichts erworben hast?" Der Arme antwortete und sprach: „Ich habe mich mit meiner Besoldung beholfen, nicht gespielt noch den armen Bauern das Ihre genommen; sie haben mich zu arg gedauert." Dieser sprach: „So höre ich wohl, du bist einer der Krieger, denen Johannes in der Wüste predigte, sie sollten sich an ihrem Sold genügen lassen." Der Arme antwortete: „Ja, ich meinte, es wäre nicht übel getan." Der andere sprach: „Ach nein, mein lieber Bruder, diese Zeit ist nicht mehr, es geht jetzt anders zu. Wenn du barmherzig sein und nicht zugreifen willst, bekommst du dein Lebtag nichts, du mußt tun, wie ich getan habe. Ich habe nicht gesäumt mit Kistenfegen und anderen Ränken; du mußt es nehmen, wo du es findest, und dir niemanden zu lieb sein lassen." Der Arme dachte über die Rede nach.

Es begab sich, daß sie zur Nacht in eine Kammer schlafen gewiesen wurden, und der arme Mann hatte acht, wo der Reiche seinen Säckel und seine Kleinodien hinlegte, stand in aller Stille um Mitternacht auf und erwischte aus des Reichen Tasche ein goldenes Kettlein und etwa für zehn Gulden Münzen und machte sich damit vor Tag davon. Als es aber Tag wurde, erwachte sein Gesell und fand seinen Bruder nicht, dachte gleich, es würde nicht recht zugehen, und ergriff seinen Beutel, schaute hinein; es fehlte die Kette und das Geld. Darum eilte er seinem Gesellen auf dem Fuß nach und ergriff ihn zu Nürnberg, ließ ihn da gefangensetzen.

Und als ein ehrsamer Rat den Gefangenen zur Rede stellte, warum er die Kette samt dem Geld gestohlen hätte, gab er zur Antwort: „Er hat es mich geheißen." Der andere verneinte es, er hätte es ihm nicht geheißen; dieser bestand darauf, er hätte es ihm geheißen. Nun begehrten die Herren einen rechten Bericht von dem Armen, wie er es ihm geheißen hätte. Da erzählte der Arme, wie er ihm hätte eine Lehre gegeben, er sollte tun, wie er selbst getan hätte, er sollte mit niemandem Barmherzigkeit haben, sondern sollte es nehmen, wo er es fände. Er hätte ihn auch so behandelt, da er es nirgends besser und bälder hätte bekommen können als bei seinem Gesellen, der bei ihm in der Kammer gelegen hätte. Also entschieden die Herren, er sollte ihm die Kette wiedergeben und das Geld behalten, damit er auf dem Heimweg Zehrung hätte, und dieser sollte keinen mehr lehren, so reich zu werden.

Von einem entlaufenen Mönch, der mit der Schrift überwunden ward

Ein entlaufener Mönch kam auf die löbliche Kunst der Druckerei, versprach sich, vier Jahre zu lernen; und als er einre Zeit dabei war, zog er das Gasthütlein bald ab, so daß schier alles Geschwätz sein war; was man sagte, so wollte er es besser wissen als die anderen Gesellen, und besonders aus der Bibel und dem Testament; und alle Menschen betäubte er mit seinem Disputieren. Wie es aber der Brauch in der Druckerei ist, daß man einander wohl necken kann, so war auch ein Setzer, der ein großer Spötter war und viel guten Schabernack kannte; der sprach einmal zu dem Mönch: „Du treibst allewege viel Geschwätz, mehr als die anderen Gesellen, und bist doch nicht fest in der Schrift. Ist es dir gelegen, so will ich am Sonntag, da wir nicht arbeiten dürfen, eine kurze Disputation mit dir halten; doch unter der Bedingung, daß sich ein jeder mit der Schrift behelfe und wehre, und die anderen Gesellen sollen zuhören und Richter sein." Der Mönch war wohl zufrieden, und sie versprachen einander die Disputation.

Als nun der Sonntag kam und sie zusammensaßen, hatte sich der Mönch mit seiner Bibel, dem Testament und Büchern, von denen er sonst vermeinte, sie könnten ihm dazu dienlich sein, versehen, der Setzer, als ein großer Spaßvogel, hatte sich in einen Sack etwa fünf oder sechs Pfund Buchstaben getan, die man in der Druckerei nicht anders denn Schrift heißt oder nennt. Und als sie anfingen zu disputieren und der Mönch ihm viele hohe und große Fragen, wie er meinte, aufgab und der Setzer ihm stets mit lachendem Mund spöttische Antwort gab, so daß der Mönch verstand, daß er ihn verspottete (wie denn der Mönche Art ist, was sie denken dürfen, dürfen sie auch tun), sprang er auf und fuhr dem Setzer ins Haar. Aber der Setzer war nicht faul und zog seinen Sack hervor, darin die Schrift war, und schlug sie dem Mönch um Kopf und Lenden, wo er ihn treffen konnte, daß der Mönch Mordio schrie und die Gesellen ihm zu Hilfe kommen mußten.

Also mußte dieser Mönch den Spott zu den Streichen haben, und die Gesellen erkannten an, daß der Setzer gewonnen haben sollte und der Mönch mit der Schrift überwunden war. Also ward der Mönch danach ein wenig still; denn wenn er etwas anfing, drohten ihm die Gesellen mit der Schrift und sprachen: „Muß man abermals die Schrift fühlbar bei dir gebrauchen?"

Aus: „Deutsche Schwänke", Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, ca. 6,80 Mark. — In dem Band aus der Reihe „Bibliothek deutscher Klassiker" sind das gesamte „Rollwagenbüchlein" sowie andere Schwankbücher hauptsächlich aus dem 16. Jahrhundert enthalten.



„Trümmerfrauen" im Dezember 1946 in Berlin: Die Arbeiter bauten das zerstörte Deutschland wieder auf; in den Westzonen aber blieben die Männer des Geldes und des Krieges an der Macht.

Buchbesprechung

„Wie wir wurden, was wir sind"

Neues Antigeschichtsbuch von Bernt Engelmann

Am 8. Mai jährt sich zum 35. Mal der Tag, da Deutschland endgültig vom Faschismus befreit wurde. Die Kanzlerkandidatur von Strauß gibt dem diesjährigen 8. Mai seine besondere Bedeutung: Es gilt heute mehr denn je, die Erfahrungen von damals aufzuarbeiten, um eine neue Entwicklung zum Faschismus in diesem Land zu verhindern.

In dieser Situation kommt das neue „Antigeschichtsbuch" von Bernt Engelmann gerade richtig. Anti... deshalb, weil seine Arbeiten sich grundsätzlich von der herkömmlichen bürgerlichen Geschichtsschreibung unterscheiden, in der Geschichte stets nur vom Standpunkt und aus der Sicht der Herrschenden nachvollzogen wird.



Das Deutschland der Nachkriegsjahre war überwiegend „rot". Die Arbeiter forderten die Sozialisierung der Betriebe.

Auch in „Wie wir wurden, was wir sind" — das Buch deckt das erste Jahrzehnt der deutschen Nachkriegsgeschichte ab; ein Folgeband soll im nächsten Frühjahr erscheinen — erweist sich Engelmann wieder einmal als Legendenkiller mit demokratischem Engagement. Nacheinander nimmt er alle Lügen auseinander, die das Selbstverständnis des Bonner Staates über seine Entstehung bilden.

Da wäre etwa die Lüge von der Geburt dieses Staates aus dem Geiste der Demokratie. Engelmann weist mit einer Fülle von unwiderlegbaren Fakten nach, daß es die Kräfte des deutschen Monopolkapitals waren, die hinter der Hitler-Diktatur standen und daß diese Kräfte ihre wirtschaftliche und dann auch politische Macht über den Zusammenbruch des faschistischen Regimes hinaus retten konnten. Und so wie die neuen Herren des entstehenden westdeutschen Staates in Wirklichkeit die alten waren, so war auch dieser Staat selbst von vornherein durchsetzt mit Funktionsträgern der faschistischen Terrordiktatur. Engelmann vollzieht die Lebensläufe einer Reihe von Schlächtern und Schergen des Nazi-Regimes nach, die im westdeutschen Teilstaat zu höchsten Ämtern aufstiegen. Auch die Legende vom deutschen Wirtschaftswunder hält Engelmanns kritischer Untersuchung nicht stand.

Bernt Engelmann setzt der offiziellen Legendenbildung die geschichtliche Wirklichkeit entgegen, die darin bestanden hat, daß sich auf dem Rücken der Werktätigen — mit niedrigsten Löhnen, hoher Arbeitslosigkeit und Teuerung bezahlt — der Wiederaufstieg des deutschen Monopolkapitals vollzogen hat. Und der Autor merkt auch mehrmals in seinem Buch an, daß sich im östlichen Teil Deutschlands die Entwicklung grundsätzlich anders vollzogen hat — daß dort die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens eingehalten, der Faschismus mit seinen Wurzeln, Monopolkapital und Großgrundbesitz, ausgerottet wurde.

Einige der von Engelmann in seinem Buch entwickelten Einschätzungen der Kräfte in der deutschen Nachkriegspolitik sind allerdings etwas einseitig. Das gilt etwa für die politischen Zielsetzungen Konrad Adenauers, mit dem sich der Autor naturgemäß besonders ausführlich beschäftigt. So stellt er zum Beispiel die Funktion des von Adenauer eingerichteten Gesamtdeutschen Ministeriums im Wesentlichen zwar richtig dar, wenn er schreibt, dieses Ministerium hätte vor allem die Aufgabe gehabt, den „Tag X" — die sogenannte Befreiung der DDR — vorzubereiten. Er behauptet dann jedoch, diese Tätigkeit hätte im Widerspruch zu der Politik Adenauers gestanden, der prinzipiell an keiner Form von „Wiedervereinigung" interessiert gewesen wäre (an einer Stelle des Buches werden als Begründung dafür sogar religiöse Motive des katholischen Kanzlers bemüht, der das protestantische Übergewicht in einem einheitlichen Deutschland gefürchtet hätte).

Tatsächlich jedoch muß man die Position Adenauers im Rahmen der damaligen Strategie des amerikanischen Imperialismus und des wiedererstarkten westdeutschen Monopolkapitals sehen. Was in Washington als „roll back" und in Bonn als „Politik der Stärke" bezeichnet wurde, war der Versuch, die Ergebnisse des antifaschistischen Krieges rückgängig zu machen und das Lager der Volksdemokratien zu zerstören. In diesem Rahmen wurde auch der „Tag X" vorbereitet, wurde der Sturz der sozialistischen Ordnung in der DDR von Washington und Bonn gemeinsam betrieben. Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 waren nicht zuletzt das Ergebnis dieser konterrevolutionären Strategie.



Bernt Engelmann: „Wie wir wurden, was wir sind — Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung". 352 Seiten, illustriert, 36,— Mark.

Das treibende Moment der Adenauerschen Deutschlandpolitik war nicht ein persönliches Interesse des Kanzlers an der Aufrechterhaltung eines westlichen Separatstaates, sondern das revanchistische Interesse der westdeutschen Monopolbourgeoisie auf Einverleibung der ihr verlorengegangenen Positionen im östlichen Teil Deutschlands.

Ein anderer Mangel des Engelmannschen Buches ist die Tatsache, daß es der Entwicklung des Klassenkampfes der Werktätigen nur wenig Raum gibt. Engelmann stellt zu Beginn seines Werkes richtig fest, daß das Deutschland der Nachkriegsjahre überwiegend „rot" gewesen ist. Das bedeutet: Es herrschte unter dem deutschen Volk eine so breite antikapitalistische Stimmung, daß sogar die ersten Programme der bürgerlichen Parteien dem Rechnung tragen mußten. (Ahlener Programm der CDU).

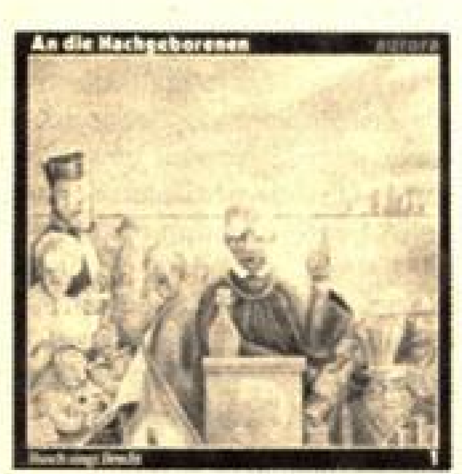
Es stellt sich natürlich die Frage — und das ist auch die entscheidende in diesem Zusammenhang — wie trotz dieser Bedingungen sich der deutsche Imperialismus im westlichen Teilstaat so vollständig wieder durchsetzen konnte. Wie also war es möglich, daß wir das wurden, was wir heute sind? Um diese Frage zu beantworten, hätte man nicht nur die Politik der westlichen Besatzungsmächte — die ja in den unmittelbaren Nachkriegsjahren die tatsächliche Staatsmacht in ihren Zonen ausgeübt haben — genauer untersuchen müssen als Engelmann es getan hat. Vor allem müßten hier die verschiedenen Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung analysiert werden. Denn ihre relative Schwäche war ja eine wesentliche Bedingung für den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus. Und diese Schwäche beruhte nicht auf einer politischen Interessenlosigkeit der Arbeiter in den ersten Nachkriegsjahren (Engelmann selbst widerlegt diese gängige Behauptung). Sie beruhte im wesentlichen auf der verhängnisvollen Spaltungspolitik der sowohl mit dem amerikanischen wie auch mit dem deutschen Imperialismus eng verbundenen SPD- und Gewerkschaftsführung.

Diese wichtige Bedingung für die kapitalistische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland hat Bernt Engelmann in seinem Buch nicht in ihrer tatsächlichen Bedeutung berücksichtigt. Das bedeutet allerdings nicht, daß er etwa der Politik der Sozialdemokratie grundsätzlich mit Kritiklosigkeit begegnen würde. Er greift diese Politik durchaus in vielen Fragen, etwa im hemmungslosen Antikommunismus der Führungsgruppe um Kurt Schumacher, an.

Trotz der hier angesprochenen Mängel ist „Wie wir wurden, was wir sind" ein wichtiges und lesenswertes Buch. Seine Stärken liegen zweifellos in der detaillierten Beschreibung der politischen Macher im Nachkriegsdeutschland, ihrer Verwurzelung im faschistischen Staat, ihrer Verflechtung mit den verschiedenen Monopolgruppen usw. Hier gibt Bernt Engelmann einen sehr lehrreichen Antigeschichtsunterricht für jeden, der sich mit dem Bonner Staat und seiner Entstehung ernsthaft auseinandersetzen will.



Ernst Busch: *An die Nachgeborenen*



Ernst Busch hat diese Platte mit Texten von Bertolt Brecht schon vor zwei Jahre, zum 80. Geburtstag des Dichters, aufgenommen. Die A-Seite bringt zwei lange — und darüber hinaus zwei der schönsten Gedichte Brechts: „Das Lied vom Klassenfeind" (Musik Rolf Lukowsky) und „Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" (Musik Hanns Eisler). Das eine beschreibt die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes anhand der deutschen Geschichte vom Kaiser bis zu Hitler; das andere schildert in allegorischen Bildern die Geburt der Bundesrepublik aus dem Geiste des Faschismus.

Der große Volkssänger Busch steht hier auf dem Gipfel seiner Kunst — er schöpft alle ihm zur Verfügung stehenden Stilmittel vom revolutionären Pathos bis zum höhnischen Sarkasmus voll aus, und so gelingt ihm eine außerordentlich spannungsreiche Interpretation dieser Gedichte.

Die B-Seite bietet für Busch-Freunde eine besonderen Leckerbissen: Der gebürtige Kieler singt die von ihm selbst komponierte Ballade „Legende der Dirne Evelyn Roe" im Shanty-Stil mit reichlich Akkordeon und Meeresrauschen. Beim Titelgedicht „An die Nachgeborenen" (Musik ebenfalls Hanns Eisler) kann man in der ersten Strophe überdies die Stimme von Brecht selbst hören.

Ein reich illustriertes Textheft liegt bei.

aurora 8 15 100, 13,80 Mark

Kommunegruppe Schauspiel Frankfurt: *Die Himmelsstürmer*



Nachdem in den letzten Jahren schon die Gruppen Oktober und Schmetterlinge (im Rahmen ihrer Proletenpassion) Programme zur Pariser Kommune erarbeitet haben, liegt jetzt diese Platte vor, mit der eine Gruppe von Frankfurter Schauspielern den gelungenen Versuch unternimmt, die Lieder der Kommune für unsere Zeit neu zu entdecken. Ein großer Teil der Texte stammt von Eugène Pottier, dem Dichter der „Internationale" (in den hervorragenden Nachdichtungen von Erich Weinert). Die „Kommunegruppe" hat teilweise die ursprünglichen Vertonungen wiederhergestellt — so hört man etwa die „Internationale" mit vierstimmigen Chorsätzen in einer heute ungewöhnlichen Fassung. Einige Lieder sind auch von Jürgen Tamchina, einem Mitglied der Gruppe, komponiert worden.

Alles in allem ein empfehlenswertes Musikdokument, das von mitreißenden Kampfliedern („Die Rote Fahne") bis zu Liebesliedern („Die Kirschenzeit") die ganze Breite des Liedschaffens der Pariser Kommune darstellt. Besonders zu erwähnen ist das 77(!) Seiten starke Beiheft, das außer Texten und Noten auch ausführliche Informationen über die Kommune und ihre Liedermacher enthält, dazu viele Illustrationen von Daumier, Steinlen usw.

Eigelstein (Neue Welt) NWKE 3001, 19,80 Mark

Maria Farantouri: *Lieder der Welt*
Milva: *Libertà*





Zwei Platten, die für die beiden Sängerinnen gewissermaßen eine Première sind. Maria Farantouri ist vor allem als Interpretin der Lieder ihres Landsmannes Theodorakis bekanntgeworden. Die Italienerin Milva hat sich von der Schlagersängerin zur Brecht-Interpretin gemausert. Jetzt legen beide jeweils eine gelungene Sammlung von Internationalen Freiheitsliedern vor. (Die Schwerpunkte sind übrigens ähnlich gesetzt: sie liegen bei beiden Platten auf Liedern aus Italien und Lateinamerika). Milva bringt darüber hinaus noch einen sehr schönen alten Titel: „Viva la liberta" aus Mozarts Oper „Don Giovanni". Ärgerlich ist allerdings das Cover ihrer Platte. Dort ist ein „Horst Wessel Lied" aufgeführt. Es handelt sich jedoch nicht um die berüchtigte Nazi-Hymne, sondern um eine Parodie, die Brecht für sein Stück „Schwejk im zweiten Weltkrieg" darauf geschrieben hat.

„Lieder der Welt" RCA PL 30048, ca. 16,50 Mark

„Liberta" Metronome MLP 15.936, ca. 16,50 Mark

Diese Woche: Mumienparade

Filbinger im Widerstand

Man wird ihn nicht los. Wenn eine Katze sieben Leben hat, dann hat er vierzehn. Als Ministerpräsident Baden-Württembergs mußte er abtreten, von brauner Vergangenheit überwältigt, aber dafür wurde er Ehrenvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg, und im CDU-Vorstand verblieb er sowieso. Und immer wieder schiebt dieser einstige Marinerichter Hitlers sein grinsdünnes Gesicht in die Öffentlichkeit, verbittert über die ihm nun entgangenen Ämter und Karrieren, verbissen seine Rehabilitierung fordernd und dreist sein Glaubensbekenntnis in die Welt posaunend: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein!"

Filbingers jüngster Vorstoß bestand in dem Versuch, den schwarzen Peter von sich auf seinen politischen Rivalen Erhard Eppler abzuwälzen. In einem Leserbrief an die Freiburger Lokalzeitung bezeichnete er Eppler, der im Wahlkampf von dem „gezinkten Lebenslauf" Filbingers gesprochen hatte, als „Pharisäer": denn Eppler sei zu Zeiten des Dritten Reiches ein besonders aktiver HJ-Führer gewesen.

Filbinger erzielte nicht die erhoffte Entlastung. Eine Reihe von Freiburgern äußerten in einer Flut von Leserbriefen ihr Entsetzen über den furchtbaren Juristen, der einmal baden-württembergischer Ministerpräsident gewesen war. Und auch Epplers Vergangenheit klärte sich schnell auf: Ein Zeuge meldete sich zu Wort, der gemeinsam mit Eppler in Schwäbisch-Hall der dortigen HJ-Gruppe angehört hatte. Er wies Filbinger darauf hin, daß erstens im Dritten Reich praktisch alle Jugendlichen zwangsweise der nationalsozialistischen Jugendorganisation angehörten (Eppler war bei Kriegsende gerade 18 Jahre alt); daß zweitens bei der HJ in Schwäbisch-Hall politische Schulung und paramilitärischer Schliff verpönt gewesen seien, daß sich in dieser Schar junge Leute zusammengefunden hätten, die dem System sehr kritisch gegenübergestanden hätten; und daß drittens die HJ-Gruppe schließlich wegen „politischer und weltanschaulicher Unzuverlässigkeit" von den Nazis selbst aufgelöst worden sei. Bauchlandung für Filbinger.

Doch ein Filbinger gibt sich nicht geschlagen. Er unternahm einen neuen Anlauf. In einem weiteren Leserbrief, in dem er auf Eppler nur noch am Rande einging, kam er nun auf seine eigene Vergangenheit zu sprechen. Der Marinerichter a.D. kündigte die bald bevorstehende Veröffentlichung einer historischen Untersuchung an, die „auf wissenschaftlicher Basis" alle Kritik an ihm wie ein Kartenhaus werde zusammenfallen lassen. Sozusagen als Vorwegveröffentlichung gab Filbinger auszugsweise einige „Kostproben": Da ist die Rede von einer „gigantischen humanistischen Leistung" der deutschen Marine an der Nordfront zu Kriegsende, die viele Menschen vor dem Ansturm der „Russen" gerettet habe — wofür eben die Aufrechterhaltung der Disziplin (und damit das Todesurteil gegen den Matrosen Gröger) notwendig gewesen sei. Da spricht Filbinger davon, daß schließlich alle Kriegsparteien Desertion von Soldaten mit dem Tode bestraft hätten. Und schließlich — wohl die größte Überraschung — führte Filbinger angebliche Belege an, die beweisen sollten, daß die Attentäter des 20. Juli 1944 ausgerechnet Filbinger für die Zeit nach dem gelungenen Umsturz wegen seiner „antinationalsozialistischen Gesinnung" vorgemerkt hätten.

Filbinger im Widerstand! Man hatte es fast geahnt angesichts der Bonner Galerie der „Helden des inneren Widerstands" — von Carstens bis Strauß. Und was für ein Widerstandskämpfer! Die Ermordung des Matrosen Gröger ist ihm ein Akt des Widerstands, getragen von einer „gigantischen humanistischen" Gesinnung!!!

Man wir ihn nicht los. So tief in der Wolle gefärbt, so durchdrungen von dem Geist der Vergangenheit bis in die letzten Gehirnwindungen, bis in die Strukturen seiner Körperzellen, kann er gar nicht anders als mit der Besessenheit und Besinnungslosigkeit eines Amokläufers — so lange er lebt. Der Fall wir sich in der Tat nur biologisch lösen. Und dann kann man nur hoffen, daß am Zement nicht gespart wird, damit nicht auch noch die galvanisierende Leiche zwischen den Grabplatten hervorsteigt und aus totem Kiefer in die Welt schreit: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein!"



Schah Reza Pahlewi

Ein Mörder auf der Flucht

Ohne Macht und Einfluß, verjagt von der Volksrevolution, wird der gekrönte Henker seinen Komplizen und Auftraggebern zusehends lästiger. Nun haben sie ihn von Panama nach Ägypten verschickt. Oder floh die „Sonne der Arier" vor einem Mordkomplott des CIA?

In einem Bericht des Kairoer Massenblattes „Al Akbar" heißt es, der Exschah habe sich in Panama nicht mehr sicher gefühlt und befürchtet, vom amerikanischen Geheimdienst CIA vergiftet zu werden. Reza Pahlewi habe sich nicht nur von der amerikanischen Regierung im Stich gelassen gefühlt, sondern über Geheiminformationen verfügt, wonach ihn CIA-Agenten mit Gift umbringen wollten, um auf diese Weise das Problem der amerikanischen Botschaftsgeiseln in Teheran zu lösen.

Verfolgungswahn oder berechtigte Furcht? Wahrscheinlich beides. Der amerikanische Imperialismus verhält sich nicht anders als ein „gewöhnliches" Verbrechersyndikat oder Mordorganisation: Komplizen, die lästig fallen oder gefährlich werden, werden aus dem Weg geschafft; die Mörder fahren sich gegenseitig an die Gurgel. Vielleicht steht dem Schah das Schicksal der amerikanischen Marionette Diem vor Augen, des einstigen Regierungschefs von Südvietnam, der von CIA-Agenten gemeuchelt wurde.

Der Schah war im Januar vergangenen Jahres zunächst nach Ägypten, dann weiter nach Marokko geflohen. Asyl fand er in Mexiko. Von dort aus wurde er zu einer Operation nach New York geflogen, und nun verschärfte sich seine Situation enorm: Aus Protest gegen die Behandlung des Mörder-Schahs in New York besetzten Revolutionäre die US-Botschaft in Teheran. Mexiko weigerte sich nun, ihm ein neues Einreisevisum zu geben. Panama wurde das neue Asylland, aber auch das hielt nur bis Anfang letzter Woche. Die Ankündigung der Regierung in Teheran, sie werde von Panama die Auslieferung des Exschahs offiziell beantragen, war der offiziell genannte Grund für die Ausreise des Schah. War der CIA der wirkliche Grund?

In Ägypten will nun Reza Pahlewi „für immer" bleiben. „Für immer"? — man wird sehen.

Pinochet brach Asien-Reise ab

Mit Mist und Eiern gegen den Putsch-General

Praktisch noch im Flugzeug mußte der oberste Machthaber des faschistischen Chile, Augusto Pinochet, den Befehl zur Rückkehr geben. Asien wollte ihn nicht. Schon nach dem ersten Tag war damit die für elf Tage angesetzte Auslandsreise Pinochets zu Ende. Die „Süddeutsche Zeitung" sprach von einer „diplomatischen Katastrophe".

Die erste Station des Mörder-Generals war die Hauptstadt der Fidschiinseln, Suva, gewesen. Hier war er bei seinem Eintreffen am Samstag vorletzter Woche von 4 000 empörten Demonstranten mit Schmährufen und Transparenten empfangen worden, die gegen sein faschistisches Regime gerichtete Parolen trugen. Die Demonstranten bewarfen Pinochet und seine Delegation mit Eiern und Mist.

Am anderen Tag startete Pinochet mit dem Ziel Manila/Philippinen. Doch praktisch in der Luft erreichte ihn die Absage der philippinischen Regierung. Marcos, der auf den Philippinen ebenfalls ein faschistisches Regime führt, fürchtete offenbar ein Anwachsen des Volkszorns. Denn schon vor dem Eintreffen des chilenischen Faschisten kam es zu Protestaktionen; in Manila wurden Flugblätter verteilt, auf denen Pinochet als „blutiger Mörder" bezeichnet wurde.

Die Ausladung Pinochets durch Marcos war allerdings originell. Marcos ließ dem im Anflug befindlichen Diktator mitteilen, daß er gerade jetzt Manila „in einer sehr wichtigen Angelegenheit" für einige Tage verlassen müsse.



Samstag, 5. April, 19.00 Uhr, DDR-Fernsehen II
Canto General. Oratorium von Mikis Theodorakis. — Der von Theodorakis vertonte „Große Gesang" ist das Hauptwerk des chilenischen Dichters Pablo Neruda und schildert das Leben der Menschen Südamerikas; er ist eine scharfe Anklage gegen die alten Kolonisatoren Südamerikas und die jetzigen Ausbeuter, die US-Imperialisten.

•

Samstag, 5. April, 21.35 Uhr, Hessen III
Der Streit um Adams Bart. Film über den Bildhauer und Teilnehmer des Bauernkriegs, Tilman Riemenschneider.

•

Sonntag, 6. April, 18.15 Uhr, ARD
Ludwig van Beethoven: Sinfonie Nr. 7 A-Dur op. 92. Es spielen die Wiener Philharmoniker unter Leitung von Leonhard Bernstein.

•

Sonntag, 6. April, 20.15 Uhr, ARD
Sommergäste. Spielfilm von Peter Stein und Botho Strauß nach dem gleichnamigen Drama von Maxim Gorki. Der eindrucksvolle Film, der Menschen im vorrevolutionären Rußland darstellt, wurde in Zusammenarbeit mit der Schaubühne am Halleschen Ufer, Berlin, erstellt.

•

Dienstag, 8. April, 22.00 Uhr, ZDF
Dodeskaden — Menschen im Abseits. Japanischer Spielfilm aus dem Jahr 1970. Regie: Akira Kurosawa

•

Donnerstag, 10. April, 21.20 Uhr, ZDF
Dragutin Trumbetas oder: Liebe machen, bitte! Dokumentarfilm von Hans-Dieter Grabe über den in der Bundesrepublik lebenden jugoslawischen Arbeiter und Künstler Dragutin Trumbetas. Der Film bringt Gespräche mit Trumbetas und stellt seine wichtigsten Zeichnungen vor.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a. Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.